

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mt., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mt., für das übrige Ausland 3 Mt. pr. Monat. Einget. in der Post-Beitungs-Verzeichnisse für 1893 unter Nr. 4709.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Erklärungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. November 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Berliner Kaufmannschaft und der Schutz der Handelsangestellten.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik hat unlängst ihrer Erhebungen über die Lage der Angestellten im Handelsgewerbe an die Interessenvertretungen der kaufmännischen Unternehmer und Arbeiter eine Reihe von Fragen mit Rücksicht auf die beabsichtigte Regelung der Arbeitszeiten, der Sicherung des Fortbildungsschul-Unterrichtes für die Lehrlinge u. s. w. gerichtet. Der Standpunkt der Gehilfen wird am besten gewahrt in einer umfangreichen Eingabe der Freien Vereinigung der Kaufleute zu Berlin, die unter dem Titel „Der Handlungsgehilfe und die kaiserliche Sozialreform. Eine Antwort an den Herrn Minister von Bötticher, betreffend die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe“, soeben im Buchhandel erschienenen Broschüre enthalten ist. Neben dieser unseren Lesern, die sich für die traurigen Verhältnisse im Kaufmannsgewerbe interessieren, sehr zu empfehlenden Schrift ist zur Kennzeichnung des Standpunktes des profitwärtigen Unternehmertums als besonders beachtenswert die Eingabe des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller zu bezeichnen. Zur Ausarbeitung derselben waren 16 Unternehmer-Vereinigungen herbeigezogen. Wir können daher annehmen, daß der Unternehmerstandpunkt in der Eingabe in voller Reinheit zum Ausdruck kommt. Da die für das Schriftstück verantwortliche Berliner Kaufmannschaft erklärt, daß bei der Beantwortung der Fragen der Reichskommission die Rechte der Angestellten volle Berücksichtigung gefunden haben, und da sie vorgeben, überzeugt zu sein, „daß eine gesunde, wohl entwickelte zufriedene Gehilfenschaft eine zu erzielende Bedingung für unsere wirtschaftliche Entwicklung sei, sollte man wohl zur Annahme berechtigt sein, daß die Berliner Kaufmannschaft in ihren unten folgenden Äußerungen schon besondere Zugeständnisse an die in ihren Geschäften Beschäftigten macht. Wie wenig dies zutrifft, zeigte der Inhalt der Zeitschrift. Sie spricht sich gegen jedes geschlechtliche Eingreifen zu gunsten der kaufmännischen Angestellten aus. Selbst die kleinste Milderung der heutigen Zustände wäre das Ende des deutschen Handels nach der Meinung der Spitzen der Berliner Kaufmannschaft.

Da eine so wenig einschneidende Maßregel, wie die Einführung einer Minimalmündigkeitsfrist würde nach der Ansicht dieser Herrn „sich im geschäftlichen Niedergang und in der Anhäufung der Konkurrenz äußern“, eine Lage würde geschaffen werden, die von unabsehbaren, gewiß gänzlich unerwünschten, schädigenden Wirkungen für die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse begleitet sein müßte.“

Dabei können die Herren nicht leugnen, daß Engagements mit eintägiger Kündigungsfrist tatsächlich vorkommen. Aber trotzdem keine Minimalmündigkeitsfrist!

Ebenso wenig können die Vertreter der Kaufmannschaft in Abrede stellen, daß die Arbeitszeit der Lehrlinge nicht länger ist wie die der Gehilfen. Diese wenigen Zugeständnisse an die Wahrheit werden bloß nothgedrungen gemacht, weil die amtliche Erhebung der Reichskommission trotz aller ihrer Mängel diese Verhältnisse auch auf Grund von Aussagen der Prinzipale unwiderleglich klar erwiesen hat. Sonst wird aber alles mit Rosafarbe getüncht und wo die Rosafarbe sich absolut nicht anbringen läßt, da wird schamlos beschönigt. So wagten es die Herren, dem Reichskanzler den Bären aufzubinden, „daß von nachtheiliger Beeinflussung der Gesundheit, der geistigen Fortbildung und des Familienlebens der Angestellten durch die Arbeitsdauer nicht wohl die Rede sein kann. Nun beweist aber die auf Anregung des Reichskanzlers vorgenommene Erhebung der Berliner Orts-Krankenkasse der Kaufleute, daß entsprechend der Dauer der Arbeitszeit der Prozentsatz der erkrankten Kaufleute steigt, daß die Hälfte der verstorbenen Mitglieder an Lungenschwindsucht zu Grunde gegangen sind und daß fast die Hälfte der Erkrankten an dieser Krankheit leiden, was wohl von dem Mangel an Bewegung, von der Unmöglichkeit sich in frischer Luft zu erholen, von dem Zwange, vierzehn und mehr Stunden in schlecht ventilirten, engen, ungesunden und staubigen Räumen zu verbringen, herrührt.

Die Kaufleute sind nach der Ansicht der Prinzipale für die Gehilfen ausgezeichnet geregelt, aber die Statistik der Ortskrankenkasse weist nach, daß die Bankbeamten in erschreckend hohem Maße mangelnd sind. Die einfache Erklärung für diese Erscheinung ist, daß diese Beamten überhaupt keine Pausen haben.

Die lange Arbeitszeit wird in folgender Weise beschönigt: „Die Arbeitszeit bis 10 Uhr ist allerdings nach Maßgabe der in den betreffenden Branchen herrschenden Verhältnisse im Winter in mehr Geschäften als im Sommer üblich; aber mit Rücksicht auf den Umstand, daß es sich bei der Gehilfenschaft doch zumeist um unverheiratete jüngere Leute handelt, dürfte eine Störung des Familienlebens durch die Berufstätigkeit bis 10 Uhr Abends nicht eintreten, vielmehr dürfte diese Dauer eher von wirtschaftlichem und moralischem Nutzen für die jüngere Gehilfenschaft sein, der dadurch die Gelegenheit entzogen wird, Geld und Körperkräfte zu vergeuden und sich den vielfachen Verführungen auszusetzen, welche die Großstadt bietet.“

Die edlen Herren äußern sich genau in dem Sinne, wie vor 60 Jahren die englischen und wie vor 10 Jahren die österreichischen Unternehmer und wie die unserigen bei jeder Gelegenheit, wo die Frage des Arbeiterschutzes ernstlich in Fluß kam. Dieselbe unverächtliche Verlogenheit und zynische Rohheit, die die Herren Ausbeuter überall zeigen, wo ihnen als Geseßgebern zugemuthet wurde, das bishen Arbeiterschutzes zu gewähren, welches bis jetzt erreicht wurde. Geradezu komisch aber wirkt es, daß in allen Ländern dieselben Argumente (Gründe) fast mit denselben Worten vor-

gebracht werden. Als im Jahre 1887 dem französischen Parlamente der Antrag Rabaud vorlag, welcher einen zehnstündigen Maximalarbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Mädchen jedes Alters festsetzte, gab die Pariser Handelskammer über den Gesetzentwurf ein Gutachten ab, in der sie sich ganz ebenso wie die Berliner Kaufmannschaft im Jahre 1893 entrüstet über die Eingriffe in die Freiheit des Arbeitsvertrages aussprach und dann wörtlich folgendermaßen fortfuhr: „Die Sittlichkeit der Arbeiter in sei weniger gefährdet, wenn sie Ueberzeit arbeiten, als wenn sie keine Verwendung für ihre Abende habe.“

Wirklich beispiellos ist die Aufopferung der Kapitalisten, leben sie nun in Paris oder in Berlin! Ueberall radern sie die Kinder ab, um sie vor dem „müßigen Herumlungern und moralischen Verderb“ zu schützen, die Männer, um ihnen das „verschwendische Wirthschaftsleben“ abzugewöhnen und die Weiber müssen auch ihren Sittlichkeitsfanatismus über sich ergehen lassen. Die ganze Arbeiterfamilie muß Tag und Nacht geschunden werden, um sie zu hindern, das „heilige“ Familienleben zu schänden. So versteht die Bourgeoisie ihre Aufgaben. Die Sittlichkeit als Argument für die 14-16 stündige Arbeitszeit in den Berliner Geschäften, das ist aber das neueste auf dem Gebiete der praktischen Sozialpolitik. Wahrscheinlich werden die Chefs der Berliner Konfektionsfirmen und Bazare nächstens zu Ehrenmitgliedern der Vereine für Hebung der Sittlichkeit ernannt werden; denn sie erzielen durch ihre angemessenen Löhne von 30-50 Mark die Mädchen zur Häuslichkeit und durch den Geschäftsfluß während der Saison um Mitternacht zur Sittlichkeit.

Mit der gleichen Entschiedenheit wie gegen die gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit erklärten sich die Chefs gegen den Zwang, die Lehrlinge die Fortbildungsschulen besuchen zu lassen, obgleich sie selbst zugestehen, daß nur zirkel ein Viertel der Lehrlinge die Fortbildungsschule thatsächlich besucht. Sie versichern die Reichsregierung, daß die „moralische Verpflichtung“ der Chefs genügen wird, damit dem Lehrling die für seine geistige Ausbildung erforderliche Zeit gewährt werde. „Diese Erkenntnis wird sich in kürzerer oder längerer Zeit Bahn brechen!“ Die Erziehung der Lehrlinge hat einzig und allein „dem gewissenhaften Ermessen des Prinzipals im wesentlichen überlassen zu bleiben“. Natürlich, denn jede Schmälerung in der Ausbeutung und Züchtung der Lehrlinge ist ein Eingriff in die heiligsten Rechte des Profits.

Eine allgemeine Festlegung der Arbeitszeit oder der Dauer der Offenhaltung der Läden erweist sich als gänzlich unthunlich. „Das öffentliche Interesse“ würde dadurch „auf schwerste geschädigt“. Als ob nicht in England durch die shop hour regulation act vom 25. Juni 1896 die Arbeitszeit der Personen unter 18 Jahren auf 74 Wochenstunden incl. der Pausen beschränkt wurde. Seitdem sind noch weitere Einschränkungen der Arbeitszeit in England Geseß geworden. Und Englands Handel ist doch der größte,

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

15

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen überseht)

Auch für Anton wurde dies verhängnisvoll. Die unbedachten Jungen seiner Kameraden sprachen von ihm, irgend Jemand hörte es, irgend Jemand denunzirte es, und Anton wurde arretirt. Da er sehr vorsichtig war, bereitete er der Polizei nicht die Freude, irgend einen Beweis in seiner Wohnung zu finden, daß er zu einer politischen Partei gehöre. Anton hatte sich an keiner Ermordung eines kaiserlichen Beamten betheiligt, da er an der Meinung festhielt, daß die ganze Thätigkeit gegen das Zentrum der Regierung gerichtet werden müßte; aber diese Ansicht äußerte sich in der Zeit noch nicht in der Organisation der Explosionen.

Trotzdem die Polizei unverrichteter Sache aus Anton's Wohnung abziehen mußte, sah ihn die Regierung nicht nur als einen Verführer an, sondern auch als einen Menschen von tiefer Ueberzeugung und starrer Willenskraft, der deshalb doppelt gefährlich war.

Infolge dessen befand sich, als der Präsident des Kriegsgewalt in der Audienz beim Generalgouverneur sich die Befehle betreffs der Urtheile holte, unter den zwei

Sozialisten, welche von der Regierung zum Tode verurtheilt waren, auch Anton.

Es war ein wunderschöner Morgen, an dem Anton und sein Kamerad die Todesstrafe erleiden sollten. Entzückend schön war, nach einem nächtlichen Gewitter, die weiche Farbe des Himmels und der Morgenwolken; die Frische der Luft, welche die Brust einfog, erweckte eine heiße Sehnsucht nach dem Leben.

Viele erweckte dieser schöne Morgen früher als sonst. Jetzt standen jene grausamen Menschen auf, deren Handwerk es war, junge Leben zu vernichten; noch früher erhoben sich Tausende von guten Leuten, ohne deren Hilfe es diesen grausamen Menschen nicht möglich gewesen wäre, grausam zu sein. Vor Tagesanbruch fanden die Soldaten auf, die in der Stadt garnisonirt waren, und marschirten ebenso ruhig, wie zu einer Parade zur Stadt hinaus, um eine lebendige Mauer zu bilden, in deren Mitte zwei Jünglinge hingerichtet werden sollten, weil sie das Volk mehr liebten, als sich selbst.

Auch die städtischen Arbeiter erwachten und wanderten dorthin, aus der Stadt hinaus, nicht um ihre Freunde zu befreien und sie mit Triumph dem Leben wieder zuzuführen; nein, nur um zuzusehen, wie sie gehängt werden. Sogar einige Herren und Damen erhoben sich frühzeitig und fuhren in Kutschen zum Richtplatz hin; sie schwachten, lachten und eilten mit leichten Herzen, wie die Weiber Roms, zum blutigen Schauspiel.

Anton konnte in der letzten Nacht lange nicht einschlafen. Er lag auf der Brüste und sah, wie fortwährend der Schieber in der Thür geöffnet wurde, und wie das Auge des Wächters ihn beobachtete — sein Leben wurde eifrig gehütet, weil man es zur Hinrichtung brauchte.

Um neun Uhr Abends kam der Gefängnispope in Anton's Zelle. Seine Gestalt konnte keinen guten Eindruck machen: er war dick, hatte einen aufgedunsenen Leib, war in einem abgetragenem Talar gekleidet und hatte ein breites, rothes Gesicht mit kaltschließenden Augen, er glück eher einem Feldwebel als einem Prediger der Liebe.

„Wünschen Sie sich nicht mit Gott zu versöhnen?“ fragte er im trockenen offiziellen Tone.

„Sie kommen umsonst zu mir — ich glaube nicht an Gott,“ antwortete Anton.

„Rechten Sie... Sie haben sich an Gott und an dem von Gott Gesalbten veründigt; aber Gott hat die reinigen Sünder lieb.“

Diese im gemessenen, metallischen Tone gesprochenen Worte ärgerten Anton.

„Erlauben Sie,“ unterbrach er den Popen, wenn Sie in der That der Apostel Christi wären, dann würden Sie mir sagen, daß man Jesus auch dafür getödtet hat, daß er ein Leben der Wahrheit predigte, wie man uns jetzt dafür tödtet. Aber Sie sind kein Diener Christi, sondern des gegenwärtigen Herodes; ich bitte Sie, mich in Ruhe zu lassen.“

Die kleinen Augen des Popen funkelten, als er sich der Thür näherte und vor sich hin murmelte:

„Erlauchte Herr mit dem Lichte der Wahrheit Deinen Knecht und nimm ihn mit Deinem Geiste den Hochmuth!“

Sich bekreuzigend, verließ der Pope eilig die Zelle, wie ein Beamter, der seinen Dienst beendet hat.

Anton legte sich von Neuem auf seine Brüste; der Besuch des offiziellen Priesters machte auf ihn einen peinlichen Eindruck. Er haßte die Popen, weil er wußte, daß es ihr schmachvoller Beruf war, das Volk zu knechten.

reichste und mächtigste der Welt. Damit ist auch die verlogene Behauptung widerlegt, daß in keinem Lande der Welt ohne großen allgemeinen Schaden der Versuch gemacht werden darf, auf die Geschmacksrichtung oder die Bequemlichkeit oder das zeitlich und örtlich so verschiedenartig auftretende Konsumtionsbedürfnis einen beengenden Einfluß auszuüben.

Die Furcht unserer maßgebenden Kreise vor der Sozialdemokratie wird von den Berliner Kaufherren aufs plumpste entgegnet. An mehreren Stellen weisen sie auf das rothe Gespenst hin, so behaupten sie einmal, daß unter den jetzigen Verhältnissen, da die Gehilfen im Handelsgewerbe in immer zunehmender Masse der Agitation der Sozialdemokratie angeschlossen sind, nicht ratsam erscheint die Begehrlichkeit des kaufmännischen Gehilfenstandes zu wecken und den letzteren damit in die Arme der genannten Partei zu treiben, an anderer Stelle drohen sie mit der „Zuwendung einer Mehrzahl der selbständigen Kaufleute zu den extremsten politischen Parteien“. Demnach werden die Gehilfen desto regierungsfreundlicher und zufriedener sein, je weniger die Reichsregierung ihre Interessen wahr und die ehrerbietigst gehorantesten selbständigen Kaufleute werden das schwarz-weiß-rothe Banner sofort mit der rothen Fahne vertauschen, wenn man von Reichswegen ein klein wenig das Glend der Handlungsgehilfen, für die die Prinzipale so väterlich besorgt sind, zu bessern versuchen wollte. Selbigen ist auch, daß als Folge der Einführung der Sonntagsruhe „das Einmüßigen des Demunziantenwesens in den bisher so intakten Handelsstand“ konstatiert wird. Wenn man den Spieß umdrehen wollte, könnte man behaupten, daß die Sonntagsruhe die Erkenntnis zeitig hat, daß die selbständigen Kaufleute zum großen Theile berufsmäßige Gesetzesübertreter sind.

Erfreut hat uns an der Eingabe der Berliner Kaufherren der Hohn auf die Reichsregierung, die die Arbeitszeit im Handelsgewerbe regeln will, und in ihren Betrieben bei der Post und der Eisenbahn ungewöhnliche Arbeitszeiten duldet. Schade, daß die Kaufherren vergessen hatten, das schöne Wort von den staatlichen Musterbetrieben bei dieser Gelegenheit anzuwenden.

Ganz entrüstet sind die Herren Chefs darüber, daß man selbst die Arbeitszeit der Hausdiener, Bader und Laufungen regeln will, sie fordern, daß diese gleichmäßig wie die gewerblichen Arbeiter behandelt werden sollen, vergessen aber dabei ganz, daß die gewerblichen Arbeiter bis zu einem gewissen Grade geschützt sind, während die Hausdiener z. B. gänzlich ungeschützt sind, insbesondere die Laufburgen ganz gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung bis 16 Stunden und noch länger in Berlin beschäftigt werden.

Die Berliner Kaufherren haben zu viel beweisen wollen und werden deshalb gar keinen Eindruck machen. Ihr würdeloses Ablemgen offenkundiger Schäden, ihr unverschämter Egoismus muß jeden anständigen Menschen anwidern. Sie haben somit der Sache der Gehilfen einen wirklich großen Dienst geleistet und haben die Verachtung vor den Vertretern des Kapitalismus in für uns erfreulicher Weise zu steigern verstanden. Mit dieser Anerkennung wollen wir nicht zurückhalten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. November.

Aus dem Reichstage. Die Verathung der Handelsverträge hat zahlreiche, meist agrarisch aussehendes Publikum auf die Tribüne des Reichstages gelockt. Nachdem die Anträge auf Einstellung einiger gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Herbert und Kühn schwebenden Strafverfahren angenommen, nahm der Abg. v. Limburg-Silrum das Wort, um eine donnernde Philippika gegen die Handelsvertrags-Politik des neuen Kurses zu halten. Der Graf Simburg ist seiner Zeit wegen Veröffentlichung eines gegen die Handelspolitik gerichteten Artikels in der „Krenz-Zeitung“ gemahngelt und später pensionirt worden.

In einer langen mit zahlreichen Bosheiten gegen den Reichstagsler gespickten Rede trägt der gräßliche Abgeordnete die Klagen der „nothleidenden“ Großgrundbesitzer vor und läßt seine Ausführung in die Drohung ausklingen, daß die konservative Partei als Gegnerin der bestehenden Handelsverträge dafür sorgen werde, daß dieselben bei Ablauf nicht verlängert werden.

Ein starker Regen klatschte auf das eiserne Dach des Gefängnisses, die Blitze erleuchteten die Zelle, der Donner rollte dumpf, darauf bald wurde es wieder still. Aber die Gedanken quälten Anton, sein junges Leben protestirte energisch gegen ein frühzeitiges Ende. Dazu kam das trübende Bewußtsein, daß er sterben mußte, ohne irgend etwas gethan zu haben, um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Ein Gefühl der Kälte, jener durchdringenden Kälte, welche der Schmerz verursacht, erfaßte ihn in Folge dieser Gedanken. Diese Gedanken können einen Jüngling von schwachem Charakter erschüttern und ihn dazu bringen, um Gnade zu bitten, seine Thaten zu bereuen, in Thränen zu zerfließen oder mit den Henkern einen verzweifelten Kampf zu beginnen, um sein Leben zu verteidigen.

Aber einen überzeugten Sozialisten, wie es Anton war, konnten die Leiden der letzten Nacht, der Weg zur Nichtstätte und die letzten Minuten vor dem Tode nicht beugen. Sie quälten ihn, aber besiegen konnten sie ihn nicht. Diese Kraft verlieh ihm das Bewußtsein seiner sittlichen Reinheit und den Glauben an den endgiltigen Sieg der Sache, für die er sein Leben lassen mußte. Es ist jene große Liebe, die nicht vor dem Tode zurückschreckt, sondern ein Beispiel wird für andere Männer, die von derselben Liebe befeuert sind, das Werk fortzusetzen; jene Liebe, die daran glaubt, daß aus dem Blute der Märtyrer neue Kräfte erwachen, mit dem Volke sich vermischen und so die Stunde des Sieges über die Feinde des Volkes herbeiführen. Dieser stolze Gedanke, der Prometheus half seine Leiden zu überwinden, ist auch die Kraft jener sozialistischen Märtyrer, welche sie lehren, männlich den Tod für ihre Sache zu ertragen.

Das Oeffnen der Thür erweckte Anton aus seinem Schlummer. Vor ihm standen sogenannte gebildete Männer — in Wahrheit aber große Verbrecher, deren Ant es war,

für die zur Verathung stehenden Verträge verlangt der Sprecher unserer Agrarier Kommissionsverathung, indem er ausführte, daß man genau erwägen müsse, ob die gewährten Kompensationen genügend seien.

Zum Schluß versicherte der Herr Graf unter der lebhaften Zustimmung seiner Parteigenossen, daß die konservative Seite des Reichstages in keinem Falle einem Generalvertrage zustimmen werde, welcher nicht die Interessen der Landwirtschaft wahrte.

Als Kompensation für die Landwirtschaft schien der Redner die Einführung der Silberwährung zu betrachten, wenigstens die Lebendigkeit, mit der er nach Silber rief, machte den Eindruck, daß er davon Rettung für sich und seine nothleidenden Erwerbsgenossen erhoffte.

Dem konservativen Kuser im Streit folgte der Staatssekretär des Inneren, Freiherr von Marschall, welcher in sehr eingehender Weise die Meinung widerlegte, als ob die bestehenden Handelsverträge dem Reiche keinen Vortheil gebracht haben.

In einer scharfen Auseinandersetzung mit der konservativen Partei verurtheilte der Staatssekretär die agrarische Agitation, verteidigte die Regierungspolitik und stellte fest, daß sich die agitatorische, aufreizende Thätigkeit der Livolkonservativen als der innere Feind kennzeichnete.

Nach dieser sachlichen und inhaltsreichen Rede, die das Interesse des Reichstages voll in Anspruch nahm, konnte der Abg. N i d e r t nur schwer das Ohr der Versammlung gewinnen.

Herr Nidert beschäftigte sich mit dem Bund der Landwirthe und machte zugleich einen kräftigen Vorstoß gegen das preussische Abgeordnetenhaus, welches er als Karikatur bezeichnete.

Die Währungspläne der Agrarier kennzeichnete der Redner mit den Worten: Gold borgen und in Silber bezahlen, das ist's was der Bund der Landwirthe will.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behandelt Nidert die Handelspolitik, weist die Vortheile und die Nothwendigkeit der Handelsverträge nach, polemisiert stellenweis recht glücklich gegen die Agrarier und schließt seine Rede mit einem Appell an die Regierung, sich nicht durch die Konservativen an der Festhaltung der Handelsvertragspolitik betheiligen zu lassen.

Nachdem Herr Nidert in behaglicher Breite geschlossen, nahm der Abg. L i e b e r vom Centrum das Wort um sich über die eigentliche Stellung seiner Fraktion — nicht auszusprechen. Der Centrumredner plaidirt für Kommissionsverathung, indem er in viel weniger geschickter Weise als wie sein verstorbenes Vorbild einen Giertanzen aufführt. Die Stellung des Centrum wird wohl erst nach Erledigung des Jesuitenantrages klar werden. Bis dahin wird Herr Lieber noch einige Male sein „wenn“ und „aber“ mit der ihm eigenen vielgesprächigen Unterhaltungsart herbeten.

Über den Eindruck der Lieber'schen Rede auf den Reichstag berichten wir am besten, wenn wir melden, daß zahlreiche Reichsboten in stiller Beschaulichkeit in ihrem Sessel zurückgelehnt — dem Redner zu folgen schienen. Des trockenen Tones satt tummelte nun Graf K a n i h das agrarische Mählein, um den Staatssekretär Frhr. v. Marschall mit einer Fluth von Vorwürfen zu überschütten und für den Bund der Landwirthe eine Lanze zu brechen.

An einer Stelle seiner Rede erwarb sich Graf Kanitz den lachenden Beifall des Reichstages, als er erklärte, dem Abg. Lieber nicht antworten zu können, weil er denselben nicht verstanden habe.

Ein volltönendes, heiteres Bravo bestätigte dem Redner, daß es den anderen Zuhörern ebenso gegangen ist. Dieser fanatische Agrarier steht in dem Handelsvertragsystem den Untergang des Vaterlandes. Er tröstet sich schließlich mit dem Bewußtsein, daß er vor zwei Jahren dieselbe Rede ebenfalls vergeblich gehalten habe. Gegen Schluß seiner Rede machte Graf Kanitz den noch durch allgemeines Gelächter belohnten Vorschlag, den österreichischen Handelsvertrag wieder aufzuheben.

Die Rede hatte für das Haus insofern eine recht angenehme Wirkung, als sie Herrn von Caprivi, der bis dahin als stummer und steinerner Gast der Sitzung beigezogen hatte, zu einem eleganten Fußtritt, und Herrn von Marschall zu einer ganz kräftigen und hübschen Abfertigung begeisterte.

Um 5¹/₂ Uhr vertagte sich der arg ermüdete Reichstag. Morgen Fortsetzung der Debatte und noch vieles andere — wenigstens auf der Tagesordnung.

Vor Montag wird die Etatsdebatte nicht beginnen. —

eheliche, charakterfeste Menschen zu vernichten; sie nennen sich Vollstrecker des Gesetzes. Einige von ihnen, die sich unwillkürlich schämten, schlugen die Augen nieder, andere blickten mit eiserner Stirn gerade in das Gesicht des zum Tode Verurtheilten, und bemühten sich, die geringste Bewegung seiner Muskeln zu erspähen.

Diese Blicke veranlaßten Anton seine ganze Energie zusammen zu nehmen, um seinen Freunden seine Leiden nicht zu zeigen. Mit erhobenen Kopfe ging er mutig die lange Treppe hinunter in den Gefängnißhof. Dort stand schon der Wagen bereit, der mit kräftigen Pferden bespannt war.

Anton setzte sich auf die rechte Seite des quer über den Wagen gelegten Brettes und sah nach der Thür hin, aus welcher sein Kamerad heraustreten mußte. Nun erschien ein blonder Jüngling, mit einem fast kindlichen Gesicht. Er war todtenbleich, seine Lippen zuckten, mit ungleichen Schritten näherte er sich dem Wagen: er war erst neunzehn Jahre alt und wollte nicht sterben.

„Sehe Dich hin, Kamerad!“ sagte Anton mit lauter, energischer Stimme und ermunterte dadurch den Jüngling.

Dieser setzte sich neben Anton, drückte ihm die Hand und zwang sich zu einem Lächeln.

Die verrosteten Angeln der Gefängnißthür kreischten; der Wagen fuhr auf den Platz heraus, wurde von einer Eskorte von Kosaken in die Mitte genommen, und schnell ging es zur Stadt hinaus.

Der nächtliche Regen hatte den Staub auf der Chaussee niedergeschlagen, die noch feuchten Blätter der Bäume strömten eine erquickende Frische aus; im dichten Graue schimmerten die Taurotopen, und hinter den Gitterjähnen der Willen sah man in den Beeten leuchtende Blumen. Der Nebel, der sich bei Sonnenaufgang gebildet hatte, zerfloß in der reinen Frühlingsluft.

(Fortsetzung folgt.)

Das Tabakmonopol in Sicht. Die von uns in der letzten Nummer veröffentlichten Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Tabakfabriksteuer können wohl nicht anders gedeutet werden, als daß die Reichsregierung neben dem Zwecke sich eine neue Einnahmequelle zu eröffnen, die Einführung des Tabakmonopols plant. Sie ernt den Geschäftsbetrieb der Tabakpflanzler, Händler, Fabrikanten und Hausindustriellen in einer Weise ein, sie bevormundet denselben so unerträglich, sie bedroht ihn mit so vielen Strafen, daß eine große Anzahl der am Tabakhandel und der Tabakindustrie Interessirten zur Aufgabe des Geschäftes gezwungen werden dürften. Je größer der Geschäftsbetrieb ist, desto leichter wird er die Maßnahmen der Reichsregierung erdulden können, so daß schon dieses Gesetz ein kapitalistisches Tabakmonopol zur Folge haben wird. Damit wird der Widerstand gegen das Reichstaktabakmonopol naturgemäß vermindert werden, da fünf Jahre nach Inkrafttreten der Tabakfabriksteuer weniger Interessenten durch das Monopol geschädigt werden als heute. Auch die Entschädigungssummen werden nach der Dejmierung durch die Tabakfabriksteuer geringer sein können, als sie heute sein müßten. Demnach haben nicht nur alle bisherigen Gegner des ungeheuerlichen Gesetzesentwurfes, sondern auch alle Gegner staatssozialistischer Projektmacherei und der Verstärkung der Macht der gegenwärtigen Regierung mit aller Entschiedenheit gegen das Projekt der Tabakfabriksteuer Front zu machen. —

Gegen die Tabakfabriksteuer. Sämmtliche Tabakarbeiter und Pflanzler am Niederrhein haben sich dem Proteste gegen die Tabakfabriksteuer angeschlossen und ihre Vertreter im Reichstage beauftragt, gegen dieselbe zu stimmen. —

Die Steuerfreiheit der Standesherrn in Bayern. Der Antrag der Liberalen in der bayerischen Kammer der Abgeordneten, die Steuerfreiheit der Standesherrn aufzuheben, wurde mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag des Centrum nach lebhafter Debatte angenommen. Nach letzterem Antrage soll eine Enquete vorgenommen werden über den fiskalischen Umfang dieser Steuerfreiheit, um den Betrag festzustellen, welcher für die eventuelle Ablösung innerhalb der verfassungsmäßigen Zulässigkeit erforderlich ist. Der Minister des Inneren Frhr. v. Feilich erklärte, eine solche Enquete werde ausgestellt werden, dieselbe würde aber in der gegenwärtigen Legislaturperiode kaum mehr abgeschlossen werden können. Ferner betonte der Minister, dem Ausspruch Grillenberger's „noblesse oblige“ gegenüber, es liege hier ein begründeter Rechtsanspruch vor; durch ein freiwilliges Uebereinkommen sei der Zweck des Antrages leichter erreichbar. v. Vollmar begründete den Antrag der Sozialdemokraten gegen die neuen Reichssteuern. —

Die Reichs-Finanzreform im bayerischen Landtage. Auf die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten von Vollmar erwiderte Ministerpräsident Freiherr v. Graßheim, der Antrag Vollmar's sei durch die Verhältnisse überholt. Die Instruirung der bayerischen Bundesobermächtigten von dem Botum des Landtags abhängig zu machen, sei nach der Bestimmung der Reichsverfassung unzulässig und praktisch unthunlich. Daher würde auch die Annahme des Antrags Vollmar eine bindende Verpflichtung für die bayerische Regierung nicht enthalten. Allerdings stehe dem nichts entgegen, daß Angelegenheiten des Reiches in dem Landtag besprochen und die Haltung von Bundesratsmitgliedern kritisiert würden. So gern aber die Regierung den Wünschen des Hauses entgegenkommen möchte, so wenig vermöge sie auf die ihr verfassungsmäßig zukommende Selbständigkeit und Freiheit der Entscheidung im Bundesrathe verzichten. Finanzminister v. Nibel bezeichnete die finanziellen Ausführungen Vollmar's als auf falschen Informationen beruhend. Mit der Tabaksteuer greife man zu einem Steuerrohstoff, welches in Frankreich, England, Oesterreich, Italien z. B. doppelt und dreifach höher besteuert sei, als in Deutschland. Während in Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung 6,47 M. Tabaksteuer kommen, entfalle in Deutschland gegenwärtig auf den Kopf eine Steuer von 1 M., und dieser Satz würde nach Einführung der beabsichtigten Erhöhung auf 2 M. steigen. — Unsere Genossen werden den Ministern die geziemende Antwort nicht schuldig bleiben. —

Erhöhung der Einkommensteuer in Baden. Bei der gestrigen Eröffnung des badischen Landtages betonte die Thronrede die schwierige Finanzlage des Landes und kündigte die Erhöhung der Einkommensteuer an unter besonderer Berücksichtigung der unteren Klassen. —

Nochmals der politische Nerv. Der „National-Zeitung“ ergeht es wie jenen Verbrechern, die eine geheimnißvolle Macht unwiderstehlich nach dem Schauplatz ihrer Thaten treibt, bis sie der blinden Gerechtigkeit in die Hände gerathen. Sie kommt immer und immer wieder auf ihre schwachvolle Denunziation Dueb's zurück, woraus ein Naiver den schmeichelhaften Schluß ziehen könnte, sie habe doch noch Gewissen. Er müßte freilich sehr naiv sein. Nicht Gewissen ist's — aber solche „Sentimentalitäten“ sind diese staatsmännischen „Mannesseelen“ hinaus — es ist die Verlegenheit, die Verlegenheit des bei einer unehrenhaften Handlung ertappten Hochstaplers. Unser Standpunkt in der Sache ist von allen anständigen Zeitungen eingenommen worden, — sogar das Organ des Herrn Alexander Meyer, die „Breslauer Morgen-Zeitung“ nennt unsere Ausführungen „sachlich zutreffend“ — und die „National-Zeitung“ sucht jetzt in einer zweiten Reinwaschungnotiz ihre Denunziationsnotiz zu beschönigen. Pilst nichts! So viel Worte, so viel Flausen. Was sie pathetisch behauptet, wird von niemand bestritten: daß die Freilassung gefangener Abgeordneten nicht nach Willkür, nur nach Gesetz erfolgen soll. Um den Kernpunkt aber drückt sie sich herum, nämlich um das reaktionär-seige Preisgeben der Würde des Reichstagsmandats und um die schwachvolle Denunziation Dueb's, den die Behörden, wenn sie nicht liberaler wären, als die „liberale“ „National-Zeitung“, schleimigst wieder ins Gefängniß sperden müßten. —

Eine militärische Ansprache. Gelegentlich der diesjährigen Kontrollversammlung hielt der Major von Seel, wie wir dem „Vochumer Anzeiger“ entnehmen, die übliche Ansprache an die Mannschaften. Die Ansichten nun, die Herr Major v. Seel bei dieser Gelegenheit entwickelte, sowie die Form der Ansprache, sind so eigenartig, daß wir glauben, sie unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Nach den

Berichten von Ohrenzeugen äußerte sich nämlich Herr Major v. Seel über das traurige Kapitel der Soldatenmishandlungen und zwar in der folgenden sonderbaren Weise: „Sie Alle,“ so ungefähr führte der Herr Redner aus, „haben jedenfalls in den Zeitungen Berichte über Soldatenmishandlungen gelesen, ich hoffe aber, daß Sie diesen Zeitungsberichten feinerer Glauben beimessen. Sie Alle wissen, daß Alles, was in den Zeitungen steht, gelogen ist. Besonders den Berliner Zeitungen darf man nicht über den Weg trauen, denn diese Berliner Zeitungen werden fast durchweg von jüdischen Redakteuren geleitet, na, und was Sie von den Juden zu halten haben, werden Sie wohl alle selbst am besten wissen!“ Diese Artikel werden nur geschrieben, um mit ihnen Geld zu verdienen, ich erwarte aber, daß Sie sich durch sie in der Erfüllung Ihrer Pflicht nicht beirren lassen werden.“

Der Herr Major weiß wohl nichts von den freilich viel zu gelinden Bestrafungen von Offizieren und Unteroffizieren wegen Soldatenmishandlung, von dem Erlasse des Prinzen Georg, von der Münchener amtlichen Statistik über die Soldatenmishandlungen im Leibregimente. Wenn die Soldaten hiervon Kenntnis haben, könnten sie vielleicht nicht die Zeitungen für verlogen halten, sondern die Wahrheitsliebe des Herrn Major von Seel bezweifeln. Es lebe die militärische Disziplin! —

Das Programm des Ministeriums Windischgrätz wurde heute in dem eben zusammengetretenen Abgeordnetenhaus vom Ministerpräsidenten folgendermaßen formuliert:

Die Regierung erklärt, daß sie es als ihre erste und wichtigste Aufgabe betrachtet, im Einklang mit diesen Parteien eine umfassende Wahlreform zu schaffen, welche mit Aufrechterhaltung der derzeit bestehenden verfassungsmäßigen Verteilung der Interessengruppen, und mit einer neuer Berücksichtigung der Verhältnisse der vereinigten Königreiche und Länder eine wesentliche Ausdehnung des Wahlrechtes unter Heranziehung der bisher vom Stimmrecht ausgeschlossenen Volksschichten, insbesondere der Arbeiter, herbeiführen und zugleich das bisherige Schwergewicht der politischen Rechte des Bürger- und Bauernstandes sichern soll, und welche voraussichtlich eine Vermehrung der Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses zur Folge haben wird, sowie eine Revision der Wahlbezirks-Einteilung erforderlich dürfte. Bis zum Zustandekommen der Wahlreform hält die Regierung es für angemessen, alle anderen großen politischen Fragen ruhen zu lassen, und will sich in dieser Zeit unter gleichzeitiger stetiger Bedachtnahme auf die Erhaltung der Wachstums- und Befruchtungs der Monarchie, mit aller Thätigkeit wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben zuwenden. Die neue Regierung übernimmt das mit Ungarn vereinbarte Werk zur Herstellung der metallischen Währung und wird bestrebt sein, dasselbe mit Ernst und Umsicht weiterzuführen. Ebenso wird die Regierung großen Wert darauf legen, daß im Wege des parlamentarischen Einverständnisses die Reform der direkten Steuern zum Abschluß gebracht werde. In Erkenntnis der großen Bedeutung der Sozialpolitik in der heutigen Verwaltung und der Nothwendigkeit der Fürsorge für die arbeitenden Klassen wird die Regierung diesem in unserer Zeit so überaus wichtigen Gebiete staatlicher Thätigkeit ihr besonderes Augenmerk zuwenden und behält sich vor, hierüber seiner Zeit bestimmte Vorschläge zu machen. Das Gelingen der Justizreformen, welche zum großen Theile die Interessen des Recht suchenden Publikums und der Bevölkerung überhaupt direkt berühren, wird die Regierung sich dringend angelegen sein lassen. Mäßige Reformen zur Hebung der sittlichen und materiellen Verhältnisse und somit der Bildung und des Wohlstandes liegen im Interesse des ganzen Volkes und darum auch sämtlichen Parteien des Hauses gleichmäßig am Herzen. Die Regierung wird glänzlich sein, wenn hier die Parteischeidungen zurücktreten und sich alle in gemeinsamer patriotischer Arbeit zusammenschließen wollen. Offenheit und Wahrheit im öffentlichen Leben, volle Anerkennung der Bedeutung der parlamentarischen Institutionen, die wirksame Förderung aller berechtigten wirtschaftlichen Interessen, eine kräftige, auf der Höhe der Zeit stehende Verwaltung, eine entschiedene Abwehr aller den Frieden des Staates und die allgemeine Wohlfahrt störenden Elemente, dies sind die Gesichtspunkte, von welchen sich die Regierung bei der Führung der öffentlichen Geschäfte leiten lassen will.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik will demnach die Regierung nichts unternehmen, wie sie sich die nun unaufschiebbare Wahlreform denkt, verräth sie nicht, klar ist bloß, daß sie aus dem österreichischen Parlamente noch weniger wie Taaffe eine Volksvertretung machen will, sondern daß sie sich dasselbe auch weiter als Klassenvertretung denkt. Endlich scheint sie Ausnahmegeetze erlassen zu wollen. Das Ministerium Windischgrätz will demnach den Versuch machen, noch reaktionärer zu regieren wie das Ministerium Taaffe. —

Lohnerhöhung von Staatsarbeitern — natürlich nicht in Deutschland. Aus Wien telegraphirt man: Ein Erlass des Finanzministers v. Plener an die Salinenverwaltungen im Salzammergut, Pail und Hallein verfügt die Erhöhung der Löhne der Arbeiter um 10 pCt. Eine ähnliche Verfügung steht auch für die Salinen in Galizien und der Bukowina in Aussicht. Diese Lohnerhöhung an sämtlichen Salinen soll schon vom November angefangen in Kraft treten und erfolgt mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Preise der Lebensmittel, sowie in Anerkennung des musterhaften Verhaltens der Arbeiterschaft.

Natürlich hat die österreichische Regierung dabei einen Hintergedanken. Sie will den Arbeitern gegenüber, die sie um das Wahlrecht betrogen will, als arbeiterfreundlich erscheinen. Sie wird aber damit niemanden aus unseren Reihen zu einem Anhänger der Regierung machen. Die Löhne sind übrigens in den österreichischen Staats-Bergwerken so niedrig, daß sie trotz der 10 pCt. Lohnerhöhung Hungerlöhne bleiben. —

Prozeß gegen Wassiliew. Aus Bern wird berichtet. Gemäß Beschluß der Anklagekammer wird Arbeitersekretär Dr. Wassiliew aus Anlaß der Berner „Krawalle“ den Geschworenen überwiesen. Die Anklage lautet auf Anstiftung zum Aufruhr; Theilnahme am Aufruhr; Anstiftung zum Kaufhandel; Anstiftung zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, theils begangen am 19. Juni 1893, theils vorher. Ein gehöriges Bündel! —

Zu Namen der neuen französischen Regierung hat Herr Dupuy vorgestern in der Kammer eine förmliche Kriegserklärung an den Sozialismus erlassen. Es hat schon viele solcher Kriegserklärungen an den Sozialismus gegeben, und keine frühere hat von so geringem Verstandnis und so großem Miß- und Unverständnis des Sozialismus und der Nationalökonomie zeugt. Die Bourgeoisie degenerirt von Geschlecht zu Geschlecht — wenn die Bourgeois

von zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts einen Ausblick in die Welt machen könnten, sie würden mit Verachtung und Ekel sich abwenden von diesen verküppelten Epigonen. Unser Genosse Jaurès fertigte das Ministerchen ab, wie dieses es verdiente, und das Ministerchen mußte noch einmal reden — so schwach und jämmerlich, daß seine eigenen Anhänger Anzufriedenheit äußern. Eine allgemeine Rebeschlag hat sich entwickelt, die hitzig fortbauert und über die wir, nachdem sie beendet, im Zusammenhang berichten werden.

Tante Boff bewundert den Herrn Dupuy — der beste Maßstab für seine geistige Höhe; und sie orakelt, daß er „auf dem besten Weg sei, sich zu einem Mann mit programmatischem Namen heranzuwaschen.“ Was das heißen soll, wissen wir nicht, und die Tante Boff weiß es vermuthlich selbst nicht. Aber das wissen wir, daß bis jetzt jeder, der dem Sozialismus den Krieg erklärt hat, ein erbärmliches Ende genommen hat. Und mancher darunter hat thurnhoch den Knirps Dupuy überragt, den unsere französischen Genossen „besorgen und aufheben“ werden. —

Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer — so schreibt man uns aus Paris — übt, ehe sie noch in Aktion getreten ist, eine solche Macht über die Bourgeoispolitiker aus, daß diese nichts zu thun oder zu unterlassen vermögen, ohne dabei auf die Sozialisten Rücksicht zu nehmen. So hat sich, um nur eines der Beispiele herauszugreifen, auf das selbst der „Temps“ hinweist, der Regierungs-Abgeordnete Denschau, der die Kammer zu einer zarenfreundlichen Manifestation veranlassen wollte, gezwungen gesehen, diese Absicht aufzugeben, weil — wie der „Temps“ schreibt — „die Anwesenheit einer sozialistischen Gruppe in der Abgeordnetenkammer schon ein Resultat erzeugt hat: Herrn Denschau zu verhindern, seinem patriotischen Antrag, dessen Botirung der neuen Versammlung erlaubt hätte, sich den französisch-russischen Manifestationen des letzten Monats anzuschließen, Folge zu geben. Herr Denschau hat erfahren, daß die patriotischen Sozialisten und die internationalen Sozialisten diese Gelegenheit erfassen werden, um sich zu „erklären“. Eine solche Debatte könnte sich aber nicht entwickeln, ohne daß einige Rothprizer „auf Gefühle fielen, die zu ehrbar sind, um so leichtsinnig aufs Spiel gesetzt zu werden. Der ehrenwerthe Abgeordnete zieht seinen Antrag zurück: man laß ihn nicht tadeln. Es verbleibt nichts desto weniger, daß durch die Anwesenheit einiger in ihren internationalen Freundschaften zu sehr engagirten sozialistischen Abgeordneten es schwierig werden kann, im französischen Parlament von dem französischen Vaterland zu sprechen.“ Nun, die sozialistische Fraktion wird bald zeigen, daß man ganz gut vom Vaterland sprechen kann; allerdings nicht in der Weise, als wäre es eine russische Provinz, die ihr Herz zu den Füßen des Zaren niederlegt. Wenn aber die Bourgeoispolitiker ihre „patriotische“ Sprache verlieren, ehe die sozialistische Fraktion in Aktion getreten ist, was soll da erst später werden? . . . —

Anarchistenrecherche. Nach einer Meldung des mehr durch sensationelle Nachrichten als durch Wahrheitsliebe berühmten „Figaro“ aus Barcelona sind daselbst auf einem Baugrunde 11 Bomben gefunden worden. Dieselben sollen dem städtischen Laboratorium zur Untersuchung übergeben worden sein.

Aus Bourbeurg wird ferner telegraphirt: Die bei einigen zwanzig Anarchisten vorgenommenen Hausdurchsuchungen sind ergebnislos gewesen. —

Wahlen in Belgien. Wie bestimmt verlautet, werden die nächsten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrechte und dem neuen System der proportionalen Vertretung im Juni des Jahres 1894 stattfinden. —

Aus Italien melden übereinstimmende Berichte aus allen Parteilagern, daß die Mißstimmung über den Dreieubund im Wachsen ist, und daß in immer weiteren Kreisen, und zwar auch konservativen und liberalen die Ueberzeugung mehr und mehr um sich greift, daß der Beitritt zum Dreieubund ein großer politischer Fehler war, weil Italien dadurch über seine Kräfte belastet und außerdem zu Frankreich in ein gespanntes Verhältnis gebracht und dadurch seines besten Marktes beraubt wurde.

Wir müssen in Italien auf allerhand Ueberraschungen gefaßt sein. —

Der italienische Telegraphistenstreik scheint beendet, wenigstens meldet das Wolff'sche Telegraphenbureau:

Die Telegraphenbeamten haben überall den Dienst wieder aufgenommen, ausgenommen in Mailand und Venedig, wo der Wiederbeginn des Dienstes morgen erfolgen soll.

Vor dieser Depesche trafen die folgenden ein: Rom, 21. November. In Turin haben fast alle Telegraphisten die Arbeit eingestellt, während dieselben in Neapel die Arbeit wieder aufnahmen. In Rom dauert der Ausstand fort. Es sind überall Vorkehrungen getroffen, daß keine Unterbrechung des Telegraphendienstes eintritt.

Der Ministerrath beschloß in Hinblick auf den Ausstand der Telegraphisten, sofort mehrere Jahrgänge von Beurtheilungen Militärtelegraphisten einzuberufen und diejenigen Telegraphenbeamten, welche den Ausstand angeregt und gefördert haben, zu entlassen. Bezüglich der anderen Ausständigen, welche den Dienst innerhalb 24 Stunden nicht wieder aufnehmen werden, befaßt sich der Ministerrath vor, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Genua, 22. November. Ein gestern auch hier ausgebrochener Streik der Telegraphisten ist bereits wieder beendet.

Die Einberufung der Militärtelegraphisten zur Verhinderung eines Erfolges beim Streik wird in der Arbeiter- und Beamtenchaft Italiens den Haß gegen das heutige System und den Militarismus gewaltig steigern. —

Frauen-Stimmrecht in Dänemark. Der Gesetzentwurf, betreffend das kommunale Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frauen wurde im Folkething (dem Abgeordnetenhause) mit 89 gegen 18 Stimmen in dritter Lesung angenommen und dem Landsting (Herrenhause) überfandt. —

Fortschritte der Republikaner in Spanien. Trotz der stärksten Wahlbeeinflussungen haben die spanischen Republikaner große Erfolge bei den Municipalwahlen (Gemeindevahlen) zu verzeichnen. Selbst der offiziöse Draht, der doch aus Spanien stets Siege der Regierung meldet, muß zugestehen, daß die Republikaner zahlreiche Siege zu verzeichnen haben. Die Erfolge sind jedenfalls aber weit größer. Die offiziellen Depeschen lauten: Bei den hiesigen Municipalwahlen wurden 18 Monarchisten und 10 Republikaner gewählt. In den meisten Städten der Monarchie war das Verhältnis der Wahlergebnisse ein ähnliches. Die Ruhe ist nirgends gestört worden.

Bei den Municipalwahlen in Valencia, Guelva und Toledo wurden einstimmig die Kandidaten der monarchistischen Partei gewählt, in Coruña, Cordoba, Salamanca, Almeria, Guadalupe, Avila, Caceres und Ciudad Real errang ebenfalls die monarchistische Partei den Sieg, dagegen erhielten in Leon und Badajoz die Republikaner die Majorität. Infolge Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen sind weitere Resultate noch nicht bekannt geworden.

Parteinachrichten.

Erklärung.

Auf die Schimpfepistel von Elm in Nr. 275 des „Vorwärts“ werde ich antworten, so bald ich eine Reihe dringender Arbeiten, die ich nicht aufschreiben kann, erledigt habe.

Berlin, den 23. November 1893.

U. Webel.

Vom Genossen A. von Elm werden wir ersucht mitzutheilen, daß er durch seine Betheiligung am Tabakarbeiterkongress abgehalten sei, auf den in Nr. 274 des „Vorwärts“ vom 21. November enthaltenen Artikel des Genossen Auer zu erwidern, daß er dies aber nach seiner Rückkehr nach Hamburg von dort aus sofort thun werde.

Aus Fürth wird uns mitgeteilt, daß bei den dort stattgefundenen Gemeindevahlen die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg über den vereinigten Mißmachs errangen. Sie vereinigten 2100 Stimmen auf ihre Liste, während es die Gegner auf 1400 Stimmen brachten.

Von Nürnberg wird berichtet, daß unsere Parteigenossen bei der Gemeindevahl unterlegen sind.

In wie heftigen Chiffren die Kartellbrüder des sächsischen Ordnungsbereichs gegen unsere Parteigenossen sich im sächsischen Landtage ergehen, ersieht man aus einem Schreiben, welches uns von einem sächsischen Parteigenossen zugeht. Eingangs desselben wird der Rede Erwähnung gethan, welche der Kammerpräsident Herr Ademann bei Eröffnung des Landtages hielt und in welcher die erschienenen Landboten aufgefordert wurden, dem Lande „in strenger Zucht und Ordnung zu dienen“. Die bevorstehende Vergewaltigung der sozialdemokratischen Abgeordneten sollte wahrscheinlich vor dem Lande durch diesen Hinweis verdeckt werden. Die ganze finanzielle und politische-wirtschaftliche Lage des Landes ist nun aber eine derartige, daß alles für die Sozialdemokratie spricht und agitiert und deshalb greifen die Kartellbrüder auch, um das Aufblühen des sozialdemokratischen Weizens möglichst zu verhindern, zu den elendesten Praktiken. Donnerstag, den 18. November, sofort nach der Sitzung, brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag ein, worin die sächsische Regierung aufgefordert wird, im Bundesrath gegen die Tabaksteuer, sowie gegen jede indirekte Besteuerung Front zu machen. Am selbigen Tage, Nachmittags, berathen ebenfalls die Kartellbrüder über die Tabaksteuer, Borkensteuer u. um der riesig wachsenden Unzufriedenheit des Volkes ein ganz klein wenig Rechnung zu tragen und bringen ebenfalls Resolution und Interpellation im Landtage ein. Und siehe da, am nächsten Tage, als die Tagesordnung von dem Zucht- und Ordnungspräsidenten Ademann bekannt gegeben wird, steht der zuerst eingebrachte Antrag der Sozialdemokratie zuletzt und die zuletzt eingebrachte Resolution zuerst. Die Sozialdemokraten protestirten sofort gegen dieses Ademann-Mehnerl'sche Manöver und beantragten, daß der sozialistische Antrag, welcher sämtliche gegnerische Resolutionen und Interpellationen überflüssig macht, zuerst auf die Tagesordnung gesetzt werde. Der Antrag wurde mit 40 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Bei diesem groben Verstoß gegen parlamentarischen Brauch war also bei einem großen Theil Gegner noch eine Portion Sinn für Zucht und Ordnung vorhanden. Wir haben uns übrigens auf eine Masse derartiger Manöver gefaßt zu machen.

Ademann, Mehnerl und Kompagnie werden schon, wie bis dato, dafür sorgen, daß der sächsische Landtag eine Fundgrube für Witzblätter bleibt. Der erste Verhandlungstag war überhaupt sehr ungünstig für die Regierung, indem ein Gesetzvorschlag über Pensionirung der Gehammen derselben, von fast allen Rednern aller Parteien als ganz unannehmbar und als ganz schlecht motivirt bezeichnet wurde. Fast sämtliche Redner, mit Ausnahme eines Antisemiten, erklärten, wenn nicht der Antrag vollständig umgearbeitet würde, wäre er unannehmbar.

Genossen Goldstein und Stolle übten an dem „Gesetzentwurf“ und dessen Begründung eine durchschlagende Kritik. Für die Sozialdemokratie war der erste Tag gut.

Gegen die sechzehn Virmasener Arbeiter, angeklagt wegen Landfriedensbruchs, welcher begangen sein soll gelegentlich der letzten Reichstagswahl, wurde am 14. November vor der Strafkammer in Weidrichen verhandelt. Am Tage der Wahl hatte vor dem Café Cordier zu Virmasens, wo die Nationalliberalen tagten, ein großer Volksauflauf stattgefunden, der sich bis tief in die Nacht ausdehnte und wobei die Fenster des Café Cordier und benachbarter Gebäude demolirt wurden. Die Gendarmerie und die Polizei zeigten sich nämlich der Macht der Demonstranten gegenüber ohnmächtig. Damals wurden eine Menge Verhaftungen vorgenommen. Nach und nach wurden aber manche wieder entlassen, so daß zuletzt noch 16 Angeklagte übrig blieben. Die Verhandlungen dauerten drei Tage. Das gestern gefällte Urtheil lautete folgendermaßen: Weisang wegen Landfriedensbruchs 12 Monate, Widerstandes 2 Monate, Verleumdung 1 Monat Gefängnis. Gesamtstrafe 15 Monate Gefängnis. Fischer wegen Landfriedensbruchs 15 Monate, Aufruhrs 8 Monate, zusammen 21 Monate. Türl wegen Landfriedensbruchs frei, wegen Aufruhrs und Aufforderung zum Ungehorsam 8 Monate. Hentschuh freigesprochen. Seemann wegen Widerstandes 5 Monate. Schneider wegen Aufforderung 9 Monate. Kapper wegen Aufforderung 4 Monate. Boffert wegen Aufruhrs und Aufforderung 12 Monate. Jacoby wegen Aufruhrs und Aufforderung 12 Monate. Klemm, Wenzel und Jöller wegen Aufruhrs je 6 Monate, Korn, und Wagner wegen Aufruhrs je 6 Monate. Theobald wegen Aufruhrs 9 Monate. Weisang, Fischer, Boffert und Jacoby bleiben verhaftet, gegen die übrigen wird der Haftbefehl aufgehoben. Die Untersuchungshaft kommt bei allen in Abzug. Die Verurtheilten sind zum Theil in der Schuhwaaren-Industrie Virmasens beschäftigte Arbeiter. Verurtheilt wurden nicht weniger als 87 Zeugen.

Briefkasten der Redaktion.

Brizip. Bei Wahlen, Kontrollversammlungen, Stellungen und dergleichen ist der Arbeitgeber nach richtiger Ansicht nicht berechtigt, die zur Ausübung des Wahlrechtes, der Gestellungs-pflicht u. s. w. erforderliche Arbeitszeit in Abzug zu bringen. Das folgt aus dem Inhalt des Arbeitsvertrags und aus dem allgemeinen Grundsatz, daß Niemand zur Unterlassung der Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechts oder einer solchen Pflicht durch Privatvertrag verpflichtet werden kann. Dem Inhalt des Vertrags, daß die Arbeitskraft verbunden ist, hängt die selbstverständliche Klausel an: damit die Benutzung dieses Rechts, die verdungene Arbeitskraft zu gebrauchen, nicht den allgemeinen Regeln der Moral widerspricht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 24. November. Opernhaus. Idomeneus. Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Venedig. Deutsches Theater. Der Talisman. Seeliner Theater. Kabale und Liebe. Festung-Theater. Heimath. Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Freund Felix. Residenz-Theater. Die Dragoner. Wallner-Theater. Nonstre-Vorstellung. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Die eiserne Jungfrau. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater. Die sieben Raben. Alexanderplatz-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. National-Theater. Vor der Revolution. Theater Unter den Linden. Die Gondoliere. Pierrot-Gavotte. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182. Vor der Revolution. Tragikomödie in 8 Bildern von Carl Bleibron. Regie: Rohde Gbeling. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Wallner-Theater.

Nur noch wenige Tage Gastspiel-Cyclus des

Eden-Theaters

Direktion: B. Schenk. Größtes phant. Etablissement der Welt.

Mystische Vorstellung.

Personl. Auftreten des hervorv. Sensat. Jäuberers der Gegenwart Direktor B. Schenk.

20 Nummern. Riesen-Programm.

5 Attraktionen. Quixl. des Calif. v. Bagdad. Haupt Gagliostro. Die Blüh. Cameliendäume. Das Seelengeheimniß. Zick-Zack in der Luft. Reize durch das Unmögliche. Schwelende Kopf. Metamorphose im Bagno. Die räthselhafte Luftwandlerin Miss Edith. Schalkenbach's Geister-Concert. Im Fluge durch die Welt. Schönheitsgalerie.

Der Diamanten-Palast.

hadr. Ferie. Galerie lebender Bilder von 30 Damen, grandes Fontains lumineuses, Wasserfälle, Eisregen etc.

Nächsten u. letzten Sonntag: Vorstellungen

Nachm. 4 Uhr, Abds. 7 1/2 Uhr. Nachmittags kleine Preise. Bei Parquet und Parterre-Plätzen jeder Erwachsene

1 Kind frei!

Billets schon jetzt an der Kasse.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante. Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:

Die Bajazi.

Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu! Die Gründung Roms in der Mörkertstraße, oder:

Die Rache des Gänserichs.

Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Uk! Humor! Auftr. sämtl. Spezialitäten. Anf. Abtg. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. Zum 17. Male:

Die eiserne Jungfrau.

Poffe mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville. Musik von Louis Barnay. Sonntag, d. 26. Novb. (Tobtensonntag):

Einmalige Aufführung von Drei Paar Schuhe.

Schusterfrau Venti: Fr. Josephine Dora.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.) Täglich:

Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Francis Era am asiatisch. Luftapparat

Arthur Vallens.

der fünfjährige Wunderknabe. Eine alltägliche Geschichte. Charakterbild m. Gesang i. 1 Akt

Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr. Entree 15 und 30 Pf. R. Winkler.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Grosse

Spezialitäten - Vorstellung

von nur Künstlern I. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet-Kraft-Produkt. m. 2 Pferden. Sbargulap, indisch. Jongleur. Brother Barotti, Kopf auf Kopf - Equilibristen. Gen. Cordes, Gesangs-Humorist. Mr. Edgar Jones, musk. Clown. Emmy Hoffmann's Flora-Troppe, 6 Damen. Clara Birkholz, Kostüm-Soubrette.

Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Kelt. u. größt. Etablissement Berl.

Neues Programm.

Täglich von 6 1/2 Uhr ab:

Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle

und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.

Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf. referiert 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., referiert 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle

für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree. Carl Koch.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.

Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.

Spezial-Nachschank von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.

An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Passage-Panopticum.

50 Pf. incl. Theater.

Victoria-Brauerei.

Löhovstraße 111-112. Jeden Freitag und Montag: Stettiner

Sänger.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Neu: Ein gestörtes Rendez-vous. Ensemble von Mesfel. Sonntag, den 26. November: Soiree in Sanssouci.

Bitte lesen Sie!

Winter-Paletots,

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Waschkessel, Reise- und Holzstöcke u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien, Schneidernjr.

127 Stalitzer-Straße 127. Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt. Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L*

Ein donnerndes Hoch unserm Genossen

G. Dams.

3286 W. K. D. R. „Gustav, merkste was?“

Neue freie Volksbühne.

„Das Gewitter“ von A. Ostrowsky. Sonntag, 26. November: II. Abtheilung.

Sonntag, 3. Dezember: III. Abtheilung. Billets zu 60 Pf. im Theater und an den Zahlstellen. Siehe Säulenanschlag!

Sonntag, den 26. November, 6 Uhr, Familien-Abend, 453/1 in Joel's Festsaal, Andreasstr. 21, arrangirt von den Ordnern der Neuen freien Volksbühne. Entree 50 Pf. Lang frei.

Castan's Panopticum.

Neue Gruppe: Unverhoffter Besuch in Castan's Atelier.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße darunter der

Viel Neues, fünf Körper

gehend durch Geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren.

Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Circus Renz.

(Friedrichstr.) Freitag, den 24. November, Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung.

Festlicher Aufzug des gesammten Personals.

Außerdem besonders bemerkenswerth: Mouffe-Tableau von 60 Geistl., dreifür und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz, Erfinder der Mouffe- u. Original-Dressur des Circus Renz. Reiten und Vorführen von neuen vorzüglich dreifürten Schul-, Freiheits- u. Springpferden. Debut der sämtlichen neu engagirten Künstler und Künstlerinnen in ihren hervorragenden Leistungen.

Zum Schluß der Vorstellung: Guldigungsgruß an Berlin.

Großes Paradestück mit Festspielen, Aufzügen, Solo- und Ensembletänzen von 80 Damen.

Preise der Plätze: Num. Vorder-Logen 5 M., Num. Hinter-Logen 4 M., alle übrigen Preise der Plätze wie sonst.

Morgen Vorstellung. Fr. Renz, Direktor.

Cirkus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Freitag, den 24. November, Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Brillant-Vorstellung.

Besonders hervorzuheben: Pas de Valse, getanzt von 20 Damen.

13 Hengste in Freiheit vorgeführt von Herrn Max Schumann. Auftreten der Barforce-Reiter Mr. Ricobono und Lecusson. Entree comique, Clown William Olschansky. Batonde americain, Salto u. Doppel-Salto mortales über eine Anzahl Pferde. Pri. Blonno, Grottesk-Reiterin. Luft-Potpourri ausgeführt von 3 Geschw. Lecusson. Voltige à la Richard v. Willy Schumann (Entel). The Eugeno Troupe, Akrobaten. Mr. W. Ricobono als Jongleur. Musik. Entree der Clowns Paul und William.

Doppel-Volero, spanisch. Nationaltanz, geritten von den Fris. Adelo Schumann u. Footitt, den Herren Adolf Schumann u. Ackermann. etc. etc.

Preise der Plätze wie bekannt. Alles Nähere Plakate u. Ausstragzettel. Hochachtungsvoll G. Schumann, Direktor.

Bitte lesen Sie!

Winter-Paletots,

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Waschkessel, Reise- und Holzstöcke u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien, Schneidernjr.

127 Stalitzer-Straße 127. Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt. Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L*

Zentralverband der deutschen Former

sowie aller in Metall- und Eisengießereien beschäftigten Arbeiter. (Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 26. November cr., Vormittags 11 Uhr, Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße.

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Statutenberathung. 2. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung. 3. Abrechnung vom 3. Quartal. 4. Vereinsangelegenheiten. Eröffnung pünktlich 11 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen bittet

154/12 Die Ortsverwaltung. J. K.: Squar, Schriftf.

Achtung! Maurer Berlins!

Sonnabend, d. 2. Dezember, Abds. präc. 8 Uhr, Sebastianstr. 39:

Oeffentl. Versammlung

für Männer und Frauen. Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Die zehn Gebote und die bestehenden Klassen.“ 2. Diskussion.

Nach der Versammlung Tanzkränzchen verbunden mit Vorträgen ersten und heiteren Inhalts. Einlasskarten hierzu à 20 Pf. sind vom Sonnabend, den 25. d. M., Abends 8 Uhr, ab in allen bekannten Zahlstellen der Berliner Maurer, sowie bei dem Unterzeichneten zu haben. Einen gemüthreichen Abend versprechend, ladet zu recht zahlreichem Besuch ein.

445/3 C. Blaurock, Oberbergerstr. 18.

Achtung! Maurer. Achtung!

Große öffentliche Versammlung

der Maurer u. Putzer Berlins am Sonntag, den 26. November, Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Gründer (früher Mundt), Köpnickstr. 100.

Tages-Ordnung: 1. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Referent: Kollege Albert Paul-Hannover. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Gewerkschaftliches.

Alle Gewerkschaften, speziell die Förderer der Gewerkschaftsbewegung, sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.

H. Schigolski, Schwedterstr. 27, F. Grischke, Stalitzerstr. 51, Vertrauensmänner der deutschen Maurer. 445/2

Ethische Gesellschaft.

Sonntag, den 26. November (Todtensonntag), im Schweizer-Garten, am Friedrichshain:

Grosser geselliger Abend

verbunden mit Konzert, Theater und Vortrag. Um 8 Uhr: Vortrag des Herrn Manasse über: „Unsere Todten.“

Darauf: Ein Schritt zum Ziele. Schauspiel mit Gesang in 3 Akten von Heinrich Friedrich. Die dazu gehörigen Gesänge werden vom Gesangsverein „Vorwärts“ ausgeführt.

Billets à 20 Pf. sind zu haben bei Radatz, Eisasserstr. 11; Donath, Saarbrückerstr. 11; Möschke, Alte Jakobstr. 1, v. 3 Tr.; Wilde, Greifswalderstraße 37; Donner, Raunynstr. 11a v. 3 Tr.; Wiesner, Prinzenstr. 28.

An der Kasse findet ein Billetverkauf nicht statt. 149/10

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sonntag, den 26. November 1893, Vormittags 10 Uhr, bei Volk, Alte Jakobstr. 75:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Aus alter und neuer Zeit.“ 2. Wie und wann vertheilen wir am besten ein Flugblatt. 3. Herbergswesen. 4. Die stellen wir uns zu einem Winter-Vergnügen. 5. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

435/5 Die Verwaltung.

Achtung! Schiffer. Achtung!

Sonntag, den 26. November, Mittags 12 Uhr:

Grosse Volks-Versammlung

in Berlin im Etablissement Buggenhagen, am Moritzplatz.

Tages-Ordnung: 1. Der Niedergang der Dampfer-Genossenschaft und wie hat sich die Stromschiffahrt dem gegenüber zu verhalten. Referent: Herr Kleinschmidt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Direktor der Dampfer-Genossenschaft, Herr Cunow aus Charlottenburg, ist zu dieser Versammlung eingeladen. — Alle Schiffer und Bootleute in Charlottenburg, Berlin und Umgegend, sowie die im Schiffahrts-Gewerbe beschäftigten Arbeiter sind hiermit eingeladen. 427/14

Um die weiteste Verbreitung wird gebeten. Der Einberufer.

Lederarbeiter Berlins!

(Weissgerber, Lohgerber u. s. w.)

Große öffentliche Versammlung mit Frauen

am Sonnabend, den 25. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Viktoria-Garten, Gesundbrunnen, Badstraße Nr. 12.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Fr. Wabnitz über: „Andere Länder, andere Sitten.“ 2. Diskussion. 3. Berichterstattung über die Gewerkschaftskommission. 4. Revisorenwahl. 5. Regelung des Unterstützungswezens. 6. Verschiedenes. 888b Der Einberufer.

Achtung! Wilmersdorf. Achtung!

Sonnabend, 25. November, Abends 8 Uhr, im Viktoria-Garten Wilmersdorf:

Große öffentl. Volks-Versammlung

für Wilmersdorf und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom Kölner Parteitag. Referent Reichstags-Abgeordneter August Bebel. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Vertrauensmanns. 4. Neuwahl des Vertrauensmanns und der Lokalkommission. 5. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. 429/7 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Buchführung.

Sämmtl. einschl. Arb., auch stunden- u. halbe tageweise übern. Kölla, Saarbrückerstr. 7, 1. Dierzu zwei Beilagen

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 23. November 1893. 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, v. Marschall, v. Heyden, Graf v. Posadowsky.
Der Vizepräsident Abg. v. Auol-Werzenberg führt heute den Vorsitz.

Ein Schreiben des Abg. Graf Kanitz-Schlochau, welches bittet, die Entscheidung darüber herbeizuführen, ob durch seine Ernennung zum Rath ins Hausministerium sein Mandat erloschen sei, wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Ohne Debatte genehmigt das Haus darauf die Anträge Auer und Genossen wegen Einstellung der gegen die Abgg. Herbert und Kühn schwebenden Strafverfahren.

Darauf folgt die erste Beratung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien.

Abg. Graf Limburg-Sturum (Df.): Die vorliegenden Verträge sind begründet auf die Verträge, welche mit dem 1. Februar 1892 in Kraft getreten sind; sie haben dieselben Vortheile und dieselben Nachteile. Die Tendenz ist dieselbe: die Landwirtschaft soll die Kosten dieser Verträge tragen, ohne entsprechende Kompensationen zu erhalten. Die Verträge vom vorigen Jahre bringen überhaupt nicht die Vortheile, welche man erhofft hat, weil wir veräumt haben, uns in eine Kampfsposition zu setzen, wie andere Staaten sie sich durch Prohibitivtarife geschaffen haben. Wir treten den anderen Staaten entgegen und bieten ihnen Vortheile, wenn sie uns etwas bewilligen; die anderen Staaten aber sagen: Gebt ihr uns nichts, dann schlagen wir euch. Wir wollen die Handelsverträge à tout prix zustandebringen; hätten wir es auf einen Zollkrieg ankommen lassen, so hätte das Ausland mehr gelitten als wir. Aber die Hoffn. die Verträge abzuschließen, ist eine zu große. (Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Die Unterhändler hatten noch ganz andere Konzeptionen in der Tasche, auf welche man aber garnicht wartete. (Zuruf Ricker: Woher wissen Sie denn das? Heiterkeit.) Den Rumänen wurde angeboten, ihren Generaltarif zu binden; aber wir banden unseren Generaltarif nicht, sondern gewährten ihnen gleich die ermäßigten Getreidezölle! Was das bedeutet wird jeder wissen. So wie die Instruktionen unserer Unterhändler lauteten, konnten sie allerdings nicht mehr erzielen. Besonders interessant ist die Denkschrift, in welcher die ausländischen Staaten und ihre Zollpolitik vertheidigt wird; man kann sich nur freuen, daß die Spanier Minister haben, die es verstehen, die Interessen ihres Landes wahrzunehmen. (Lachen links; Zustimmung rechts.) Der Vertrag mit Rumänien ist der bedeutendste; denn dabei handelt es sich um die Getreidezölle. In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat Rumänien das Doppelte an Getreide importirt wie früher auf Grund des interimistischen Abkommens, welches ihm die Ermäßigung der Getreidezölle gewährte. Die Denkschrift erwähnt gar nicht, wie sich das Goldagio bei der Ein- und Ausfuhr stellen wird. Man spricht davon, ein großes zentral-europäisches Handelsgebiet zusammenzufassen gegenüber den Schutzjoll-Staaten. Das hätte etwas zu bedeuten gehabt bei einer Zoll- und Wirtschaftsvereinigung; aber wir stehen in Bezug auf die Valuta der Handelsvertrags-Staaten Oesterreich und Italien ebenso gegenüber wie den außerhalb der Handelsverträge stehenden Staaten. Wir sehen in der Regelung der Währungsfrage die einzige noch mögliche Lösung der ganzen Handelsvertrags-Frage; darauf werden meine Freunde immer mit dem größten Nachdruck hinweisen. Wir werden darauf bestehen, daß diese Frage endlich energisch in Angriff genommen werde. Die Zölle haben auch eine finanzielle Bedeutung: Bei Spanien ist allein der Ausfall beim Zoll für Wein und für Korkstopfen auf 600.000 M. zu berechnen; beim Getreidezoll wird er sehr viel bedeutender sein. Für das Jahr 1892 würde die Ermäßigung der Getreidezölle einen Ausfall von 2.125.000 M. ergeben; für die ersten 9 Monate des Jahres 1893 haben wir schon einen Ausfall von 2.700.000 M. erlitten. Solche erheblichen Opfer werden der Landwirtschaft zugemuthet, ohne daß ihr wesentliche Kompensationen zu Theil werden. Man wird immer mehr der Meinung, daß die Handelsverträge von 1892 ein großer politischer Fehler gewesen sind. Wir sind von dem falschen Standpunkt ausgegangen, daß wir von dem Zollkrieg mehr betroffen würden, als das Ausland. Die fremden Staaten sehen, daß wir das Geschäft machen wollten und machten sich das zu nute. Man war vielfach bei uns der Meinung, daß die landwirtschaftlichen Zölle zu hoch seien und deshalb opferte man sie für ganz keine Konzeptionen. Daß die Verträge zur Stärkung des Dreiebundes notwendig waren, ist eine falsche Maxime. Der Abschluß der Verträge war ein Fehler, und sie sollen nicht die Grundlage für weitere Verträge werden; wenn sie abgelaufen sind, muß die Grundlage unserer Handelsbeziehungen anders gestaltet werden. Wenn die Regierung noch zweifelhaft ist, wie man in den Kreisen, auf die sie angewiesen ist, denkt, so möge sie auf die letzten Abgeordnetenwahlen sehen. (Lachen links. Zustimmung rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Die Grundlage der Handelsvertragsverhandlungen war, daß wir die Konventionallösung auch anderen Staaten gewährten, wenn sie uns dafür ein vollkolliges Äquivalent boten. Der Vorredner meint, es sei zu wenig erreicht worden; er hat ein abfälliges Urtheil gefällt über die Art der Verhandlungen. Woher weiß der Vorredner, daß die Unterhändler noch andere Konzeptionen zu machen bereit waren? Dem Vorredner ist doch ein Einblick in die Akten nicht gewährt worden. Ich kann deshalb seine Kennerung nur dahin verstehen, daß er der Regierung gern etwas Unfreundliches sagen wollte, aber nicht wußte, was. Noch niemals ist ein Handelsvertrag geschlossen worden, dem nicht der Vorwurf gemacht wurde von dieser oder jener Interessengruppe, daß ein Fehler gemacht worden sei. Auf Grund einzelner Klagen kann man leicht mit großen Worten Sturm laufen gegen ein Handelsvertragswerk. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Die Gestaltung der Ein- und Ausfuhr eines Landes bildet doch ein einigermaßen zutreffendes Bild unserer Beziehungen zu andern Ländern. Seit 1889 haben wir eine Unterbilanz in unseren Handelsbeziehungen, die von Jahr zu Jahr gestiegen ist. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres hat aber die Einfuhr sich um 50 Millionen gemindert, die Ausfuhr um 185 Millionen Markt vermehrt, während in Frankreich ein umgekehrtes Verhältnis eingetreten ist. Bei einem Vergleich der Handelsbilanzen ergibt sich, daß in diesem Jahre Deutschland die weitläufigste günstige Position hat. Unsere Ausfuhr nach Oesterreich hat sich in den verschiedenen Waaren erheblich vermehrt. Weder gibt eine ganze Reihe von Zahlen bezüglich der verschiedenen Waarenguppen. Die Einfuhr namentlich an Getreide hat sich dagegen erheblich vermindert; es ist eine Unwahrheit, daß Deutschland mit oesterreichischem Getreide überfluthet sei. Man muß sich natürlich erst an die neuen Verhältnisse gewöhnen. Aber das eine steht fest, daß die Waare über den Tribut, den wir nach Oesterreich zahlen, leere Worte waren, um eine Verlegenheit zu verdecken. (Widerspruch rechts.) Sie (rechts) haben die Regierung so lebhaft angegriffen, daß die Regierung die erste Gelegenheit benutzte, um sich zu vertheidigen gegen diese Vorwürfe. Der Vorredner stellte es so dar, als ob in

Oesterreich eitel Freude und Genugthuung verbreitet sei; das ist durchaus nicht der Fall; es giebt dort wie bei uns Gegner der Handelsverträge. Die Industrie wird auch nicht vollständig zufrieden sein mit dem Erfolg des Handelsvertrages. Aber wenn man die Frage stellt, ob Sie den Zustand vor 1892 wieder zu haben wünschen, wo bald Oesterreich, bald Deutschland die Zölle erhöhte, so würden Sie wahrscheinlich nein! antworten. (Zustimmung links.) Man behauptet, Deutschland hätte vom Zollkrieg nicht zu leiden gehabt. Die Tarifverträge liefen 1892 ab, und die hohen Schutzzölle der anderen Staaten wären in Kraft getreten. Hätten wir denn nicht auch unsere Zölle ganz erheblich erhöht? Unsere Industrien hätten ihre Absatzgebiete verloren; die fremden Staaten hätten durchaus nicht gezwungen werden können, ihre Tarife zu ermäßigen. Was hätten wir anders thun können, um unseren Export zu schützen? Daß 1879 der Schutz der nationalen Arbeit zur Geltung kam, war ein großer Vortheil. Aber auch im deutschen Export steckt nationale Arbeit, die geschützt sein will. Der Landwirtschaft soll ein gewisser Minimalpreis für ihre Produkte garantiert werden. Der Vorredner wußte weiter nichts zu sagen, als daß wir uns in eine Kampfsposition hätten sehen, also unsere Zölle erhöhen sollen. Wir hätten an die Stelle der Meistbegünstigung die Meistbeschädigung setzen sollen. Aber diese Politik hätte nach 2 oder 3 Jahren dahin geführt, daß jeder Tarifvertrag, auch der schlechteste, als eine wahre Erlösung betrachtet worden wäre. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Fragen Sie doch einen Franzosen, der nach der Schweiz exportirt. Er wird sagen: Ihr Deutsche habt es besser gemacht, Ihr habt Euer Absatzgebiet bewahrt, wir haben es trotz unseres hohen Generaltarifs verloren. Die Frage der Rückwirkung der Verträge auf die Landwirtschaft will ich nicht damit beantworten, daß ich sage: Wenn die Industrie Vortheile von den Verträgen hat, so hat die Landwirtschaft dadurch indirekten Nutzen. Die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft, namentlich eines selbstständigen Bauernstandes ist dringend notwendig für den Staat und für diesen Zweck muß alles geschehen. Die Landwirtschaft befindet sich in einer schwierigen Lage, auch wenn man von den Ueberreibungen absteht, die heute in dieser Beziehung draußen gemacht werden. Wie der Landwirtschaft geholfen werden kann, darüber wird man verschieden urtheilen können. Ob gerade auf dem Gebiete der Zölle geholfen werden kann, lasse ich dahingestellt sein. Ich verweise z. B. auf das Gebiet des Rechts. Aber daß man das Programm der Landwirtschaft als die Offenbarung hinnehme, daß man jeden, der davon abweicht, als einen Freihändler und als einen gemeingefährlichen Bureaucraten ansehen soll, damit können wir nicht einverstanden sein. Wenn man von den Zöllen allein das Heil erwartet, dann lenkt man die Landwirtschaft nur ab von dem fruchtbaren Boden, wo Hilfe geschaffen werden kann. (Zustimmung links.) Es wird von der Agitation verlangt, einen Minimalpreis für die Bodenprodukte zu garantieren. (Widerspruch rechts.) Das wird überall draußen im Lande verstanden; dadurch werden Wünsche und Begehlichkeiten geweckt, denen die Enttäuschung auf dem Fuße folgen muß. (Widerspruch rechts.) Ich bin dankbar dafür, daß diese Bestrebungen hier keine Unterstützung finden; aber draußen sind solche Agitationen im Gange, dabei bleibe ich! Wenn den Landwirthen eine solche Garantie für einen Minimalpreis gewährt werden soll, dann müßte jeder andern Berufsgruppe eine ebensolche Garantie gewährt werden, namentlich auch den Arbeitern. (Sehr richtig! links.) Es könnte dann die Zeit kommen, wo diejenigen, welche heute schoben, geschoben werden. (Zuruf rechts: Wollen wir abwarten!) Wunderbar ist die Schwärzung der Bertheiliger der Getreidezölle. Als die Zölle von 3 auf 5 M. erhöht wurden, wurde behauptet, daß 3 Zölle keinen Einfluß auf die Preise ausüben. Graf Mirbach führte damals aus: das Ausland trägt die Zölle. Jetzt wird der gegenseitliche Grundpfeiler verläßt, daß das Inland die Getreidezölle trägt. Man klagt über die schwere Benachtheiligung der Landwirtschaft durch die Herabsetzung des Zolles von 5 auf 3,50 M. (Sehr richtig! rechts.) Das heißt, daß der Zoll um diese Zolldifferenz herabgegangen ist; mit einer solchen Deduktion geben Sie (rechts) den Gegnern der Getreidezölle die beste Waffe in die Hand. Wenn wir eine gute Ernte haben, muß das Ausland sein Getreide billiger abgeben, haben wir eine schlechte Ernte, dann ist kein Mensch im Ausland so böshaft, uns billig Getreide zu verkaufen. Im ersteren Falle sind 5 M. Zoll nicht ausreichend, den Preis des Getreides hoch zu halten. Deshalb muß der Zoll nach einem mittleren Durchschnitt bemessen werden oder man würde zu beweglichen Zöllen kommen, die man früher für unverwerthlich gehalten hat. Wenn wir heute gar keine Getreidezölle hätten, würde die Landwirtschaft sich mit 5 Mark begnügen? Man würde bei der heutigen Preislage vielleicht auf 8 oder 10 M. Zoll kommen, aber es würde kein Jahr ins Land gehen, und die Zölle würden hinweggesetzt. (Sehr richtig! links.) Ein mäßiger Getreidezoll giebt bei normalen Zeiten der deutschen Landwirtschaft eine gewisse Garantie; ob 3,50 oder 5 M. dazu ausreichen, darüber kann man streiten, aber von dieser Frage hängt jedenfalls nicht das Wohl und Wehe der deutschen Landwirtschaft ab. Der Vorredner hat Rumänien zu den Ländern gerechnet, in denen ein Goldagio besteht. Das ist nicht richtig. Rumänien hat die reine Goldwährung, während wir noch unsere Silberhaler als Währungsgeld besitzen. (Weiterkeit.) Damit, daß wir eine gute Währung haben, können wir uns nicht begnügen, wir müssen die indirekten Folgen der Währungsverhältnisse auf unsere auswärtigen Handelsbeziehungen in Betracht ziehen. Aber deshalb können wir noch nicht zu dem Standpunkt kommen: Wir wollen keine Tarifverträge. Der Vorredner verwechselt zweierlei Dinge, nämlich die Regelung der Valuta und die Fähigkeit, die neu-geregelt Valuta aufrecht zu erhalten. Ueber den ersten Punkt kann man sich verständigen, für den zweiten aber kann man niemals eine Sicherheit erlangen. Italien kann jetzt vorübergehend seine Währung nicht aufrecht erhalten; ich glaube aber, daß Dank der großen Hissquellen des Landes das Goldagio in Italien bald verschwinden wird. Das Sinken der Valuta hat aber früher für uns eine Ermäßigung der Zölle bedeutet. Ebenso wird es in Oesterreich hoffentlich bald zur Beseitigung des Goldagio kommen. Hätte Oesterreich-Ungarn mit uns keinen Handelsvertrag geschlossen, wären dann die Valutaverhältnisse vielleicht für uns bessere gewesen? Daß der spanische Handelsvertrag Widerspruch findet, ist begreiflich; die Regierung hat sich auch nur mit schweren Herzen entschlossen, einen Vertrag abzuschließen, bei dem die Hauptfrage, nämlich die Behandlung des deutschen Sprits nicht zu unsern Gunsten erledigt ist. Aber wir standen einer von der öffentlichen Meinung unterstützten absoluten Weigerung der spanischen Regierung gegenüber. Die Regierung konnte nicht, um einen Artikel von höchst zweifelhaftem Werthe zu schützen, andere werthvolle Exportartikel preisgeben. Die vom Vorredner angeführte Steigerung des Imports von rumänischem Getreide beruht lediglich auf einer Verbesserung der Statistik; das rumänische Getreide, welches über belgische und holländische Häfen kommt, als solches bezeichnet, während es früher als belgisches und holländisches einging. Was die finanzielle Bedeutung der Getreidezölle angeht, so würde das Einfuhrverbot von fremdem Getreide noch viel schlimmer wirken, als die Zoll-

ermäßigung. Es würde kein fremdes Getreide mehr eingehen, aber auch kein Zoll dafür. Daß in Rumänien für die deutsche Industrie ein gutes Absatzgebiet vorhanden ist, beweist der Umstand, daß 100 Millionen Mark dorthin ausgeführt werden. Ich habe neulich ein neues Handelsprogramm gelesen: Deutschland muß seine Zölle möglichst erhöhen und die deutsche Regierung muß dafür sorgen, daß andere Staaten ihre Zölle ermäßigen. (Lachen.) Haben wir nicht unsere Zölle erhöht, und ist es da Wunder zu nehmen, daß Rumänien seine Zölle ebenfalls erhöhte? Oesterreich hat sich geweigert, mit Rumänien auf Grundlage der hohen Zölle einen Vertrag abzuschließen. Wir haben eine Zusatzkonvention abgeschlossen und dadurch erhebliche Vortheile erreicht. Würde der Vertrag mit Rumänien abgelehnt, so würde Rumänien sein Getreide anderweitig absetzen; wir würden aber unser Absatzgebiet verlieren und sehr bald würde sich der tertius gaudens einstellen, der sich an unsere Stelle setzt, zum Schaden unserer Arbeiter, deren Interesse dahin geht, daß unser Export aufrecht erhalten bleibt. Statt des rumänischen Getreides würde anderes Getreide eingehen, kurz die Bilanz würde sein: die Landwirtschaft bekommt nichts und die Industrie verliert ihren Absatz. Der Vorredner hat die Handelsverträge subjektiv kritisiert, aber ich muß dabei bleiben, die Handelsverträge sind ein gutes Werk gewesen, welches der deutschen Wirtschaft zum Segen gereicht wird. (Beifall links.)

Abg. Ricker (fr. Vereinigung): Ich gratulire dem Herrn Staatssekretär zu der Kühnheit, mit welcher er dem Bunde der Landwirthe entgegengetreten ist und wünsche, daß die preussischen Minister ebenso auftreten mögen. Die Konservationen wollen eine Kommissionsberatung, obgleich wir die Verträge doch nur annehmen oder ablehnen können. Wenn man den Leuten vorredet, daß der verschuldete Goldbesitzer das in Gold geborgte Geld in Silber zurückbehalten und dabei 25 pCt. spart, dann verstehen die Leute das und sind nicht uneigennützig genug, um so etwas zurückzuweisen; sie denken nicht daran, daß dazu den Arbeitern ihr Lohn um 25 pCt. verkürzt werde. Früher sprach man von einer statistischen Gebühr und davon, daß der verrückteste Agrarier nicht von 3 M. Zoll sprechen könne und jetzt soll 5 M. ein beförderlicher Zoll sein. Man geht ja jetzt noch weiter und dennoch könnten die Agrarier zufrieden sein, daß die Regierung den ganz unbegründeten Zoll von 3,50 M. auf 10 Jahre festgelegt hat. Die heute vorliegenden Verträge sind nur die Konsequenz der Verträge von 1892, deshalb müßten auch diejenigen dafür stimmen, die 1892 gegen die damaligen Verträge gestimmt haben. Die Landwirtschaft hat jetzt damit gar nichts mehr zu thun. Das Unglück ist geschehen. (Hört! rechts.) Kommt das Getreide nicht aus Rumänien, dann kommt es aus Amerika. Hat denn Frhr. von Mantuffel mit einer Anzahl seiner Genossen nicht mit uns für die Verträge gestimmt, deren Fortsetzung jetzt vorliegt? Damals hatten Sie noch nicht die Kourage, gegen die Handelsverträge zu stimmen. Man spricht von dem Ausfall an Einnahmen aus den Getreidezöllen und wünscht die Aufrechterhaltung des Differentialzolles gegen Ausland, während Graf Kanitz noch vor kurzer Zeit einen solchen Differentialzoll für etwas sehr Bedenkliches erklärte. Dem jetzigen Reichskanzler muß es zum Ruhme gereichen, daß er den Zollkrieg verhindert hat, der sonst Europa zerfleischt hätte, worüber nur das junge Amerika sich gefreut hätte. Das verstehen aber die Herren vom Bunde der Landwirthe nicht. Was ein Zollkrieg bedeutet, haben die Schweiz und Frankreich an ihrem Leide erfahren. In wirtschaftlichen Dingen mit dem Säbel raffeln, das ist das thörichteste, was man sich denken kann. In Bezug auf Spanien hätte ich auch gewünscht, daß wir mehr erreicht hätten, aber für den Abschluß mit Rumänien sollte man besonders dankbar sein, daß die Regierung den rechten Zeitpunkt ergriffen hat, um den Zollkrieg zu vermeiden, welcher zwischen Oesterreich und Rumänien ausgebrochen ist. Man jammert über die Zunahme der Einfuhr aus Rumänien und vergißt z. B., daß die Mehrereinfuhr von Mais lediglich dazu gedient hat, die Futternoth der Landwirtschaft zu beseitigen. Dieser Vortheil wird jetzt gegen die Handelsverträge geltend gemacht. Mögen Sie für die Landwirtschaft sorgen; aber es giebt dafür bessere Wege als die Verschlechterung der Goldwährung und die Belämpfung eines Handelsvertrages mit Spanien. Die Verbilligung der Eisenbahntarife, die bessere Fachausbildung der Landwirthe und ähnliche Dinge sind notwendig zur Verbesserung der Lage der Landwirthe. Was der Reichskanzler nach dem „Reichs-Anzeiger“ gesagt hat, ist das gelindeste, was man überhaupt sagen konnte. Was man da von der Ablösung der Hypotheken spricht, das ist der reine Diebstahl an den Gläubigern. An solche Hilfsmittel kann man nicht denken. Was hier vorliegt, ist eine Ausführung dessen, was 1890 hier vertreten worden ist: daß die Landwirtschaft blüht, wenn die Industrie blüht. Deshalb begrüßen wir diese Handelsverträge und wünschen, daß die Regierung auf diesem Wege fortfährt.

Abg. Lieber (Zentr.) stimmt dem Vorschlage zu, die Handelsverträge einer Kommission zu überweisen. Wenn es wahr wäre, daß der Vertrag mit Oesterreich ein Fehler war, dann folgt nicht, daß der Fehler fortgesetzt werden muß, deshalb wollen wir die Sache genau prüfen. Ich halte an der Auffassung fest, daß die Verträge von 1892 keine Fehler, sondern eine politische Grothat gewesen sind, an der mitgewirkt zu haben wir uns rühmen dürfen. Auf die Einzelheiten einzugehen, ist jetzt nicht der Ort. Wir halten es aber für notwendig, die Interessen des gesammten deutschen Volkes dabei zu wahren, auch die landwirtschaftlichen Interessen, und wir wollen deshalb die Verträge gründlich in der Kommission erörtert wissen, wo dies eingehender möglich ist als in der Plenarverhandlung. Die Zulassung italienischer Trauben und Verschnittweine hat den deutschen Weinbau erheblich geschädigt. Man sagt, daß der spanische Vertrag eine solche Schädigung nicht mit sich bringen würde; ich glaube aber, daß dies doch der Fall sein wird; wenn auch Verschnittweine vielleicht nicht eine große Rolle spielen, so bleibt doch immer noch die Einfuhr spanischer Weine zur Kognalbereitung. Darüber wird auch in der Kommission Aufschluß gegeben werden müssen. Wenn Herr Ricker der Landwirtschaft gute Lehren hat geben wollen, so sollte er doch wissen, daß die landbau-treibenden Klassen in weiten Kreisen von ihm Belehrung nicht mehr annehmen. Die Bedenken der Landwirtschaft werden auch in der Kommission erörtert werden können. Vielleicht verspricht sich die Landwirtschaft nicht viel von einer Ablehnung der vorliegenden Verträge; aber die Erörterung dieser Dinge wird jedenfalls zur Verbilligung der Landwirtschaft dienen. Was den finanziellen Ausfall infolge der Zollermäßigung betrifft, so muß und derselbe genau vorgerechnet werden, namentlich in dem Augenblicke, wo wir so erhebliche Beträge an neuen Steuern bewilligen sollen. Wir wollen in der Kommission ehrlich prüfen sine ira, aber nicht sine studio! (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Kanitz (Df.): Wenn der Staatssekretär des Auswärtigen davon gesprochen hat, daß wir Zustimmung erregt haben, daß wir sehr lange Zeit dazu gebraucht haben, so kann ich mir diese Aeußerung nur daraus erklären, daß der Staatssekretär nicht preussischer Unterthan ist und nicht weiß, wie es in Preußen zugeht, daß wir alle Hände voll zu thun haben, um die Zustimmung nicht allzu groß anwachsen zu lassen. (Lebhafte Widerspruch links.) Der Beifall, den die

Auslassung des Herrn Staatssekretärs fand, erscholl auch aus bei den Sozialdemokraten und den Freisinnigen; die große Majorität des Reichstages schwieg still. Die Rede des Herrn Lieber habe ich eigentlich nicht recht verstanden (Heiterkeit). Ich weiß nicht, ob er für oder gegen die Handelsverträge ist. Der katholische Bauernverein des Herrn v. Schorlemer-Mast hat sich einstimmig gegen die Handelsverträge erklärt und somit eine klare Stellung eingenommen, die bei Herrn Lieber noch zu vermissen ist. Ich will der Regierung keinen Vorwurf machen wegen des Ausfalls dieser Handelsverträge; das Ergebnis ist eine Folge des in allen Ländern anwachsenden Protektionismus. Aber es ist doch fraglich, ob wir recht daran thun, uns mit kleinen Konzessionen zu begnügen und dafür eine erhebliche Zollermäßigung zuzugestehen. Ich bin immer für die Tarifautonomie eingetreten, weil ich von einem andern Verfahren eine Verschlechterung unseres Marktes befürchte habe. Herr v. Marschall hält die Golddifferenz von 150 M. nicht für bedeutend; er sollte einmal zu uns armen Leuten in den Osten kommen! (Heiterkeit links; Zuruf: Gestifte Strohdächer!) Bei uns macht diese Differenz sehr viel aus und die Mißstimmung ist bei uns, trotzdem es eine sehr lokale Bevölkerung ist, eine sehr bedenkliche. Ich habe bei der Landtagswahl so viel Stimmen bekommen wie niemals. (Lachen links.) Niemals war die Mißstimmung über die neuere Wirtschaftspolitik so groß wie jetzt. Woan soll denn der Bauer seine Versicherung, seine Steuern zu bezahlen, wenn durch die Ermäßigung des Zolls der Preis zurückgeht. Die Ausfälle an Zollentnahmen sind viel bedeutender gewesen, als man vorher berechnet; wenn noch weitere Zollverträge abgeschlossen werden sollen, namentlich auch mit Rußland, dann muß eine genaue Berechnung aufgestellt werden. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung hat ein Artikel gestanden, in welchem davon die Rede war, daß der Verzicht auf die Zolleinnahmen vom Getreide gesehen sei mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der minder wohlhabenden Bevölkerungsklassen, daß dieser Verzicht jetzt bei der Steuerreform gedeckt werden müsse. Der Zollausfall trifft gerade die ärmste Bevölkerung, die ländliche (Sehr richtig! rechts) und die niederen Getreidezölle sind auf 12 Jahre festgelegt, so daß der Ausfall sich für die ländliche Bevölkerung auf viele hundert Millionen Mark beläuft. (Lachen links.) Wir stehen dem Auslande mit gebundenen Händen gegenüber; wir haben keine Mittel dagegen, daß die Zollermäßigungen, welche andere Staaten und gewährt haben, vereitelt werden durch Eisenbahntarife und ähnliche Maßregeln. Was nützt uns ein Vertrag mit Rußland, wenn die russische Regierung ihren inländischen Fabriken besondere Prämien gewährt! Was nützt ein billiger Schienenzoll in Rußland, wenn den Gesellschaften, welche die Eisenbahnen bauen, aufgegeben wird, kein ausländisches Material zu verwenden? Mit großer Mehrheit sind allerdings 1891 die Verträge angenommen, aber mit großer Begeisterung nicht und wenn die Verträge heute vorgelegt würden, das Stimmverhältnis würde das umgekehrte sein (Widerspruch links); kein Reichstag würde solche Verträge wieder annehmen, weil die Wirkungen den Hoffnungen nicht entsprechen. In Bezug auf den spanischen Handelsvertrag führt Redner aus, daß die Ausfuhr Deutschlands nicht bloß beim Artikel Braumwein, sondern auch bei allen anderen Artikeln sehr erheblich zurückgegangen ist, während die französische und englische Ausfuhr sich sehr vermehrt hat. Als Hemmnis des Exports wird von den Industriellen bezeichnet die Belastung der deutschen Industrie durch die Arbeiterversicherung. (Zuruf: Invalidenversicherung haben Sie ja gemacht!) Ich bin damals nicht Mitglied des Reichstages gewesen, sonst würde ich dagegen gestimmt haben! (Zuruf: Die andern Konservativen haben zugestimmt!) Ich kann nur mit dem Wunsche schließen, daß mein Vorschlag bezüglich Wiederaufhebung des Handelsvertrages mit Oesterreich in Erwägung gezogen werde. (Heiterkeit links.)

Reichstagsrat Graf v. Caprivi: Der Abg. Graf Kanitz hat in seiner Kritik einer Aeußerung des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall eine Bemängelung um deshalb ausgesprochen, weil der Staatssekretär Freiherr v. Marschall nicht preussischer Herkunft sei. Ich belege diese Aeußerung vom nationalen Standpunkt aus, wie von dem des Reichsbeamtenhums aus. Versöhnungsmäßig haben Reichsbeamte nur eine Nationalität, in der sie hier auftreten (hört! hört! links), und das ist die deutsche. (Verhörter Weisfall links.)

Staatssekretär v. Marschall: Graf Kanitz behauptet, ich hätte der konservativen Partei dieses Hauses den Vorwurf gemacht, daß sie Verstimmung im Lande erzeuge. Ich hätte geglaubt, durch meine politische Vergangenheit dem Verdacht nicht ausgesetzt werden zu können, daß ich absichtlich gegen die konservative Partei dieses Hauses, der ich selbst früher angehört habe, einen solchen verletzenden Vorwurf erheben könnte. Nach dem stenographischen Bericht sagte ich: „Es ist nichts leichter auf der ganzen Welt, als auf Grund einzelner Klagen mit großen Worten Sturm zu laufen gegen ein Vertragswerk und sich auf die Stimmung im Lande zu berufen, nachdem man vorher ein Jahr lang Alles getan hat, um Verstimmung im Lande zu erzeugen.“ Von der konservativen Partei war mit keinem Worte die Rede (Widerspruch rechts.) Ich glaube, daß, wenn ich hier erkläre, daß ich die konservative Partei nicht gemeint habe, die Herren sich mit dieser Erklärung zufrieden geben können. Wenn Graf Kanitz wissen will, worauf meine Aeußerung sich bezogen hat, so bitte ich ihn, das geistige Korrespondenzblatt des Bundes der Landwirthe zu lesen. Die Art und Weise, wie da zum großen Theil auf Grund von falschen Behauptungen Kritik an den Handelsverträgen geübt wird, nenne ich Verstimmung im Lande erzeugen. (Abg. Rickert: Demagogie ist das!)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Kanitz wird die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Debatte).

Parlamentarisches.

Die Statistik der Reichstagswahlen ist dem Reichstage zugegangen. Unsere Leser haben wir ausführlich über die Resultate der Statistik unterrichtet.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ trat heute Vormittag 11 Uhr im Reichstage unter Vorsitz des Abg. v. Wölz zum ersten Male zusammen und berieth die Handelsverträge. Der Vorsitzende gab die Erklärung ab, daß die Vereinigung die Interessengemeinschaft von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe im Auge habe. In der einflüchtigen Debatte wurde der Gesichtspunkt geltend gemacht, daß eine endgiltige Stellungnahme unangebracht sei, da die Kommissionsberatung der Handelsverträge geendet sei. Von diesem Gesichtspunkt aus stimmte die Versammlung für Kommissionsberatung und entschied sich dafür, die Beratung zu vertagen und eine neue Sitzung anzubekommen. Für die Beratung der Handelsverträge sollen ein Referent und Korreferent bestellt werden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Öffentl. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Novbr.
Nachmittags 5 Uhr.

Der Stadt. Wiesner, seit mehr als 20 Jahren Mitglied der Versammlung, ist gestorben. Sein Andenken wird in der üblichen Weise geehrt.

In den Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage betr. die Verbreiterung der Hofstraße ist auch der Stadt. Werna u. (schickl.) in den Ausschuss für die Vorlage betr. die Einsetzung einer gemischten Kommission für die Markthalen-Verwaltung Stadt. Dente.

Eingegangen ist ein dringlicher Antrag der Stadtverordneten Singer u. Gen., den Magistrat zu ersuchen, in der nächsten Sitzung Bericht über den gegenwärtigen Stand der Einverleibungsfrage der Vororte zu erstatten.

Die Dringlichkeit wird von keiner Seite bestritten; der Antrag kommt als letzter Gegenstand zur Verhandlung.

Zur Vorberatung des Antrags Weiß, betreffend den Verkauf von Lebensmitteln nach Gewicht, hat der niedergesehene Ausschuss drei Sitzungen abgehalten. Das Schlussergebnis ist die Ablehnung des Antrags in der angebrachten Weise, wonach der Magistrat darauf hinarbeiten sollte, daß neben Obst und Gemüse auch Schwarz- und Weißbrot, Eier, Wild, geschlachtetes Geflügel und Krebse nach Gewicht verkauft werden müssen. Dagegen empfiehlt der Ausschuss folgende Beschlusfassung:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit dem Polizeipräsidenten behufs des Erlasses einer Polizeiverordnung in Verbindung zu treten, wonach fortan Brot- und Backwaren jeder Art, sofern das Gewicht mehr als 1/4 Kilo beträgt, nur nach Gewicht verkauft werden dürfen.

Dieser Antrag ist vom Ausschusse mit überwiegender Mehrheit angenommen worden. Die Berücksichtigung von Wild, Geflügel, Krebse und Eiern ist mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt worden. Referent Stadt. Sachs I verbreitet sich ausführlich über die Verhandlungen des Ausschusses.

Stadt. Friederici meint, es wäre besser gewesen, wenn aus den langwierigen Ausschussverhandlungen gar nichts herausgekommen wäre. Der Antrag sei in seinem ganzen Umfang abzulehnen; der Verkauf des Brotes nach Gewicht sei eine unnütze Belastigung der Bäcker und des Publikums. Die Berliner Stadtverwaltung wird ihren Ruf als freisinnige verlieren, wenn sie zum Erlaß weiterer Polizeiverordnungen und Strafvorschriften freiwillig die Hand böte.

Stadt. Vorkmann tritt dieser Auffassung entgegen. Nicht um eine Belastigung des Publikums, nicht um eine bloße Polizeimahregel handle es sich, sondern um die Sicherstellung namentlich des minder bemittelten Publikums in der Dichtung, daß ihm richtig gegeben wird, was es bezahlt.

Auch Stadt. Kalisch bekämpft die Auffassung des ersten Redners; er lann nicht erkennen, wie mit dem Verkauf des Brotes eine Chikanierung des Publikums verbunden werden könnte.

Stadt. Singer: Ich bin erstaunt, daß der Stadt. Friederici sich hier zum Fürsprecher der Ablehnung des Antrages gemacht hat aus Motiven, mit denen er doch nur die Versammlung hat graulich machen wollen. Das Gekosten einer polizeilichen Verordnung kann uns nicht schrecken. Wenn eine Polizeiverordnung gut ist, warum sollten wir sie nicht mit Freuden annehmen? Wir könnten viel dergleichen brauchen; ich erinnere nur an die Bau-Ordnung, an die Wohnungsverhältnisse u. s. w. u. s. w. Kollege Friederici scheint zu befürchten, daß wir in die Zeit der Brotlagen zurückfallen. Das steht aber garnicht in Frage. Wir wollen eine Garantie der Heiligkeit beim Verkauf des Brotes, und das ist auf Grund einer Vereinbarung der Gemeindebehörde mit der Polizei auf diesem Wege zu erreichen. Dem gefallenen Antrag betreffend des Weibes, der Eier und der Krebse weine ich keine Thräne nach; wir legen den Hauptverth auf das Nahrungsmittel der Arbeiterbevölkerung, das Brot, und hoffen, daß der Antrag des Ausschusses angenommen wird.

Stadtrath Mamroth konstatirt, daß in Bezug auf die Brotfrage aus den Reihen der Betheiligten, der Käufer und Verkäufer, seit langer Zeit irgend ein Wunsch im Sinne des Antrags nicht laut geworden ist; es würde hier also wirklich eine Belastigung der Betheiligten und eine Erschwerung des Verkehrs eintreten. Auf seine Veranlassung ist in der Sache Information in Paris, London und in der Schweiz erbeten worden, von Paris und London ist keine Antwort gekommen. Was in der Schweiz in dieser Hinsicht maßgebend ist, sieht das sehr nach Brottage aus. Ist aber, was Sie erringen wollen, wirklich der Mühe werth? Es werden doch nicht sofort statt der 5-Groschen- und 2 1/2-Groschenbrote lauter große Brote gebacken werden. Im Verlauf einer Stunde beträgt der Aufwand bei Weißbrot 10, in 2 Tagen 70—80, bei Schwarzbrot 50—60 Gramm. Ein großer Theil des Brotes wurde bisher gerade von der ärmeren Bevölkerung auf Kredit genommen. Wird jetzt die Einheit des Brotes eine angreifbare, so wird der Verkauf nach Gewicht sehr leicht zum Brotwucher führen. Davor möchte ich doch warnen, auf diesen Weg zu treten; wenn man ändert, soll man auch verbessern. Ueber die Frage, ob diese ganze Vorschrift nicht überhaupt in Widerspruch mit der Gemeinde-Ordnung steht, sind innerhalb des Magistrats die Juristen zweifelhaft. (Heiterkeit.) Wenn im Ausschussbericht von der günstigen Stellung des Polizeipräsidenten in der Forderung die Rede ist, so ist dem Magistrat amtlich nichts davon bekannt; es handelt sich lediglich um eine Privatunterhaltung eines Ausschussmitgliedes mit einem Beamten des Polizeipräsidenten.

Stadt. Singer: Ich bin auch der Meinung; wenn man ändert, soll man verbessern. Weiter kann ich aber den Ausführungen des Kommissars nicht folgen. Was er darlegt, beweist nicht das geringste gegen die Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Maßregel. Daß keine Beschwerden hervorgetreten sind und daß man deshalb keine Veranlassung hätte, sich um eine Neuordnung zu kümmern, ist eine eigenthümliche Auffassung, die ich nicht zum Grundsatze innerhalb der städtischen Verwaltung erhoben sehen möchte. Die städtische Verwaltung kann sich doch nicht erst in Bewegung setzen, wenn aus den Kreisen der Betheiligten Beschwerden kommen. Und gehören denn die Mitglieder der Versammlung nicht zu den Konsumenten und haben sie nicht die vom Stadtrath Mamroth vermittelten Beschwerden erhoben. Wie die amtliche Stellung des Polizei-Präsidenten zu der Sache beschaffen ist, wollen wir ja gerade durch diesen Antrag ermitteln. Für die Bevölkerung wird durch den Verzicht nach Gewicht kein Nachtheil, sondern ein wesentlicher Vortheil entstehen, dadurch nämlich, daß sie weiß, was sie für ihr Geld bekommt. Gerade bezüglich des Entnehmens von Brot auf Kredit wird der armen Bevölkerung eine Erleichterung, eine Wohlthat durch den Antrag zu Theil, denn sie braucht nicht mehr der Willkür des Kreditgebers willenlos ausgeliefert zu sein. Die Bäcker werden sich sehr bald mit der Gewichtsfrage abgefunden haben; sie werden einfach durch Einschnitte und dergleichen die von dem Herrn Stadtrath als so erheblich angesehenen technischen Schwierigkeiten überwinden. Ueberdies aber brauchen wir uns den Kopf der Bäcker über diese Frage nicht zu zerbrechen. Herr Stadtrath Mamroth hätte deswegen weder nach der Schweiz, noch nach London oder Paris zu schreiben brauchen. Ausführungen wie des Herrn Stadtrath Mamroth hätte ich wirklich nicht nur in der Wädrinnung zu hören erwartet. (Große Heiterkeit.)

Stadt. Spindler stellt sich gerade im Interesse des ärmeren konsumirenden Publikums auf den Standpunkt des Magistratsvertreters.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag Weiß, sodann aber auch der Antrag des Ausschusses abgelehnt.

Der Magistrat hat dem durch Beschluß der Versammlung vom 8. Juni an ihn gestellten Ersuchen, bei der Präsentation von anzustellenden Beamten der Versammlung auch die übrigen Meldungen für die betreffende Stelle mit zu theilen, nicht entsprochen, vielmehr eine durchaus ablehnende Stellung angenommen und diese in einer ausführlichen Zuschrift an die Versammlung näher begründet. Der Ausschuss für Anstellung und Pensionierung besoldeter Gemeindebeamten hat über diese Vorlage beraten und wiederholt jenen Antrag in folgender abgeschwächter Form:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr bei der Präsentation der betreffenden Beamten auf Erfordern der Versammlung die übrigen Meldungen für die betreffende Stelle mitzutheilen.

Nachdem Referent Stadt. Meyer I diesen Antrag in längerer juristischer Darlegung zur Annahme empfohlen hat, tritt in der darauf folgenden Debatte zunächst Oberbürgermeister Zelle gegen denselben auf; die Versammlung sei nach der Städte-Ordnung über die Anstellung eines bestimmten Beamten zu vernehmen, sie habe aber ein Recht, das vorliegende ganze Material zu erhalten oder auch nur die Namen der übrigen Konkurrenten zu erfahren, seit 1808 nicht befehlen, es könne ihr dasselbe also auch jetzt nicht plötzlich genommen werden.

Stadt. Meyer II will die große Verantwortlichkeit nicht übernehmen, welche mit dieser Erweiterung der Rechte der Versammlung verbunden sein würde; er will die Entscheidung dem Ober-Verwaltungsgericht überlassen und wird gegen den Ausschussantrag stimmen.

Für den letzteren erklärt sich noch Stadt. Sachs II, gegen denselben Stadt. Spindler.

Der Antrag wird angenommen.

Behufs Vergrößerung des Viktoriaparkes soll das Münche Grundstück, Richterfeldstr. 6—8, für 370 000 M. erworben und das Kaufgeld aus den für die Herstellung des Parks noch zur Verfügung stehenden Mitteln resp. aus dem Grundstücks-Erwerbungs-fonds entnommen werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern. Unterm 7. November cr. haben die Stadt. Singer und Genossen an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob ihm bekannt ist, daß die Pächter des städtischen Ausschlagswesens Raud und Hartmann Einladungen zu Versammlungen zurückweisen, weil die betreffenden Versammlungen zum Zweck einer Kritik der städtischen Verwaltung einberufen waren.

Durch Schreiben vom 17. d. M. ist dem Vorsteher mitgetheilt worden, daß der Magistrat die Anfrage betr. „angeblich“ zurückgewiesene Einladungen zu Versammlungen heute zu beantworten bereit ist.

Stadt. Singer: Es handelt sich bei unserer Anfrage um die Wahrung des Rechtes der Bürgerchaft, die Anschlagsläden zu den Zwecken zu benutzen, für die sie geschaffen sind. Die Grundlagen hierfür finden sich in den „Bedingungen“ für die Verpachtung derselben. Raud u. Hartmann haben seit dem 1. April 1891 auf Grund dieser Bedingungen für 245 000 M. jährliche Pacht die Säulen auf zehn weitere Jahre inne.

Am 27. November 1890 ist von Versammlung und Magistrat beschlossen worden, daß Plakate von nicht vorschrittsmäßiger Größe zurückgewiesen werden können und im Februar 1891 ist weiter beschlossen worden: „Ingleichen sind Plakate, deren Inhalt gegen die Befehle verstößt, zurückzuweisen.“ Es steht also fest, daß unter der Voraussetzung tarismäßiger Größe Plakate nur wegen geschwätzigen Inhalts zurückgewiesen werden können. Dem gegenüber will ich eine kleine Klammernese vorlegen, was alles zurückgewiesen worden ist. (Unruhe.) Wir haben doch auch hier die Aufgabe, zu verhindern, daß sich ein beliebiger Mann zum Benfor der Plakate aufwirft, die ihm übergeben werden. Es ist ein Anschlag zurückgewiesen worden 1. mit der Tagesordnung: „Abrechnung vom Streik in der Münchischen Schuhwaarenfabrik“, weil Firmen in Verbindung mit dem Worte „Streik“ nicht genannt werden dürfen; 2. Vortrag über Eugen Richter's Sparagness“, Motivirung: Das wäre eine Beleidigung des Abg. Richter (Heiterkeit); 3. Anschlag des Verbandes der Schneider, Tagesordnung: Die Verhältnisse in den Werkstätten des Offizier-Vereins; Motivirung: Die Polizei erlaubt uns derartige Anschläge nicht. Aus der letzten Zeit, aus der Periode der Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung wurde am 11. November ein Plakat zurückgewiesen mit dem Thema: „Die Volksfreundlichkeit der freisinnigen Stadtvertretung“; ferner: „Die Sünden der liberalen Stadtvertretung“ (Heiterkeit) — vermutlich glanzten Raud und Hartmann, diese liberale Versammlung habe keine Sünden auf dem Gewissen (Rufe: Sehr richtig! und Heiterkeit) — endlich ein Plakat, welches nichts weiter enthält, als die Namen der sozialdemokratischen Kandidaten mit dem Zusatz, daß Abends 9 Uhr die Verladung der Wahlergebnisse stattfinden werde. Bei keinem dieser Plakate ist ein Verstoß gegen die Befehle vorhanden; wenn also solche Leute sich als Benfor derselben machen, welche für nöthig halten, solche Verammlungen einzuberufen, so überschreiten sie ihr vertragsmäßiges Recht. In dem Vertrage ist Vorsorge getroffen, daß die Stadtverwaltung diesen Herren nicht ganz hilflos ausgeliefert ist, daß sie sich nicht ganz und gar als Postkasten ausspielen dürfen. Der Magistrat hat das Recht der Konventionalstrafe. Ich hoffe, daß dem Magistrat von der Zurückweisung dieser Plakate etwas bekannt sei, denn nach § 16 dieser „Bedingungen“ hat der Magistrat das Recht, die Geschäftsführung zu überwachen. Ist das der Fall, so werden wir ja hören, ob auf Grund des § 16 der Magistrat die Pächter zur Innehaltung der Bedingungen aufgefordert hat. Sollte er aber bedauerlicherweise keine Kenntnis von diesen Zuwiderhandlungen haben, so hoffe ich, daß er dann sein Aufsichtsrecht anwendet, und dem groben Unfug, der hier stattgefunden hat, ein für alle Mal ein Ende macht.

Stadtrath Völz: Der Magistrat hat natürlich von dem Betreibe des Anschlagswesens nicht eine laufende Kenntnis; er erfährt davon nur beim Eingang von Beschwerden und dergleichen. Es sind bisher an den Magistrat keinerlei Beschwerden über Zurückweisung von Plakaten der erwähnten Art gelangt (hört!); er hat von der Zurückweisung also auch keine Kenntnis, und auch keine Veranlassung gehabt, etwas dagegen thun zu können. Wenn der Antragsteller nun Remedur verlangt auf Grund der von ihm heute gemachten Mittheilungen, so glaube ich bestimmt, daß der Magistrat das Vergetragene prüfen und sich auch überlegen wird, ob er von seinen Aufsichtsbesugnissen Gebrauch machen soll; eine bindende Erklärung namens des Magistrats kann ich aber natürlich heute nicht abgeben.

In der Besprechung der Interpellation, die auf Grund eines genügend unterfertigten Antrags der Sozialdemokraten erfolgt, bemerkt

Stadt. Singer: Ich bin erfreut über die Tendenz der Antwort des Magistratskommissars und werde mir erlauben, daß mir vorliegende Material in natura zur Prüfung vorgelegt. Nur darin muß ich ihm widersprechen, daß erst Beschwerden nöthig seien, damit der Magistrat überhaupt in Aktion trete. (Unruhe.) Im § 16 der Bedingungen ist ausdrücklich von „Ueberwachung“ die Rede; in einem so wichtigen städtischen Betriebe hat der Magistrat nach meiner Meinung von Zeit zu Zeit eine wirkliche Kontrolle der Geschäftsführung eintreten zu lassen und zwar ex officio (von Amtswegen). Wenn die Stadtverwaltung die Puschlagsläden als Monopol einer Firma zur Ausbeutung überliefert, hat sie diese Verpflichtung doppelt; dazu ist ja eben § 16 in diese Bedingungen aufgenommen worden. Der Brunnen darf auch hier nicht erst zugedeckt werden, wenn das Rind hineingefallen ist.

Damit ist die Besprechung erledigt.

Die Versammlung kommt nunmehr zur Beratung des oben erwähnten schleunigen Antrags betr. die Einverleibungsfrage.

Stadt. Singer: In die Erörterung der Frage selbst einzutreten sehe ich keinen Anlaß. Unser Antrag ist lediglich hervorgerufen dadurch, daß nach Zeitungsnachrichten von dem Oberpräsidenten ein Schreiben an den Magistrat erlassen sein soll, in dem eine Reihe von Gesichtspunkten für die Einverleibung von Vororten geltend gemacht wird. Ich bin verwundert, diese Kenntnis erst aus den Zeitungen schöpfen zu müssen, statt daß der Magistrat der Versammlung direkt in einer so wichtigen Angelegenheit Kenntnis von neuen Vorgängen

Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr bei der Präsentation der betreffenden Beamten auf Erfordern der Versammlung die übrigen Meldungen für die betreffende Stelle mitzutheilen.

Nachdem Referent Stadt. Meyer I diesen Antrag in längerer juristischer Darlegung zur Annahme empfohlen hat, tritt in der darauf folgenden Debatte zunächst Oberbürgermeister Zelle gegen denselben auf; die Versammlung sei nach der Städte-Ordnung über die Anstellung eines bestimmten Beamten zu vernehmen, sie habe aber ein Recht, das vorliegende ganze Material zu erhalten oder auch nur die Namen der übrigen Konkurrenten zu erfahren, seit 1808 nicht befehlen, es könne ihr dasselbe also auch jetzt nicht plötzlich genommen werden.

Stadt. Meyer II will die große Verantwortlichkeit nicht übernehmen, welche mit dieser Erweiterung der Rechte der Versammlung verbunden sein würde; er will die Entscheidung dem Ober-Verwaltungsgericht überlassen und wird gegen den Ausschussantrag stimmen.

Für den letzteren erklärt sich noch Stadt. Sachs II, gegen denselben Stadt. Spindler.

Der Antrag wird angenommen.

Behufs Vergrößerung des Viktoriaparkes soll das Münche Grundstück, Richterfeldstr. 6—8, für 370 000 M. erworben und das Kaufgeld aus den für die Herstellung des Parks noch zur Verfügung stehenden Mitteln resp. aus dem Grundstücks-Erwerbungs-fonds entnommen werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern. Unterm 7. November cr. haben die Stadt. Singer und Genossen an den Magistrat die Anfrage gerichtet,

ob ihm bekannt ist, daß die Pächter des städtischen Ausschlagswesens Raud und Hartmann Einladungen zu Versammlungen zurückweisen, weil die betreffenden Versammlungen zum Zweck einer Kritik der städtischen Verwaltung einberufen waren.

Durch Schreiben vom 17. d. M. ist dem Vorsteher mitgetheilt worden, daß der Magistrat die Anfrage betr. „angeblich“ zurückgewiesene Einladungen zu Versammlungen heute zu beantworten bereit ist.

Stadt. Singer: Es handelt sich bei unserer Anfrage um die Wahrung des Rechtes der Bürgerchaft, die Anschlagsläden zu den Zwecken zu benutzen, für die sie geschaffen sind. Die Grundlagen hierfür finden sich in den „Bedingungen“ für die Verpachtung derselben. Raud u. Hartmann haben seit dem 1. April 1891 auf Grund dieser Bedingungen für 245 000 M. jährliche Pacht die Säulen auf zehn weitere Jahre inne.

Am 27. November 1890 ist von Versammlung und Magistrat beschlossen worden, daß Plakate von nicht vorschrittsmäßiger Größe zurückgewiesen werden können und im Februar 1891 ist weiter beschlossen worden: „Ingleichen sind Plakate, deren Inhalt gegen die Befehle verstößt, zurückzuweisen.“ Es steht also fest, daß unter der Voraussetzung tarismäßiger Größe Plakate nur wegen geschwätzigen Inhalts zurückgewiesen werden können. Dem gegenüber will ich eine kleine Klammernese vorlegen, was alles zurückgewiesen worden ist. (Unruhe.) Wir haben doch auch hier die Aufgabe, zu verhindern, daß sich ein beliebiger Mann zum Benfor der Plakate aufwirft, die ihm übergeben werden. Es ist ein Anschlag zurückgewiesen worden 1. mit der Tagesordnung: „Abrechnung vom Streik in der Münchischen Schuhwaarenfabrik“, weil Firmen in Verbindung mit dem Worte „Streik“ nicht genannt werden dürfen; 2. Vortrag über Eugen Richter's Sparagness“, Motivirung: Das wäre eine Beleidigung des Abg. Richter (Heiterkeit); 3. Anschlag des Verbandes der Schneider, Tagesordnung: Die Verhältnisse in den Werkstätten des Offizier-Vereins; Motivirung: Die Polizei erlaubt uns derartige Anschläge nicht. Aus der letzten Zeit, aus der Periode der Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung wurde am 11. November ein Plakat zurückgewiesen mit dem Thema: „Die Volksfreundlichkeit der freisinnigen Stadtvertretung“; ferner: „Die Sünden der liberalen Stadtvertretung“ (Heiterkeit) — vermutlich glanzten Raud und Hartmann, diese liberale Versammlung habe keine Sünden auf dem Gewissen (Rufe: Sehr richtig! und Heiterkeit) — endlich ein Plakat, welches nichts weiter enthält, als die Namen der sozialdemokratischen Kandidaten mit dem Zusatz, daß Abends 9 Uhr die Verladung der Wahlergebnisse stattfinden werde. Bei keinem dieser Plakate ist ein Verstoß gegen die Befehle vorhanden; wenn also solche Leute sich als Benfor derselben machen, welche für nöthig halten, solche Verammlungen einzuberufen, so überschreiten sie ihr vertragsmäßiges Recht. In dem Vertrage ist Vorsorge getroffen, daß die Stadtverwaltung diesen Herren nicht ganz hilflos ausgeliefert ist, daß sie sich nicht ganz und gar als Postkasten ausspielen dürfen. Der Magistrat hat das Recht der Konventionalstrafe. Ich hoffe, daß dem Magistrat von der Zurückweisung dieser Plakate etwas bekannt sei, denn nach § 16 dieser „Bedingungen“ hat der Magistrat das Recht, die Geschäftsführung zu überwachen. Ist das der Fall, so werden wir ja hören, ob auf Grund des § 16 der Magistrat die Pächter zur Innehaltung der Bedingungen aufgefordert hat. Sollte er aber bedauerlicherweise keine Kenntnis von diesen Zuwiderhandlungen haben, so hoffe ich, daß er dann sein Aufsichtsrecht anwendet, und dem groben Unfug, der hier stattgefunden hat, ein für alle Mal ein Ende macht.

Stadtrath Völz: Der Magistrat hat natürlich von dem Betreibe des Anschlagswesens nicht eine laufende Kenntnis; er erfährt davon nur beim Eingang von Beschwerden und dergleichen. Es sind bisher an den Magistrat keinerlei Beschwerden über Zurückweisung von Plakaten der erwähnten Art gelangt (hört!); er hat von der Zurückweisung also auch keine Kenntnis, und auch keine Veranlassung gehabt, etwas dagegen thun zu können. Wenn der Antragsteller nun Remedur verlangt auf Grund der von ihm heute gemachten Mittheilungen, so glaube ich bestimmt, daß der Magistrat das Vergetragene prüfen und sich auch überlegen wird, ob er von seinen Aufsichtsbesugnissen Gebrauch machen soll; eine bindende Erklärung namens des Magistrats kann ich aber natürlich heute nicht abgeben.

In der Besprechung der Interpellation, die auf Grund eines genügend unterfertigten Antrags der Sozialdemokraten erfolgt, bemerkt

Stadt. Singer: Ich bin erfreut über die Tendenz der Antwort des Magistratskommissars und werde mir erlauben, daß mir vorliegende Material in natura zur Prüfung vorgelegt. Nur darin muß ich ihm widersprechen, daß erst Beschwerden nöthig seien, damit der Magistrat überhaupt in Aktion trete. (Unruhe.) Im § 16 der Bedingungen ist ausdrücklich von „Ueberwachung“ die Rede; in einem so wichtigen städtischen Betriebe hat der Magistrat nach meiner Meinung von Zeit zu Zeit eine wirkliche Kontrolle der Geschäftsführung eintreten zu lassen und zwar ex officio (von Amtswegen). Wenn die Stadtverwaltung die Puschlagsläden als Monopol einer Firma zur Ausbeutung überliefert, hat sie diese Verpflichtung doppelt; dazu ist ja eben § 16 in diese Bedingungen aufgenommen worden. Der Brunnen darf auch hier nicht erst zugedeckt werden, wenn das Rind hineingefallen ist.

Damit ist die Besprechung erledigt.

Die Versammlung kommt nunmehr zur Beratung des oben erwähnten schleunigen Antrags betr. die Einverleibungsfrage.

Stadt. Singer: In die Erörterung der Frage selbst einzutreten sehe ich keinen Anlaß. Unser Antrag ist lediglich hervorgerufen dadurch, daß nach Zeitungsnachrichten von dem Oberpräsidenten ein Schreiben an den Magistrat erlassen sein soll, in dem eine Reihe von Gesichtspunkten für die Einverleibung von Vororten geltend gemacht wird. Ich bin verwundert, diese Kenntnis erst aus den Zeitungen schöpfen zu müssen, statt daß der Magistrat der Versammlung direkt in einer so wichtigen Angelegenheit Kenntnis von neuen Vorgängen

gibt. Die Frage ist eine so weitreichende, daß die Bevölkerung in jedem Stadium der Dinge mit ihrem Stande genau bekannt gemacht werden muß. Ich bitte Sie also, den Antrag anzunehmen, damit wir in der nächsten Sitzung authentische Nachrichten erhalten.

Oberbürgermeister Zelle: Der Magistrat hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Versammlung vorzubereiten. Wenn er einen Anlaß dazu erhält, wie jetzt durch das Schreiben des Oberpräsidenten, so unterzieht er sich dieser Aufgabe; er hat einen Ausschuß eingesetzt, und ich kann nicht versprechen, daß schon in der nächsten Sitzung Mitteilung über den Stand der Sache gemacht wird.

Stadt. Cassel ist prinzipiell ganz der Ansicht des Stadt. Singer, meint aber, man könne von dem Magistrat nicht verlangen, daß er binnen 8 Tagen schon erschöpfende Auskunft geben soll.

Stadt. Singer bedauert, daß der Oberbürgermeister gar nicht darauf eingehe, wie denn diese Nachricht in die Zeitungen gekommen ist. Es wäre doch gut, wenn gegen solche vorzeitigen Veröffentlichungen Vorkehrungen getroffen würden. Der Magistrat solle nicht eine Vorlage machen, sondern nur über den gegenwärtigen Stand der Frage Bericht erstatten. Es bestrebe doch auch noch die gemischte Deputation für die Behandlung dieser Frage; die Vorbereitung der Sache hätte also vielleicht zweckmäßig in diese verlegt werden können.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger weniger anderer Mitglieder abgelehnt.

Schluß gegen 1/2 Uhr.

Lokales.

Die Adressen der Mitglieder der Berliner Lokalkommission sind:

1. Kreis: **Halster**, Säbenerstr. 22. **Kubat**, Spandauerbrücke 2.
2. Kreis: **Rihing**, Belle-Alliancestr. 74. **Post**, Mariannenstraße 21.
3. Kreis: **Heinrich**, Wienerstraße 61. **König**, Laufherstraße 44.
4. Kreis: **Otto**, Frankfurter Allee 128. **Jaake**, Küstriner Platz 8. **Scholz**, Brangelstr. 82. **Gesche**, Brangelstr. 63.
5. Kreis: **Gumpel**, Barnimstr. 42. **Wittchow**, Kleine Hamburgerstr. 27.
6. Kreis: **Lichte**, Schwedterstr. 83. **Peper**, Bantelstraße 18. **Tauschel**, Grenzstr. 4.

Die Kommission hat sich bereits konstituiert. Dem Ausschuß gehören an: **Gumpel**, **Halster** und **Jaake**. Alle Sendungen resp. Zuschriften von außerhalb, die Lokalfrage betreffend, sind nur an die Adresse des Obmannen **Gumpel**, Zigarrenhändler NO., Barnimstr. 42, zu richten.

Achtung! Parteigenossen des 4., 5., 6. Wahlkreises. Am Sonntag, den 28. November, Morgens 8 Uhr, findet eine Flugblatt-Verteilung für den 29. Kommunal-Wahlbezirk statt. Die Parteigenossen der obgenannten Kreise werden ersucht sich pünktlich früh 8 Uhr, bei **Schilles**, Greifswalderstraße 210 und Spät, Weinstr. 28, einzufinden. In Anbetracht der Wichtigkeit der Wahl ist es notwendig, daß die Parteigenossen zahlreich Hilfe leisten.

J. A.: Das Wahlkomitee.

Die Arbeiter-Bildungsschule ersucht und, bekannt zu geben, daß alle Mitteilungen u. an den in der letzten Generalversammlung neu gewählten Vorsitzenden, **Robert Platon**, Wallmertheaterstr. 18, zu richten sind.

Im Chariteebelkott. In der letzten ordentlichen Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe wurde beschlossen, der Charitee keine Kranken mehr zu überweisen. Kranke sollen nur auf ihren ausdrücklichen Wunsch der Charitee zugewiesen werden. Tägliche sollen Geisteskranken sowie Geschlechtskranke möglichst in Privat-Heilanstalten untergebracht werden. — In der am 20. d. M. stattgefundenen Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe wurde fast einstimmig beschlossen, fortan Kranke der königl. Charitee nicht mehr zuzuwiesen.

Zu fernerer Behandlung der Wasser-versorgungsfrage hat der Schöneberger Haus- und Grundbesitzerverein beschlossen, den Regierungs-Präsidenten zu ersuchen, den Charlottenburger Wasserwerken den Anschluß weiterer neuer Versorgungsgebiete aus feuerpolizeilichen und sanitären Gründen für so lange zu unterlagen, als nicht die bestimmte Gewißheit vorliegt, daß die Gesellschaft im stande sei, die bisher angeschlossenen Gemeinden ausreichend zu versorgen.

Wetterwirtschaft. In der Versammlung der Gemeindevorstände des 5. Waisenkreises wurde bei der Beratung über den Punkt „Wahl der Vormünder aus den Kreisen der Beamten und Lehrer“ die Bemerkung gemacht, daß bei Auswahl der Vormünder seitens der Vorschlagenden oft aus Verwandtschafts- und Freundschaftsrücksichten Personen, die sehr geeignet wären, als Vormünder zu fungieren, verschont würden, was zu tadeln sei. Die Bemerkung fand, wie das amtliche, durch das „Gemeindeblatt“ veröffentlichte Protokoll dieser Waisenrats-Versammlung angibt, allgemeine Zustimmung, — ein Beweis, daß sie begründet war. Ob gegen diejenigen Personen, welchen diese Pflichtverletzung zum Vorwurfe gemacht wurde, irgend welche Schritte unternommen werden sollen, giebt das Protokoll nicht an. Es scheint diese Frage in der Waisenrats-Versammlung nicht einmal erörtert worden zu sein. Die Angelegenheit bedarf unserer Meinung nach dringend einer weiteren Klärung. Sie ist ernst und wichtig genug dazu. Zwischen denjenigen, welcher von seinen Freunden und Verwandten Unbequemlichkeiten und Nachteile abzuwenden sucht, und demjenigen, welcher seiner Freund- und Sippschaft Annehmlichkeiten und Vorteile zuschanzen sich demüht, ist am Ende kein großer Unterschied.

Eisbahnen auf den Schulhöfen. Es soll die Absicht sein, in dem kommenden Winter auf allen größeren Schulhöfen der Berliner Eisbahnen herzustellen, die für die Lehrer und Schüler der betreffenden Anstalten zur Benutzung an den schulfreien Nachmittagen reserviert bleiben würden. Von dieser in der That nicht übel, wenn auch keineswegs neuen Idee würden die Gemeindevorstände wieder einmal sehr wenig oder nichts profitieren. Die Höhe der höheren Beibrankstellen sind so groß, daß sehr bequem ein Teil des Hofes als Eisbahn eingerichtet werden kann, ohne daß deshalb die freie Bewegung und das Summeln der Schüler in den Pausen behindert wird. Dagegen sind die Höfe der Gemeindevorstände mit wenigen Ausnahmen so klein im Verhältnis zur Zahl der Schulkinder, daß diese zur freien Bewegung schon unter gewöhnlichen Verhältnissen keinen Platz haben und, auf jedes Spiel in den Pausen verziehend, sich nur in streng geordnetem Zuge vorwärts bewegen können. Wo soll da noch der Platz für eine Eisbahn herkommen? Davon, daß der ganze Hof in eine Eisbahn verwandelt und diese auch in den Pausen zwischen den einzelnen Schulkunden den Kindern verlassen würde, kann natürlich keine Rede sein, da dann der Hof bei Eintritt von Thauwetter in seiner ganzen Ausdehnung unbenutzbar wäre. Also wird man wahrscheinlich den höheren Schulen und allenfalls noch einigen besonders gut gestellten Gemeindevorständen eine Eisbahn geben. Der übrige, größte Teil der Volksschulhöfe wird dann leer ausgehen müssen.

Der erste Schnee fiel am Mittwoch in Berlin. Öffentlich verschont und der Winter trotzdem noch für einige Zeit. — Arbeitslosigkeit. Hunger und Elend werden für zehntausende Arbeiter immer noch sehr genug kommen.

Ein Fortschritt im Reiche des Herrn von Stephan? Ein Berichterstatter will von gutunterrichteter Seite gehört haben, von den Postbehörden wird die Nachahmung des neuerdings in Birttemberg eingeführten Systems der Rouvert-Postanweisungen geplant. Auf diesen Postanweisungen befindet sich der gedruckte Text nicht wie bisher auf einem Karton, sondern auf einem Briefcouvert, das zugleich als Umhüllung des Briefes und als Gelb-anweisung dient. Der Absender des Geldes kann also zusammen mit dem Betrage einen Brief übermitteln lassen. Der Preis ist nicht höher als der für eine Postanweisung, also 20 Pf. Bei dem Widerwillen des Herrn Stephan gegen jeden dem Publikum zu gute kommenden Fortschritt ist es wohl angebracht, diese Nachricht mit dem gebührenden Mißtrauen zu empfangen.

Die neuen Wasserwerke lassen ihren Einfluß bei der Wasser-versorgung in den einzelnen Gebäuden bereits deutlich erkennen und besonders sind es die Gebäude in dem östlichen Theile der Stadt, wo der Wasserdruck in den Leitungsröhren seit der Einführung des Wassers aus den Müggelsee-Wellen ein ganz bedeutender ist. Ganz geringe Abminderungen an der Summenschleife des Auslaß-Hahnes erweitern die Durchlässigkeit in wenigen Stunden so bedeutend, daß schleunigst die Leitung abgesperrt und der geringfügige Schaden beseitigt werden muß, der sonst unbeachtet bleiben und nur einen unbedeutenden Wasserverlust herbeiführen würde. Die Hauswirthe aber klagen über den großen Wasserverbrauch in ihren Häusern und die dadurch bedingte hohe Wasserrechnung. Die armen Hausagrarier.

Bezüglich unserer Mitteilungen über die Mißhandlung Geisteskranker und Gefundener in Privat-Irenanstalten theilt das Berliner Tageblatt seinen Lesern mit, Dr. Edel habe gegen uns Strafantrag wegen „verleumderischer Verleumdung“ (brr) gestellt. Ein Arzt des „Edel'schen Musterinstituts“, wie es das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet, Dr. Heilmann, soll das gleiche einem Vertrauensmann der „Volls-Zeitung“ gegenüber erklärt haben. Diegt es wirklich in der Absicht des Dr. Edel, die vorhandenen Mißstände für die Zukunft zu hindern oder den Glauben zu verbreiten, daß unsere Mitteilungen unrichtig seien, so wäre das von ihm angeblich eingeschlagene Verfahren, das uns übrigens sehr läßt, das verkehrteste. Dem von ihm angeblich eingeleiteten Verfahren sehen wir mit Seelenruhe entgegen und freuen uns, daß es zur gerichtlichen Feststellung unserer Mitteilungen und vielleicht auch zur Abheilung der entsetzlichen Mißstände in Irenanstalten durch uns führen wird. — Wie wenig guten Gewissens man sich in der Dr. Edel'schen Anstalt ist, beweist das von der „Volls-Ztg.“ veröffentlichte Gespräch des Dr. Heilmann, Assistentenarzt im „Edel'schen Institut“, mit dem Vertrauensmann der genannten Zeitung. Danach hat Dr. Heilmann behauptet, unsere Mitteilungen rührten von einer Geisteskranken oder einer rachsüchtigen Wärterin her. So? Woher glaubt Dr. Heilmann zu dieser Kombination berechtigt zu sein? Er deutet dies selbst an. Es sei nämlich in der Anstalt eine geisteskrante Frau gewesen, die „mehrfach versucht habe, mit sozialdemokratischen Abgeordneten — namentlich mit Herrn Stadthagen — in Briefwechsel zu treten.“ Wir haben uns danach erkundigt, ob ein solches Verbrechen seitens einer Irenin versucht sei. Genosse Stadthagen theilt uns darauf mit: „Brieft, von wirklichen und vermeintlichen Irenen — soweit ich mich entsinne, aber nicht aus der Edel'schen Anstalt — habe ich wiederholt erhalten. Davon, daß ein vergeblicher Versuch gemacht ist, aus einer Irenanstalt an mich Briefe gelangen zu lassen, ist mir nur erinnerlich, daß in einem Falle, der aber die Charitee betraf, ein oder mehrere Briefe an mich zu Unrecht zurückgehalten waren. Remedur ist damals im Aufsichtsweg geschaffen. Darüber, ob bei Herrn Dr. Edel Briefe für mich lagern, werde ich mir durch Anfrage bei Dr. Edel Gewißheit verschaffen und eventuell Strafantrag wegen Zurückbehaltung oder Erbrechens der Briefe stellen.“ Man sieht schon hieraus, auf wie schwachen Füßen der Reinigungseifer steht.

Zur Cholera-gefahr veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ folgende amtliche Mitteilung: Bei den letzten Verhandlungen der im kaiserlichen Gesundheitsamt gebildeten Cholera-Kommission hat einer der in Berlin vorgekommenen Cholerafälle, welcher zweifellos auf den Genuß von Spreewasser auf der Arbeitsstelle zurückzuführen ist, zur Feststellung der bedauerlichen Thatsache Anlaß gegeben, daß auf der betreffenden, an der Spree gelegenen Baustelle den Arbeitern weder unverdächtigtes Trinkwasser bereit gehalten, noch für eine geeignete Abortanlage Sorge getragen war. Die Folge davon ist gewesen, daß die Arbeiter sich des Spreewassers zum Trinken bedienten und daß sie ihre Bedürfnisse in die Spree verrichteten. Insbesondere hat dies bei der Cholera erkrankte Arbeiter während der ersten Zeit seiner Erkrankung gethan und dadurch zur weiteren Verseuchung des Flußwassers beigetragen. Die bakteriologische Untersuchung des letzteren hat das Vorhandensein von Choleraeismen an der Stelle ergeben. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat es aus diesem Grunde den Behörden und Beamten der allgemeinen Bauverwaltung zur Pflicht gemacht, streng darauf zu sehen, daß auf allen Baustellen, besonders den an Wasserläufen gelegenen, geeignete Abortanlagen vorhanden sind, damit eine Verunreinigung der Gewässer durch die Abwässerung der Arbeiter unbedingt vermieden werde. Ferner sollen den Arbeitern, falls auf der Arbeitsstelle kein unverdächtigtes Trinkwasser vorhanden ist, oder ausnahmsweise nicht beschafft werden kann, jedenfalls vom Aufsichtspersonal keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, sich solches Trinkwasser zu beschaffen. Ferner wird im „Reichs-Anzeiger“ mitgeteilt, daß die ärztlichen Schiffs-Kontrollstationen in Berlin mit den Revisionsstellen Charlottenburger Schleuse, Köpenicker Schleuse und Stralau, Potsdam mit den Revisionsstellen an dem Hoffmann'schen Grundstücke nahe der Gliener Brücke und an der Redliger Brücke, Rathenow und Eberswalde aufgehoben worden sind. Diermit ist der Schiffs-Überwachungsdiens im Elbstromgebiet in seinem ganzem Umfange eingestellt.

Nicht öffnen, bevor der Zug hält! Ein bürgerliches Blatt meldet: Dieses klar ausgesprochene Verbot, welches im Innern der Wagenabtheile der auf der Stadt- und Ringbahn und der Vorortlinien verkehrenden Wagen unterhalb der Fenster groß und deutlich angeschrieben ist, wird von vielen Reisenden nicht beachtet; denn häufig werden die Wagenabtheilen schon geöffnet, wenn der Zug in die Bahnhofshalle einfährt. In letzter Zeit hat nun auf dem Anhalter Bahnhof ein Beamter des ähneren Dienstes auf dieses verbotene Verfahren des Publikums sein Augenmerk gerichtet und die Persönlichkeiten solcher Reisenden festgestellt, welche vorzeitig die Wagenabtheilen geöffnet hatten. Jedenfalls werden sie bestraft werden. Die Eisenbahnbeamten hätten alle Ursache, es bei einer einfachen Warnung bewenden zu lassen; gar zu leicht könnten sonst auch die Passagiere erster und zweiter Klasse auf Verweigerung des Öffnens und Schließens der Eisenbahnthüren verfallen.

Gegen einen im Norden der Stadt wohnenden Arzt. Dr. F. ist dieser Tage von der Staatsanwaltschaft die Untersuchung wegen fahrlässiger Tödtung eingeleitet worden. Die 19jährige Tochter des in der Müllerstraße wohnenden Kaufmanns V. hatte sich eines Kopfschneidens wegen zu dem erwähnten Arzte in Behandlung gegeben; zur Hebung des Leidens hatte Herr Dr. F. eine geringfügige Operation am Dienstag Nachmittags vorgenommen, zu welcher das junge Mädchen chloroformirt wurde. Leider verlor die Patientin während der Operation und wurde die Leiche auf polizeiliche Anordnung nach der Morgue geschafft. Die baldigst vorzunehmende Obduktion dürfte ergeben, ob die junge Dame, wie Herr Dr. F. behauptet, am Herzschlag gestorben, oder den Folgen der Chloroformierung ist.

Prämirtes Glend. Bei der Dienstmädchenprämierung des Berliner Hausfrauenvereins erhielten diesmal mehrere Mädchen zum zweiten und dritten Male die Vereinsauszeichnungen. Für 42- und 89jährige Dienstmädchen wurden Emilie Kienle und ihre

Schwester Marie belohnt, von denen die erste als Kammerjungfer, die zweite als Kinderpflegerin in der Familie von Scherbening bis zu dem Tode der Hausfrau im Jahre 1889 diente, und von da ab bei deren Tochter Frau Olga von Karmeinzli in Breslau diente. Ferner wurde Dorette Krüger ausgezeichnet, die 40 Jahre bei Frau Amtsrath Fischer in Neu-Pelzin in Dienst steht. Diese drei erhielten je 30 M. in Gold, das „Buch berühmter Frauen“, die Brosche und das Diplom. 25 M. in Gold und die Geschenke erhielt für 30jährige Dienstzeit Bertha Loewe, bei der Schauspielerin Frau Carlsen in Dienst; sie wurde zum zweiten Male prämiert, ebenso wie Christine Wilms, die die Prämie für 20jährige Dienstzeit bei Frau Major von Neuf in Potsdam erhielt. Endlich wurden sieben Mädchen für 20jährige Dienstzeit und eine größere Anzahl für Dienstzeiten von 28 bis herunter zu 5 Jahren bedacht.

Et! Et! Wie die „Saale-Zeitung“ erfährt, hat die hiesige Kriminalpolizei bei verschiedenen bekannten Geldleuten in den letzten Tagen polizeiliche Hausdurchsuchungen abgehalten. Bei einem dieser Hintel-Bankiers sind für 860 000 M. Wechsel beschlagnahmt worden. Weitere Hausdurchsuchungen sollen bevorstehen.

Kurz vor der Trauung verließ am letzten Sonnabend der Mechaniker Müller seine junge Frau, mit der er bereits am Donnerstag vorher standesamtlich getraut war, um den verlassenen Brautshleier zu kaufen. Er kehrte von seinem Gange nicht zurück und wurde auch vergebens von den Angehörigen gesucht. Jetzt hat man den 27 Jahre alten, jungen Eheemann in dem Manne wiedererkannt, der sich am Sonntag Abend in der Gastwirtschaft Friedr. 232 durch einen Schuß in die rechte Schläfe entleibte. Die Veranlassung zu dieser That soll in Irrsinn zu suchen sein.

Unschuldig drei volle Jahre im Gefängnis gefessen hat ein Handwerksmeister aus dem Norden Berlins, der auf grund falscher und gemeiner Denunziation zu vier Jahren Gefängnis verurtheilt wurde, als auf grund neuer Entlastungsbeweise von der Staatsanwaltschaft das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet wurde. Aus diesem ist der „Verurtheilte“ vollständig gerechtfertigt hervorgegangen. Er wurde der Freiheit wiedergegeben und sieht jetzt — ruiniert und aller Mittel entböhrt da. Der Mann hatte früher ein blühendes Geschäft, in welchem er sechzehn Gesellen beschäftigte, heute kann er warten, bis der Militarismus einen Brocken für die Entschädigungen unschuldig Verurtheilter übrig läßt.

Einen Hintertreppen-Roman über Bismarck's Entlassung veröffentlicht der satirisch bekannte Hans Blum. Das Material rührt von Bismarck her und ist also — echt und gut „redigirt“. Für Köchinnen und Kannegießer vielleicht nicht ohne Interesse.

Polizeibericht. Am 21. d. Mts. wurden Nachmittags ein Hausbesitzer und seine Ehefrau in ihrer Wohnung in der Schulstraße todt in den Betten liegend vorgefunden. Sie haben sich zweifellos selbst vergiftet. — In der Camphausenstraße wurden ein dreijähriger Knabe und sein Vater, der dem Knaben zu Hilfe gesprungen war, durch einen vorchristlichwidrig fahrenden Arbeitswagen überfahren. Das Kind wurde innerlich verletzt, der Vater erlitt anscheinend unerhebliche Quetschungen. Am 22. d. M. Vormittags brachte ein 13jähriger Knabe einem anderen gleichaltrigen Knaben aus Uebermuth durch einen Spalt der Einfriedigung des Grundstücks Kreuzbergstr. 31 einen Stein mit einer Nistgabel bei und verletzte ihn bedeutend am Auge. — Gegen Abend stieß eine Frau in ihrer Wohnung Reinickendorferstr. 54 infolge eines epileptischen Anfalls einen Tisch mit einer brennenden Petroleumlampe um und erlitt schwere Brandwunden am Oberkörper. — Am 21. und 22. d. M. fanden drei Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Gewerbegericht. Kammer III. Sitzung vom 21. November. Gegen das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus lagen zwei Maler auf Lohnentschädigung. Auf Wunsch des Verwalters des Krankenhauses waren die Kläger mit zwei weiteren Malern vom Arbeitsnachweis der Berliner Maler nach dem genannten Heilanstalt geschickt worden. Dort wurde ihnen eröffnet, daß sie für den Tag 3 Mark Lohn bekommen würden, daß sie aber auch in Accord arbeiten könnten; sie würden dann für den Quadratmeter zu streichen 15 Pfennig erhalten. Mit diesem außerordentlich niedrigen Lohn waren die Leute eingedenk ihrer sozialen Pflichten nicht einverstanden. Da ihr Verlangen nach einer besseren Entlohnung abgelehnt wurde, verließen sie wieder die Stätte, an der sie zu unangemessenen Löhnen wirken sollten. Sie nahmen an, für den Tag eine Entschädigung beanspruchen zu dürfen. Die beklagte Verwaltung wandte ein, das Krankenhaus sei kein Gewerbetreibender und das Gewerbegericht deshalb unzuständig. Das Gericht urtheilte, das Krankenhaus nehme gegen eine Entgelt Kranke auf und verpflege sie gegen ein solches und beschäftige auch Maler; es sei darum als Gewerbetreibender zu betrachten. Den Klägern seien je 4 M. als angemessene Entschädigung — 4 M. seien der ordentliche Durchschnitts-Tageslohn für Maler — zuzubilligen. Die Verwaltung des Krankenhauses hätte die Gehilfen vom Nachweis verlangt und erhalten, sie wäre verpflichtet gewesen, den verlangten Durchschnittslohn zu zahlen.

Warum zahlt das Kaiser- und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus keine angemessenen Löhne? Die Leiter eines solchen Instituts sollten doch am allerehesten wissen, daß drei Mark Tageslohn zum Verhungern zwar zu viel, zum einigermaßen anständigen Sattessen aber zu wenig sind.

Der Doubous-Fabrikant Thörmer aus Dresden hatte gestern vor der 137. Abtheilung des Schöffengerichts zu erscheinen, um sich wegen wiederholten versuchten Betruges zu verantworten. Der Angeklagte besuchte im vorigen Jahre Berlin, um hier Kunden zu erwerben. Er suchte besonders in den Bäckermeistern Abnehmer seiner Waare. Die von ihm angeknüpften Geschäftsverbindungen gaben zu vielfachen Zivilprozessen Veranlassung, die seitens Thörmer's angestrengt wurden. Die Beklagten weigerten sich, die Waare anzunehmen unter der Begründung, daß weit mehr Waare geschickt als bestellt worden sei. Thörmer berief sich indessen auf einen Schlußschein, den er sich von den Bestellern hatte unterzeichnen lassen und erzielte darauf auch in erster Instanz ein obliegendes Urtheil, obgleich die Beklagten den Einwand erhoben, daß der Kläger sie bei seinem Besuche überdöpielt habe und daß sie den Inhalt des von ihnen unterzeichneten Schriftstücks gar nicht durchgesehen hätten, da Thörmer die Unterschrift nur dazu verlangt habe, um für eine richtige Expedition einzustehen zu können. Einer der Verklagten, der Bäckermeister Naumann, suchte durch Inserat in der „Bäcker-Zeitung“ Skollegen, denen es ebenfso ergangen war, wie ihm. Es meldeten sich sechs Personen und nun machten die sieben Bäckermeister gemeinschaftliche Sache gegen Thörmer, der in der zweiten Instanz auch sämtliche Prozesse verlor und dann noch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde. Nachdem die Beweisnahme zu Ungunsten des Angeklagten ausgefallen war, beantragte der Staatsanwalt gegen ihn eine Geldstrafe von je 30 M. insgesammt also 210 M. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Jaake, plädirte aus rechtlichen Gründen für Freisprechung, es könne ja auch sonst aus jeder Zivilklage ein Strafverfahren hergeleitet werden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten für jeden Fall zu 7 Mark Geldstrafe, insgesammt zu 49 M.

Die Eröffnung der französischen Kammer.

Paris, den 18. November.

Mons. Dupuy hat sich endlich entschlossen, die neue Kammer zu berufen; am 14. d. M. hielt sie ihre erste Sitzung ab. Ihr erstes Amtsgeschäft war die Wahl des Präsidenten erwählt.

Das Land steht noch unter dem Eindruck der Ereignisse und Skandale bei dem Streik der Kohlenarbeiter des Pas de Calais. Es ist empört, daß man die sogenannte nationale Armee, die Gendarmen und die Magistratur zynisch in den Dienst der Bergwerksgesellschaften gestellt hat. Es ist empört über die Brutalität der Gendarmen, die Frauen und Kinder unter die Rufen der Pferde stieß, über die feige Knechtseligkeit der Magistratur, welche die von den Agenten der Gesellschaften bezeichneten Grevisten (Kuhhändler) auf Monate ins Gefängnis warf. Es ist entrüstet über das schandbare Mundschreiben des Justizministers, das „La Petite République“ veröffentlichte, und aus welchem erhellt, daß der Justizminister und der Staatsanwalt sich mit einander verständigt haben, das Syndikat der besiegten Kohlenarbeiter aufzulösen.

Alle diese Niederträchtigkeiten, die von der Tribüne der Kammer herunter durch die sozialistischen Abgeordneten werden gebannt werden, sind den Abgeordneten aus dem Gedächtnis entschwunden, die mit ungeheurer Majorität Casimir Perrier wählten, einen der reichsten Bergwerks-Aktionäre des Nordens, denen zu Liebe diese Niederträchtigkeiten auf Befehl eines Ministeriums begangen wurden, das aus Opportunisten und Radikalen zusammengesetzt ist.

Hat diese Wahl wenigstens das Verdienst zu zeigen, daß es in der Kammer eine Majorität gibt, die ein homogenes (gleichartiges) Ministerium unterstützt, ein Ministerium, das man seit Jahren mit ebenso großem Eifer und mit ebenso wenig Erfolg sucht, wie die Alchimisten den Stein der Weisen?

Wenn man unter einem „homogenen“ Ministerium ein Kabinett versteht, dessen einzelne Mitglieder in ihren Ansichten über die Art und Weise, wie regiert werden soll, und über die Reformen, die zu machen sind, übereinstimmen, dann würde es lange dauern, bis das Ministerium gefunden wäre, denn alle Ministerien, die mit verblüffender Geschwindigkeit auf einander folgten, waren darin einig, à la Bismarck gegen die Arbeiterklasse vorzugehen und keine Reformen zu gewähren.

Sobald ein radikaler zur Macht gelangt, hat er nicht Eiligeres zu thun, als alles das zu machen, was er in der Opposition beschimpft und bekämpft hat.

Das Ministerium, das im Monat Juli die Pariser todt-schlag und dann die Niederträchtigkeiten von Pas de Calais beging, hat zum Chef einen Radikalen, der 1886 mit Jaurès soziale Reformen verlangte und zu den hervorragenden Mitgliedern der Radikalen, wie Vieille, Vigier und Terrier gehörte. Aus welchem Winkel der Kammer auch die Minister kommen, das Kabinett, welches sie bilden, ist stets ein „homogenes“, d. h. ein reaktionäres. Unter homogenem Ministerium muß man auch eine Majorität verstehen, die entschlossen ist, es zu unterstützen; und diese Majorität, die unsinnbar ist, glaubt man, heut zu Tage — da kommt ein Wind, von Norden, Süden oder Osten, und die Minister fallen wie die Blätter im Monat November.

Die französische Kammer zerfällt in eine unendliche Menge einzelner Gruppen, deren Führer nur daran denken, das Ministerium, welches sie mit anderen Gruppen um die Bette bildeten, zu stürzen, um sich in den Nachlaß zu theilen, wie die Jankees sagen.

Die Kammer verwirklicht das Ideal der Bourgeoisie: Jeder für sich und die Macht für Alle.

Die Wahl Casimir Perrier's kam durch eine Verbindung (Koalition) der Rechten, des Zentrums und auch der Linken zu Stande, um Brisson, den sittenstrengen Jesuiten, zu schlagen und Carnot einen Streich zu spielen, dessen Mandat als Präsident im nächsten Jahre abläuft. Casimir Perrier will sein Nachfolger werden. Carnot findet die Stellung als Präsident angenehm. Madame Carnot gefällt sich darin, die Rolle der Präsidentin-Königin zu spielen; bei gewissen Feierlichkeiten setzt sie sich ein Diadem auf, das aus goldenen Gänseblümchen, der bescheidenen Blume der Felder, zusammengesetzt ist. Die Frauen nehmen in der französischen Republik eine viel wichtigere Stellung ein, als man glaubt; sie intrigieren, um ihre Männer an die Gewalt zu bringen und in der Gewalt zu erhalten; und häufig sind sie die Urheberinnen der Niederträchtigkeiten, verübt von ihren Männern, — „ihren Herren“, — die sie an der Nase herumführen.

Um sich seine Wiederwahl zu sichern, neigte Carnot sich zur Rechten, und Madame Carnot wurde fromm. Seit der Wahl-niederlage der reinen und bekümmerten Konservativen sagt man, daß das Elfses mit der Linken lebendigelt; daher der Erfolg Casimir Perrier's bei den Wahlen.

Ein einflussreiches Mitglied oder das Haupt einer Gruppe zu sein, ist eine sehr gesuchte Stellung, man erwirbt sich dadurch die Gunst der Minister und der Finanzleute.

Der Panamastandal hat enthüllt, daß der Führer der Gruppe häufig in ihrem Namen handelte und in seine Tasche das ganze Geld steckte. Und dann ist die Gruppenführerschaft eine Stellung, um zur Macht zu gelangen. Auch spricht man, seitdem die Kammer zusammenberufen ist, von nichts, als von der Vereinigung einzelner Gruppen — von der Rechten, von den Bekehrten, von den Bekehrten der Jollart's, von den Republikanern der Regierung, von den Fortschrittlichen, von den Radikalen u. s. w., die alle irgendwie zusammengeklappelt werden sollen. Hier oder fünf Deputierte, die man für Gruppenführer hält, berufen eine Konferenz ihrer Sipp-schaft, zu der 40, 50 und mehr Individuen erscheinen, die weiter in Untergruppen zerfallen, weil die einen zu weit gehen und die anderen zu gemäßigt sind; und die übrigen, die nicht zu weit gehen, nicht zu gemäßigt sind, thun sich zusammen und bilden ebenso viele Untergruppen, um unter eine größere Anzahl von Deputierten den Gewinn, der sich aus der Lage ziehen ließ, zu vertheilen.

Die Bourgeoispolitiker hatten sich über den sozialistischen Sieg bei den letzten Wahlen getrübt, indem sie in allen Ton-arten sagten, daß die gewählten Sozialisten nicht dazu kommen würden, sich zu vereinigen, und daß sie durch ihre Spaltung zur Ohnmacht verdammt seien. Während aber die kapitalistische Ver-tretung sich in eine unberechenbare Zahl kleinerer Gruppen ver-trümmelt — mehr als 50 an der Zahl —, haben sich die Sozialisten — trotz ihrer Verschiedenheit und ihrer alten Streitigkeiten zu einer wirklich homogenen Gruppe vereinigt, und zur Bekräftigung ihrer neu gewonnenen Einigkeit haben sie sich unverzüglich in die parlamentarischen Arbeiten getheilt.

Trotzdem fahren die Bourgeoiszeitungen beharrlich fort, von sozialistischer Uneinigkeit zu schreiben, und da sie nicht das Glück haben, diese Uneinigkeit sich von selbst entwickeln zu sehen, so bemühen sie sich, dieselbe künstlich zu erzeugen. Zu diesem Behufe haben sie sich den alten Cluseret ausdachten, der zur Wählung ist seiner stark beanstandeten Wahl der opportunistischen Stimmen bedarf. Die sozialistischen Abgeordneten, Cluseret mit

einbegriffen, waren von Guesde, Baillant und Sembal, welche letzterer die sozialistischen Radikalen Millerand'scher Färbung vertritt, zusammenberufen worden. Cluseret, der sich noch immer als General fühlt, beruft seinerseits die „patriotischen“ Sozialisten, um sie gegen die internationalen Sozialisten aufzubehben, die, wie er sagt, Gegner der russischen Allianz und mehr oder weniger öffentliche Agenten der deutschen Margiten und „ihres Hauptes“, Singer, mit einem Worte Frankreichs Feinde seien. Cluseret will Déroulède und Millerand in einer Person ersehen. Das „Petit Journal“ und „Libre Parole“, beide von der russischen Botschaft gekauft, haben ihre Spalten dem russischen Patriotismus Cluseret's geöffnet, dessen Verfaßung die Kommune, deren General er war, unter der Anklage des Verraths verfügt hatte. Die Gruppe Cluseret hat sich „vereinigt“, einige Abgeordnete, die seinem Aufruf entsprachen, sind nur erschienen, um zu erklären, daß sie, um die notwendige Einigkeit der Sozialisten nicht zu fördern, entschlossen seien, Cluseret mit seinem Patriotismus und seiner russischen Allianz allein zu lassen. So kommt es, daß die Gruppe Cluseret kein Mitglied außer Cluseret zählt. Noch eine andere Enttäuschung harrte unserer Hurrh-Patrioten. Während der Wahlen war die große allgemeine Anklage gegen die Sozialisten: das deutsche Geld. Jeder der sozialistischen Kandidaten hatte 2500 Fr. geschickt bekommen. Die Bourgeois rufen vor Wuth, daß all dieses Geld in andere Taschen, als die ihrigen, gewandert war. Sie pochen auf ihr Monopol des Geldeinsackens, ihnen allein steht das Recht zu, fremdes Geld anzunehmen. Um den Sozialisten die Last zu nehmen, dieses Bourgeois-Privilegium anzutasten, verkündigten der „Temps“, der beim Panama 1700 000 Franks eingestrichen hat, und die „Lanterne“, ein radikales, pfeifenreiferes Blatt, dem bei derselben Gelegenheit mehr als 30 000 Franks zugeflossen sind, mit einem Worte, alle Panamisten der Presse und der Politik: daß man in kürzester Zeit die Mandate der sozialistischen Depu-tierten in Masse für ungültig erklären würde, weil diese Landes-verräther ihre Ehre mit deutschem Golde beschnitten hätten. Besonders Guesde und Chauvin wurden bedroht und der Ent-rüstung aller Patrioten preisgegeben, die eine interessante „Hin-richtung“ jener Verräther am Vaterlande erwarteten. Sie kannten unsere Parlamentarier schlecht. Guesde's wie Chauvin's Wahl wurde ohne jede Bemerkung für gültig erklärt. Der Pa-triotismus der Panama-Trüder war verräthlich.

Diese parlamentarischen Anfänge sind vielversprechend. Die Kammermajorität, uneinig und gespalten durch persönliche Eifer-süchteleien und persönliche Interessen, sieht auf dem berühmten Schienengeleise der vorigen Kammer, die wie ein übertriebenes Talglicht unter dem Druck der öffentlichen Verachtung verlöschen ist. Die sozialistischen Abgeordneten, die sich während des Kohlen-streiks allesemit tüchtig benommen haben, werden, geehrt und organisiert wie sie sind, ihre Doppelaufgabe, — in der Kammer und in dem Lande erfüllen, und der zusammenbrechenden Macht des Kapitalismus die Macht des Sozialismus entgegenstellen, welcher die zukünftige Gesellschaft leiten wird.

Galluz.

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, den 22. November 1893.

Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Reichmann eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr. Die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt. Es sprachen die Delegirten aus Potsdam, Dobrilugk, Jüterbogk, Brandenburg, Ohlau, Oppeln, Pignitz, Prenglau, Guben, Elberfeld, Verden, aus dem Eichsfelde, Spandau, Bielefeld, Trebbin, Lützenwalde u. a.

In Dobrilugk besteht die Nahrung der Tabakarbeiter hauptsächlich aus Leinöl und Kartoffeln.

In Ohlau, wo 11—1200 Tabakarbeiter vorhanden sind, giebt es 217 weibliche Lehrlinge (Arbeiterinnen unter 16 Jahren); die Löhne der Zigarrenmacher und -Macherinnen betragen 7 bis 8 M. wöchentlich. Die schlechtesten Löhne zahlt die Firma Gebr. Deter.

In Oppeln arbeiten 785 weibliche und 262 männliche Arbeiter, deren Durchschnittsverdienst 8 M. für die Männer, 5 M. für die Frauen beträgt. Die Arbeitszeit für Lehrlinge, die 2,50—3 M. wöchentlich verdienen, wird durch Kontrakt auf vier Jahre für männliche und auf 3 Jahre für weibliche Lehrlinge festgesetzt.

In Harburg sind unter den 40 Tabakarbeitern des Ortes 12 Krippel.

Den Prenglauer Tabakarbeitern erwiderte der konser-vative Vertreter des Kreises im Reichstage, der Landrath v. Winterfeldt, auf ihre Einladung, an einer Versammlung theilzunehmen, folgendes: „Euer Wohlgebohrenen Einladung zu einer Versammlung der Tabakarbeiter auf den 18. d. M. Abends bedauere ich, nicht nachkommen zu können. Die Besprechung der Frage ist auch meines Erachtens verfrüht, da eine zu besprechende Vor-lage nicht existirt. Auch interessieren bei der Frage nicht nur die Tabakarbeiter — diese vielleicht sogar am wenigsten, mehr jedenfalls die Fabrikanten, Händler und vor Allem die Tabakbauer und Importeure. Was vielleicht dem Einen recht ist, paßt dem Andern nicht. Es ist daher jedenfalls vorzuziehen, abzuwarten, wie die Vorlage wird. Einer Agitation zur Verhinderung einer solchen überhaupt, müß ich meine Weisheit versagen, und auf eine solche Agitation scheint es hier abgesehen zu sein. Hochachtungsvoll v. Winterfeldt, Landrath.“

In Verden gehören von 450 Tabakarbeitern und -Ar-beiterinnen 260 der Organisation an; der Durchschnittslohn be-trägt 12,50 M. In Verden würden circa 300 Arbeiter arbeitslos werden, da die Fabriken geschlossen oder nach den ländlichen Gegenden verlegt werden würden; die Arbeitslosen würden der Gemeinde zur Last fallen.

Auf dem Eichsfelde sind 1600 Tabakarbeiter beschäftigt; der Durchschnittslohn beträgt 6 M. wöchentlich.

In Elberfeld verdienen die Arbeiter wöchentlich 7 bis 8 M., nur in einer Fabrik 13—14 M. Auch hier würden fast sämtliche Zigarrenarbeiter nach Annahme der Tabaksteuer dem sicheren Hungertode entgegengehen.

In Trebbin, wohin einzelne Berliner Fabriken ihre Be-triebe verlegt haben, sind auch Schulkinder beschäftigt; sie er-halten für das Knippen des Tabaks drei Pfennige für die Stunde.

Nach Beendigung der Debatte, in der 120 Redner das Wort ergriffen hatten, erhält das Schlusswort

v. Elm: Redner kritisiert zunächst die Zuschrift des Grafen Rosadowky an den Kongress. Der Herr Staatssekretär der Finanzen mag ein sehr guter Mensch sein, aber mit den vier Speigeln leht er auf gespanntem Fuße, wenn er behauptet, daß nur ein geringer Rückgang in Tabakconsum eingetreten sei. 1873 betrug die Zahl der Bevölkerung in Deutschland 41 830 000, der Tabakconsum pro Kopf 2,13 Kilo; 1892 war die Bevölkerung auf 50 173 000 Köpfe gestiegen, also um 21 $\frac{1}{10}$ pCt.; der Tabak-

consum aber war auf 1,5 Kilo pro Kopf also um 29 $\frac{1}{4}$ pCt. gesunken. Möge der Herr Graf zu Hause, im stillen Kämmer-lein, diese Zahlen, die dem statistischen Jahrbuch entnommen sind, nachrechnen. (Heiterkeit.) Redner geht nunmehr zu einer Kritik der einzelnen Bestimmungen des durch die Veröffentlichung in den „Hamburger Nachrichten“ bekannten Entwurfes des Tabak-Fabrikatsteuer-Gesetzes über. In den Grundzügen ist nichts Neues enthalten, so daß der Kongress seine Stellung in dieser Hinsicht nicht zu ändern braucht. Was aber noch nicht in vollem Umfange bekannt war, das waren die Kontrollvor-schriften. Jeder Interessent, der sie kennen lernt, muß die Hände über den Kopf zusammenschlagen, und nur das eine Wort der Kritik haben: Entsetzlich! (Beifall.) Nur ein Schluß ist möglich: Die Herren, die den Entwurf ausgearbeitet haben, müssen nicht die geringste Ahnung von den Verhältnissen haben! (Sehr richtig!) Ein Theil der Tabakpflanzler hat dem Projekt der Fabrikatsteuer bisher sympathisch gegenüber ge-standen, weil sie sich eine Hebung des heimischen Tabakbaues davon versprochen. Bei der Durchsicht der Vorchrift werden sie sich aber auch von ihrer Undurchführbarkeit überzeugen müssen. Beschäftigen sich doch volle zehn Paragrafen mit den Pflanzern. Zwölf Paragrafen sind den Fabrikanten gewidmet. Jeder Fabrikant muß seinen ganzen Betrieb, sowie einzelne Räume anmelden, jede Aenderung anmelden, er steht mit seinem Thun und Lassen unter vollständiger Kontrolle. § 5 verlangt sogar die Vorlegung der Facturen und Rechnungen. Der Steuerbeamte geht beim Fabrikanten ein und aus. Sogar das Recht steht dem Steuerbeamten zu, bei Nachtzeit beim Fabrikanten einzudringen. Der Fabrikant braucht auch zu der Nachtrevision nicht zugezogen zu werden.

Der Nothtabak kommt unter amtlichen Verfaß, seine Verwendung unter amtliche Kontrolle. Die Hausarbeit will der Entwurf bestehen lassen, sie wird aber zur Unmöglichkeit durch die Kontroll-bestimmungen. Es wird soweit kommen, daß neben jeden Haus-arbeiter ein Beamter gestellt, daß er durch einen Beamten be-gleitet wird, wenn er das Haus verläßt. Weiter kommen in Betracht die lästigen Fabrikationsbücher. Der Tabakfabrikant, die Rippen, ja selbst der Staub wird unter Kontrolle gestellt. (Heiterkeit.) Vielleicht kontrollirt man selbst die Lungen der Tabakarbeiter, in denen sie ja Tabakstaub nach Hause tragen. (Lebhafter Beifall.) Den Oberbeamten der Steuerbehörde steht das Recht zu, die Facturenbücher der Fabrikanten durch-zusehen. Der Fabrikant wird zu einer jährlichen Inventur ver-pflichtet, den Zeitpunkt der Inventur aber bestimmt die Steuer-behörde. Da es viele Fabrikanten giebt, wird die Steuerbehörde die Inventur nicht mehr, wie sie bisher üblich war, überall zu Neujahr zulassen, sondern sie von diesem Fabrikanten zu diesem, von jenem Fabrikanten zu jenem Termin verlangen. Die ganze Buchführung muß dann umgekrempelt werden. In der Zigarrenbranche erfordert die Inventur nicht eine Arbeit von Stunden, sondern von Tagen und Wochen. Bei fortgesetzten Unregelmäßigkeiten hat die Steuerbehörde das Recht, die Buchführung selber zu übernehmen. Bei ständiger Ueberwachung hat der Fabrikant den Beamten natürlich aus eigener Tasche zu bezahlen. Die Händler müssen jeder Zeit die Facturen der Fabriken vorlegen und sie drei Jahre lang auf-bewahren. Ja, auch von jedem Privatmann, der Zigarren direkt vom Fabrikanten bezieht, wird dasselbe verlangt im § 44 des Entwurfes, der Krone des Ganzen, den der Redner zur Heiterkeit der Versammlung verliest. Zwischen lange Paragrafen behandeln die Strafbestimmungen, und was für Strafen bedrohen den Uebertreter!, Strafen von 10 bis 10 000 M., Gefängniß bis zu zwei Jahren. (Pfeif!) Die Ausarbeiter des Entwurfes haben sich jedem Fachmann gegen-über unsterblich lächerlich gemacht. (Stürmischer Beifall.) Der Entwurf ist so schlimm, daß wenn er zum Gesetz wird, das Monopol geradezu als Erleichterung empfunden werden würde. Was im Entwurf vorgeschlagen wird, ist mehr als Monopol! (Beifall.) Die Steuerbehörde, heißt es im Entwurf, kann eine Stundung der Steuerbeträge verfügen. Das Wörtchen „kann“ sagt alles. Die große Mehrzahl der Fabrikanten kann sicher seit, die Stundung nicht zu erhalten. Redner schließt mit dem Ausdruck seiner festen Ueberzeugung, daß kein Parlament diesen Entwurf annehmen kann, ohne sich mit dem Fluch der Lächerlichkeit zu beladen. (Beifall.) Der Kongress hat das Gute gehabt, daß die entsetzlichen Folgen der Fabrikatsteuer deutlich geschilbert worden sind. Haben wir nicht gehört, daß die älteren Kollegen den Selbstmord dem langjamern Verdungen vorziehen wollen! Wer von den Reichstags-Abgeordneten noch einen Funken von Mensch-lichkeit im Herzen hat, muß diesen Gesetzentwurf, der namenloses Unglück über Jehntausende bringen würde, ablehnen. Obwohl nur wenige Abgeordnete unseren Verhandlungen beigewohnt haben, glaube ich doch, daß der Eindruck des Kongresses groß genug ist. Was hier gesagt worden ist, muß auf jeden wirken, der noch ein Herz im Leibe hat. Und so hege ich die frohe Hoff-nung, daß der Reichstag den Entwurf der Tabak-Fabrikatsteuer ablehnen würde. (Stürmischer Beifall.)

Es wird nunmehr in eine Spezialdiskussion über die Re-solution eingetreten, zu der eine Reihe von Abänderungsanträgen vorliegen.

Kerrl-Bremen beantragt im Schlusswort statt zu sagen: „Der Kongress fordert daher von der Reichsregierung, statt der stetigen Veunrubigung und geplanten Mehrbelastung der Tabak-industrie eine derselben gebührende Rücksichtnahme“ — folgende Fassung: „Der Kongress fordert deshalb von der Reichsregierung, statt der stetigen Veunrubigung, daß dieselbe die Tabakindustrie für alle Zeiten mit neuen Steuern verschont.“

Reps-Weisenfels erklärt sich gegen die Forderung einer Arbeitslosen-Unterstützung durch den Staat. Die Regierung könne sagen: Die Tabakarbeiter sind mit dem Entwurfe ein-verstanden, wenn ihre Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten. Dann werden einige Willkürhaken dafür ausgeworfen und nach dem Muster der Altersversicherung werden die Arbeitslosen mit einigen Mark abgespeist. Vom heutigen Staate wollen wir keine Gnade annehmen.

Schmalfeld stellt sich auf denselben Standpunkt und stellt den Antrag, den betr. Passus zu streichen.

Stromberg und v. Elm vertreten die entgegengesetzte Ansicht: der Staat habe die Pflicht, die Arbeitslosen, die er selber schafft, zu unterstützen.

Stromberg beantragt den Passus über die Arbeitslosen-Unterstützung so zu fassen, daß es als Pflicht des Staates bezeichnet wird, die durch Reichsgesetz vernichteten Erzielen in der Höhe des Durchschnittsverdienstes bis zur Wiederbeschäftigung zu unterstützen. — Nach längerer Debatte wird zur Abstimmung geschritten, der Antrag Schmalfelds gegen eine beträchtliche Minorität abgelehnt und der Antrag Strombergs, sowie der Antrag Kerrl's angenommen. Mit diesen Abänderungen wird die ganze Resolution schließlich einstimmig angenommen.

v. Elm beantragt, die Wahl einer ständigen Kommission mit dem Sitz in Berlin, die die Angelegenheit weiter zu be-treiben hat, und falls der Fabrikatsteuer-Gesetzentwurf etwa doch angenommen werden sollte, weitere Schritte zu unternehmen hat. Dieser Antrag wird angenommen. Der Kongress verlegt seine Verhandlung auf morgen.

Von Reichstags-Abgeordneten waren heute Legien und Ulrich anwesend.

Schluss 8 Uhr.

Verichtigung. Gestern hat ein Delegierter aus Wenden, nicht aus Buxingen bei Göttingen gesprochen. Die Aufgabe, daß die Steuer auf Schmelzler künftig 307 1/2 M. betragen wird, ist dahin zu berichtigen, daß diese Summe den künftigen Preis dieses Schnupstabs inkl. Steuer darstellt.

IV.

Berlin, 23. November 1893.

Den Vorsitz führte Deichmann-Bremen.

Rechts-Weihenfeld beantragt festzustellen, wie viele Delegierte der Organisation angehören. Der Antrag wurde angenommen. Ein statistischer Fragebogen ist von der Kommission ausgegeben worden, durch den, wie Junge-Bremen hervorhebt, auch diese Frage beantwortet werden wird. Als Organisationen kommen nur die beiden Vereine, der „Unterstützungsverein Deutscher Tabakarbeiter“ und der „Verein Deutscher Zigarrensortierer“ in Betracht, die von dem Tabakarbeiter-Kongress zu Erfurt allein als rechtmässig anerkannt worden sind. Besonders erwünscht ist, wie der Delegierte aus Ahtina betont, Genauigkeit in den Angaben über die Hausindustrie, da die Hausarbeiter sich im allgemeinen scheuen, richtige Angaben über ihre Arbeitszeit zu machen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Verhandlungen über ihren zweiten Punkt beginnen: Der notwendige Ausbau der Organisation veranlaßt durch Zuchtthausarbeit, Hausarbeit, Frauen- und Kinderarbeit, Verlegung der Fabriken nach dem ländlichen Lande, die Schund- und Schlanderarbeiten und die Kontroll- oder Schutzmarke.

Referent ist Junge-Bremen.

Der Redner betont die Nothwendigkeit der Organisation gerade jetzt bei der drohenden Gefahr des Tabaksteuerprojektes, der nur durch ein geschlossenes Vorgehen begegnet werden könne. Leider sei diese Einsicht nicht allgemein. Die Organisation ist zurückgegangen; im Jahre 89 umfaßte sie 19 000 Mitglieder, heute 12 763; seit Juli d. J. ist wieder eine Steigerung eingetreten. Schuld an diesem Rückgange trage der Individualismus der Kollegen, die ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnisse, die Drangsalirungen der Fabrikanten und Behörden. Die Konkurrenz der Gefängnis- und Zuchtthausarbeit ist verdrängend, ebenso die Hausarbeit, die nicht nur die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter verschlechtert, sondern in den Kollegen auch das Gefühl der Solidarität nicht aufkommen lasse. Die Arbeiterinnen werden erheblich schlechter bezahlt, als die Arbeiter, die deshalb aus den Fabriken verdrängt werden. Die Arbeiterinnen mühten organisiert werden, und zur Agitation unter ihren Kolleginnen veranlaßt werden. Es sei ein Fehler, daß Uebersetzungen der bundesrätlichen Schutzbestimmungen selten zur Anzeige gelangen. Ueber den Nutzen der sogenannten Schutzmarke lasse sich jetzt, wo die Einrichtung noch jung sei, noch kein endgiltiges Urtheil fällen. Bis jetzt übersteigen die Ausgaben noch die Einnahmen. Ausgegeben wurden für die Schutzmarke die in einer Million Exemplaren hergestellt worden sei, z. B. 4500 M., eingenommen wurden 2500 M. Eine ausführliche Debatte über die Schutzmarke hier sei unangebracht, da ein großer Theil der Delegirten die Sache selbst nicht kennt. Redner schließt mit der Aufforderung an die noch nicht organisierten Delegirten, sich der Organisation anzuschließen und für ihre Ausbreitung in der Heimath Sorge zu tragen. (Beifall.)

In der Debatte theilt der Delegierte für Großhessheim mit, daß die Kollegen in Süddeutschland zum großen Theil weder der Tabakarbeiter-Organisation noch der politischen Organisation angehören; dagegen seien viele in religiösen Vereinen, in Kriegervereinen und bei den Antisemiten zu finden. Bei jedem Versuch, in der Heimath eine Organisation zu schaffen, würden die Delegirten sofort aus der Arbeit entlassen werden.

Der Delegierte aus Ahtina theilt den schlechten Stand der Organisation der Tabakarbeiter. Die Hoffnungen, die auf dem Erfurter Kongress laut wurden, haben sich leider nicht verwirklicht. Noch immer bestehen zwei Organisationen, der Unterstützungsverein und der Sortierverein. Vielleicht trägt dieser Kongress zur Verschmelzung beider bei. Redner spricht sich gegen die Schutzmarke aus. Es giebt Fabrikanten, die die Schutzmarke führen, ihre Waaren aber je nach Wunsch mit und ohne Kontrollmarke verkaufen. Diefelbe Ansicht aber, welche die Verthorlosigkeit der Schutzmarke für die Organisation, vertritt auch der Delegierte für Verberg.

Der Vertreter aus Heilbronn theilt mit, daß er seiner sozialdemokratischen Stimmung wegen auf Denunziation seiner eignen Kollegen hin von den Fabrikanten gematregelt worden sei. Er müsse jetzt hundentweit über Land laufen, um Arbeit zu finden. Die Zuchtthausarbeit kann in seinem Lande in der Tabakindustrie deshalb nicht eingeführt werden, weil die Löhne der „freien Arbeiter“ niedriger wären, als im Zuchtthaus. Die Kontrollmarke sei für Süddeutschland unmöglich. Für Drei- und Vierpfeinig-Zigarren, wie sie dort geräucht würden, könnten nicht acht Mark Arbeitslohn gezahlt werden, die als Minimallohn pro Mille von jedem Fabrikanten verlangt würden, der die Kontrollmarke einführen wolle. Die Bundesrath-Bestimmungen würden durch Mittheilung jeder Uebertretung durch die Vertrauensmänner der organisierten Arbeiter an die Fabrikinspektoren geschickt.

Der Delegierte für Dresden schildert den schlechten Stand der Organisation in Sachsen. Von den 1000 Zigarrenarbeitern Dresdens sind nur 400 organisiert. Die Zigarrenarbeiter beteiligen sich gar nicht an der Organisation. In Freiberg gehören von 2200 Tabakarbeitern 7 der Organisation an. In Döbeln war eine Versammlung über die Kontrollmarke von 8 Arbeitern unter 1200 besucht. Allerlei Scheingründe werden von den Kollegen als Grund für ihre Nichtbetheiligung an der Organisation gemacht, so wird z. B. die alte Lüge aufgewärmt, der frühere Reichstags-Abgeordnete Fritsche sei mit der Kaffe der Tabakarbeiter f. J. nach Amerika durchgebrannt. In Wahrheit sind die Gelder an die richtige Adresse gelangt. Auch der Verlust des Hamburger Streiks habe abschreckend gewirkt.

Der Vertreter von Schwetzingen berichtet, daß die Kollegen dort früher von den Fabrikanten zu allerhand Nebenarbeiten gezwungen wurden, zum Studieren, Feueranmachen, Abtrittschuenern. Die Organisation habe diesen Mißbrauch beseitigt und auch die Löhne erhöht; doch wurde sie durch die letzte Aussperrung völlig gesprengt. Durch das Eingreifen der Hamburger Tabakarbeiter-Genossenschaft sei sie aber wieder errichtet worden und zähle jetzt 100 Mitglieder.

Der Delegierte aus Apolda schildert das System grausamer Kinderausbeutung, das in seinem Orte betrieben wird.

Der Delegierte aus Frankfurt a. M. bedauert, daß der Vertrauensmann der Sozialdemokratie Hanans kein Freund der Gewerkschaftsbewegung sei. Selbst eine Protestversammlung gegen die Tabak-Fabriksteuer habe man nicht einberufen wollen.

Der Delegierte für Weihenfeld meint, daß die „politische Vertretung in der Reichsdatschraße“ die Gewerkschaftsbewegung nicht ernstlich fördere. Auch der Föderalismus, der jetzt im „Vorwärts“ geführt werde, sei der Gewerkschaftsbewegung nicht förderlich. (Sehr richtig.) Ihm müsse Halt geboten werden. Bedauerlicher Weise sei in Köln von einem Kanoffgange der Gewerkschaftler nach Frankfurt gesprochen worden; sie wollten dort nur sehen, was die Gegner im Schilde führen. Mit den Gegnern verhandle man ja auch, wenn man in katholische Arbeitervereine gehe, um dort Anhänger zu werden. Redner spricht sich im Weiteren gegen die Kontrollmarke aus.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Börner theilt mit, daß von den 198 anwesenden Delegirten 162 dem Unterstützungsverein der Tabakarbeiter, 5 dem Sortierverein, 2 dem Verein der Ristenmacher, 1 dem Verein der Lithographen angehören und 28 nicht organisiert sind.

Die Debatte über Punkt 2 der Tagesordnung wird fortgesetzt. Punkt 3 der Tagesordnung wird auf Beschluß des Kongresses mit in die Diskussion einbezogen. Der Delegierte Klingenhausen aus Wände bedauert die Thatsache, daß nur ein verhältnismässig kleiner Bruchtheil der Tabakarbeiter organisiert ist, weiß aber andererseits auf die Schwierigkeiten hin, die der Organisation von Seiten der Behörden und Fabrikanten gemacht werden. Er beklagt die viele Kinderarbeit in der Branche; das Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken habe die Kinder zwar in den Fabriken beseitigt, die Kinderarbeit werde aber nach wie vor in den Wohnungen betrieben, in den engen dampfenden Stuben der Arbeiter, was noch schlimmer sei. Die Schutzgesetzgebung müsse sich eben auch auf die Hausindustrie erstrecken.

Der Delegierte aus Chemnitz schließt sich den Ausführungen des Vorredners in bezug auf die Kinderarbeit an. Er betont dann weiter, daß der Hamburger Zustand als ein hehreres Beispiel von Opfermuth belebend auf die Organisation hätte wirken müssen. Er beklagt die Zuchtthausarbeit, die namentlich in den sächsischen Zuchtthäusern, in Waldheim und Zwickau, blühe. Er bezeichnet es schmerzhaft als keinen Fortschritt, daß auf diesem Kongress die Frauen nicht vertreten seien durch weibliche Delegirte. Der Delegierte aus Nordhausen berichtet, daß es in seiner Heimath Leute gäbe, die, obwohl sie an der Spitze der politischen Bewegung ständen, von der gewerkschaftlichen Bewegung fern blieben. Auch der Kontrollmarke händen viele gleichgiltig gegenüber, sie sagen: „Was geht uns die Kontrollmarke an, wir kaufen da, wo wir billige und gute Zigarren bekommen. Nur die Organisation kann unsere Lage verbessern.“

von Elm-Hamburg: Der Kongress sei der Ort nicht, auf dem über das Verhältniß der politischen zur gewerkschaftlichen Bewegung geurtheilt werden könnte. Der Tabakarbeiter-Ausschuß in Hamburg habe die Organisation nicht geschädigt, was die Fabrikanten gewollt hätten, die Organisation zu zerbrechen sei ihnen nicht gelungen. Der Rückgang der Organisation sei auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen zurückzuführen. Es werde von mancher Seite über die hohen Beiträge geklagt, eine Kampforganisation müsse aber über Geldmittel verfügen, man müsse auch den Mitgliedern etwas bieten, wenn man sie behalten wolle. Der Redner hebt des Weiteren auseinander, weshalb der Zigarrensortierer-Verein sich nicht ohne weiteres auflösen dürfe zu Gunsten des allgemeinen Tabakarbeiter-Vereins. Dem Gewordenen müsse Rechnung getragen werden, nur wenn die besonderen Interessen der Zigarrensortierer berücksichtigt würden, könnten sich diese dem allgemeinen Verein anschließen. Was die Schutzmarke anlangt, so werde sie erst größere Bedeutung erlangen, wenn die Arbeiterschaft selbst im allgemeinen erst besser organisiert sei. Gätten die Tabakarbeiter eine starke Organisation, die Regierung würde es nicht gewagt haben, den Tabaksteuer-Entwurf einzubringen, unsere wirtschaftliche Macht hätte uns auch politischen Einfluß gesichert. Pflicht aller Delegirten sei es, in der Heimath für Ausbreitung der Organisation mit Anspannung aller Kräfte zu arbeiten. (Lebhafte Beifall.)

Der Delegierte aus Rawitsch bespricht die Zuchtthausarbeit. Die Zuchtthausarbeit wirke oft noch nach. Der Gefängnisverein unterlässe die entlassenen Strafgefangenen, diese würden kleine Fabrikanten und brühten gern Gefangene aus, die sie im Zuchtthaus kennen gelernt haben oder Arbeiterinnen. Der Delegierte aus Mühlhausen (Thüringen) bespricht ebenfalls die Zuchtthausarbeit und weist auf die Gesundheitschädlichkeit der im Zuchtthaus gelieferten Zigarren hin. Die Zuchtthäuser dürfen nicht rauchen, sie lauzen derwegen heimlich einen Theil des ihnen zur Verarbeitung übergebenen Tabaks. Da sie die Spuren verdecken müssen, so speien sie die sich im Munde bildende „Sauce“ wieder auf das zu verarbeitende Material zurück und die unter so elken Umständen fabrizierten Zigarren kommen dann auf den Markt. Die Schutzmarke sei ein nützlich Kampfmittel, wenn auch manchmal von den Genossen selbst Mißbrauch damit getrieben wird, indem von ihnen Zigarren ohne Schutzmarke als Zigarren mit Schutzmarke verkauft werden. Die Delegirten aus Hersdorf-Halle hatten den Reichstags-Abgeordneten Freiherrn von Hammerstein zur Theilnahme am Kongress eingeladen. Er antwortet brieflich folgendes: „In Erwiderung Ihres gefl. Schreiben bedauere ich, daß meine Zeit es nicht gestattet, den Verhandlungen beizuwohnen. Im übrigen bedarf ich der dort zu gewinnenden Information, die, soweit ich aus den Verhandlungsberichten ersehe, nichts Neues enthält, keineswegs, bin vielmehr über die Lage der deutschen Tabakindustrie nach jeder Richtung durchaus unterrichtet.“

Börner-Berlin sieht in bezug auf den sog. Kanoffgang auf dem Standpunkt Bebel's. Mit der Kanoffgange habe die Arbeiterklasse nichts gemein. Den Säuen dürften gewissermaßen keine Perlen vorgeworfen werden. Die Gelder, die der Kanoffgang geflossen hätte, wären besser für die Ausflärung der Indifferenten verwandt worden. (Sehr richtig.) Die Zuspitzung der Diskussion im „Vorwärts“ bedauert Redner. Genossen sollten nur in sachlicher Weise mit einander diskutieren, besonders die Führer. (Zustimmung.) Redner vertheidigt im übrigen die Kontrollmarke, deren Einführung die Berliner Organisation der Tabakarbeiter um 2-300 Mitglieder verstärkt habe. Bedauerlich sei es, daß sich noch immer Parteigenossen gegen die Kontrollmarke erklärten, trotz des Beschlusses des Parteitag's.

Der Delegierte aus Seesen berichtet, daß der Fabrikinspektor die dortigen Zigarrenfabriken seit 1889 nicht besucht habe.

Nachdem noch die Vertreter aus Neumarkt und Leipzig gesprochen, wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen verlag.

(Schluss 5 Uhr.)

Soziale Ueberlicht.

Arbeiterentlassungen und Staatsbahn. Unter dieser Ueberschrift berichteten wir vor etlichen Tagen, daß auf dem Bielefelder Bahnhof zahlreiche Kündigungen an Streckenarbeitern vorgenommen und daß vornehmlich die ältesten Arbeiter davon betroffen worden seien. Jetzt ist nun unser Bielefelder Arbeiterorgan in der Lage mitzutheilen, daß der betreffende Bahnmüller aus höheren Befehl diese Kündigungen hat zurücknehmen müssen und daß ihm befohlen ist, bis auf weiteres die Streckenarbeiter in der bisherigen Anzahl zu beschäftigen. Die in Staatsbetrieben und in Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter und angestellten unteren Beamten können aus dieser schleunig angeordneten Zurücknahme der bereits angekündigten Entlassung entnehmen, wie günstig für sie es sein kann, wenn derartige mißliche Anordnungen durch die Arbeiterpresse der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Spargersöhne. Das „Leipziger Tageblatt“ enthält in seinem Annoncenbeilagen folgende Anzeige:

Gesucht zuverlässige ehrliche Person, 20 M. per Monat, für mein Briefmarkengeschäft Reichsstr. 2.

Das Geheimniß, wie diese „zuverlässige Person“ mit 20 M. sich „ehrlich“ durchschlägt, behält der Inserent für sich.

Die kürzlich in Mannheim verammelten Delegirten der sächsischen Zuchtthäuser des Wasserverbandes erklärten sich in

ihrer Mehrheit prinzipiell für Anschluß an den deutschen Holzarbeiter-Verband. Doch soll die Angelegenheit noch einmal einem außerordentlichen Verbandstage, der Ostern 1894 stattfinden soll, zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden. Sollte ein definitiver Anschluß an den Holzarbeiter-Verband von der Mehrheit der Verbandmitglieder nicht gewünscht werden, so soll wenigstens ein Kartellvertrag mit dem Holzarbeiter-Verband abgeschlossen werden.

Der Untergang des Kleingewerbes vermag nichts mehr aufzuhalten. Weder die „Organisation des Handwerks“ noch der „Befähigungsnachweis“ oder sonst welche zünftlerische Maßnahmen sind imstande, an der Thatsache etwas zu ändern, daß die Großindustrie die Kleinbetriebe verschlingen wird. Gines der Mittel seitens der Kleingewerbetreibenden, sich diesem Schicksal des Aufgefressenwerdens möglichst lange zu entziehen, ist, ihre Arbeitskräfte in der intensivsten Weise auszubenten. Deshalb auch das größte Gefährd der Kleinen, sobald irgend und sei es auch der kleinste gesetzliche Schutz ihrer Arbeiter in Sicht. So haben vor kurzem die Kleinen Wind- und Wassermüller der ober-schlesischen Kreise Veranlassung genommen, eine Petition an den Regierungspräsidenten von Breslau abzugeben, in welcher dieser ersucht wird, die gesetzlichen Bestimmungen der Novelle zur Gewerbe-Ordnung betreffend die Sonntagsruhe der Müllegesellen außer Kraft zu setzen. Als Grund hierfür wird angeführt, daß, nachdem der Wind die ganze Woche nicht gegangen, es diesem nun plötzlich einfallen könnte, gerade am Sonntage zu wehen und die Wasser-Müller müssen Sonntags das Wasser unbewußt vorüber laufen lassen, da möchte der Herr Regierungspräsident doch schon ein Einsehen haben und die Sonntagsruhe für die Müllegesellen kassiren, damit die Herren Kleinmeister doch die paar Mark Sonntags mit verdienen.

In den oben bezeichneten Versammlungen wurde auch der Lohn als zu hoch erwähnt, hinterher wurde aber von den Wiedermännern zugegeben, daß die Müllegesellen in den mittleren und kleinen Mühlen gar keinen Lohn erhalten, sondern lediglich auf Zantienen und Trinkelgeld oder das sogenannte Mahlgeld angewiesen sind. An Mahlgeld wird von der Lohnmüllerei von 128 Pfund Korn 15 Pf., vom Weizen (128 Pfund) 20, mitunter auch 25 Pf., von 118 Pf. Gerste abermals 15 Pf. und von 100 Pf. bis 120 Pf. Schrotgetreide 10 Pf. gezahlt. Dies darf der Geselle oder Werkführer nicht alles für sich behalten, ein Drittel muß er davon dem Mühlknecht abgeben. (Damit der Meister für diesen nicht soviel Löhne braucht.) Bei diesem trocknen Sommer und Herbst hat mancher Müllegeselle einer kleineren Mühle in der Woche 2, 3 M. verdient, nur wenige haben einen Verdienst von 4 bis 5 M. erzielt. Davon soll nun ein verheiratheter Mann Frau und Kinder erhalten.

Uebrigens, nicht bloß in jenen ober-schlesischen Kreisen, gehören die Müllegesellen jedenfalls zu den am meisten gefnechteten Lohnklassen. In der Thatsache, daß sie dem Unternehmer jederzeit, Sonntags sowohl als zur Nachtzeit, zur Verfügung stehen müssen, findet das patriarchalische Verhältniß, das typische Zusammenleben der Meister und Gesellen eine recht große Verleumdung. In den Mühlenarbeitern ist es, sich zu organisiren und gegen diese Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte energisch Front zu machen. Im übrigen wird die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion, wie für alle Unterdrückten, auch für die Müller einzutreten, Gelegenheit nehmen, indem sie auf gesetzliche Bestimmungen dringt, die solcher Ausbeutung einigermassen einen Damm entgegensetzt.

Ganz im Gegensatz zu den deutschen Studirenden, die in ihrer großen Mehrheit im östlichen Rußland verkommen und für ernsthafte Bestrebungen unzugänglich sind, wird auf den Universitäten der uns umgebenden „wilden“ Länder die Zahl derjenigen eine immer größere, die sich dem Sozialismus zuwenden und sich mit Eifer dem Studium desselben widmen. So wird aus Paris berichtet, daß sich dort die Gruppe der sozialistischen revolutionären Studenten in der letzten Zeit bedeutend vermehrt habe. Um ihre Mitglieder zu tüchtigen Agitatoren heranzubilden, werden nun förmliche Vorträge angekündigt, in denen sozialistische Abgeordnete und Publizisten die wichtigeren Parteifragen beleuchten und dem Verständnis der Zuhörer näher zu bringen suchen.

Die französischen Parteigenossen Deville, Vaillant, Jules Guesde und Andere haben hierbei ihre Mitwirkung zugesagt. An zahlreichen Besuch dieser Versammlungen wird es jedenfalls nicht fehlen.

Sozialreformatorisches. Mißstände beim Kleingewerbe. Vielfach übernehmen die Gemeindebehörden, oder in deren Auftrag die Orts-Kantonsräthe die Erhebung der Alters- und Invaliditätsbeiträge, eine Einrichtung, die bei dem Inkrafttreten des Gesetzes auch an dieser Stelle als die praktischste empfohlen wurde. Und doch haben sich im Laufe der Zeit arge Mißstände herausgebildet. Wird ein Arbeitergeber bankrott, oder ist er überhaupt pfandlos, was ja bei der Eigenthümlichkeit unserer sozialen Zustände gerade keine Seltenheit ist, dann fehlen dem, resp. den betreffenden Arbeitern, trotzdem die Beiträge zur Hälfte an ihrem Lohne abgezogen worden, auf den Quittungslisten die Marken. Wenn das auch im Augenblick für die Arbeiter von keiner Bedeutung ist, so kann das doch im gegebenen Falle von sehr nachtheiligen Folgen für ihn sein. Wir halten es für sehr geboten, daß die Behörden auf die genaue Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen seitens der Arbeitgeber achten, damit für den Arbeiter wenigstens die Garantie gegeben ist, daß für das Geld, was ihm abgezogen wird, er auch die Marken richtig eingeklebt bekommt.

Die Sudapeter Goldschläger sehen einem Kampf mit dem Kapital infolge einer 20prozentigen Lohnreduzierung entgegen. Daher Genossen allerorts, beweißt Eure Solidarität durch — Fernbleiben.

Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck gebeten.

In Sachen der Entschädigungs-Verechnung bei in Betrieben erlittenen Bruchleiden resp. Schäden hat das Reichs-Versicherungsausschuss eine tief einschneidende Entscheidung getroffen, deren Tenor dahin lautet: „daß, wenn ein Arbeiter dadurch, daß er bei gewöhnlicher Verletzung seiner Beschäftigung sich durch Heben, Stoßen oder Schlagen einen Bruch zuzieht, dies als Betriebsunfall erst dann zu betrachten sei, wenn außerordentliche Umstände dabei in die Erscheinung traten, in allen übrigen Fällen könnte das Zuziehen eines solchen Schadens nicht die Zahlung einer Rente bedingen“. Für die Interessenten dürfte es demnach rathsam erscheinen, daß bei der ersten Untersuchung schon gleich die Begleitumstände mit festgestellt werden.

Der Bericht über die deutschen Gewerkschafts-Organisationen, dessen ersten Theil wir bereits im Auszug wiedergegeben, findet im Nr. 26 des „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ seinen Abschluß. Es wird dort zunächst die Berechnung aufgestellt über die Höhe der Beiträge, die bei den einzelnen Organisationen für das Verbandsorgan aufgewandt wurden. Diese Summen waren äußerst verschieden. Bei den Bergarbeitern in Sachsen betrug die Ausgabe für das Verbandsorgan pro Mitglied und Jahr 2,01 Mark, sodas, da die Einnahme sich stellte auf 2,12 Mark für alle sonstigen Verbandsangaben nur 0,11 M. pro Mitglied und Jahr übrig blie. Die Nachrichten der Maurer, Metallarbeiter, Tabakarbeiter und Tischler erscheinen jede Woche, haben dieselbe Höhe und geben bezüglich ihres Inhalts einander durchaus nichts nach. Während aber die Tabakarbeiter pro Mitglied und Jahr 2,06 M. für das Verbandsorgan ausgeben, reichte sich diese Ausgabe bei den Maurern auf 1,82 M., den Tischlern 1,03 M. und den Metallarbeitern nur 1,20 M. Allgemein läßt sich sagen, daß die Ausgaben, welche die Organisationen für das Verbandsorgan

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Für Vereine, Lesekreise, Privatbibliotheken, Arbeiterbildungsschulen
und zu Agitationszwecken empfehlen wir den Parteigenossen die

Schriften

von

August Bebel:

Die Frau und der Sozialismus. Neueste Auflage. Brosch. M. 2.— Geb. 2,50.

Das Bebel'sche Buch ist, wenn man von den Schriften eines Karl Marx und Friedrich Engels absteht, das bedeutendste literarische Erzeugnis, welches der deutsche Sozialismus hervorgebracht hat. Wer den Inhalt des Sozialismus und seine Ziele genau kennen lernen will, wird nicht umhin können, sich der Lesart dieses Buches zu unterziehen, dessen großer Reiz und strenger, sittlicher Ernst selbst bei den belibtesten Fragen auch seitens des Gegners offen anerkannt werden müssen.

Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien. Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Phalanstères. Broschirt M. 2.— Gebunden M. 2,50

Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die demokratische Korrespondenz. Neue Auflage. M. 0,30

Die Schrift ist ein historisches Dokument der deutschen Sozialdemokratie, trotzdem der damalige Standpunkt des Verfassers nach verschiedenen Richtungen hin überholt ist.

Zu den Landtagswahlen in Sachsen. Agitationschrift gelegentlich der Ergänzungswahlen zum sächs. Landtag im Jahre 1891. M. 0,15

Die Lage der Arbeiter in den Bäckereien. M. 1.—

Nach einer vom Verfasser sorgfältigsten Erhebung, welche die schauerhaften Zustände über Arbeits-, Lohn- und Wohnungsverhältnisse im Bäckergewerbe zum ersten Mal statistisch festlegt und nicht bloß unbedeutend, sondern durch die feierlichen Untersuchungen nur bestätigt wurde, ohne die geforderte gesetzliche Regelung zu finden.

Die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts. M. 0,15

Eine kulturhistorische Studie über Frankreichs Reformationskämpfe, die Zeiten des Hugenottenherrschafts und der letzten Verschwörungskämpfe, die darauf folgende Revolution der Geister, welche in der politischen Revolution von 1789 in die äusserer Erscheinung trat.

Das Reichs-Gesundheitsamt und sein Programm vom sozialistischen Standpunkt beleuchtet. M. 0,10

Ein nach dem Fall des Sozialistengesetzes doppelt interessant gewordenen Broschüre: wie die Sozialdemokratie 1878 zu Regierungsvorlagen kam, wenn sie in dem Gebiete moderner Entwicklung wirkte, und wie die bürgerlichen Parteien unterdessen fröndlich, wenn dem sozialistischen Ausdruckschwund Gefahr drohte.

Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage von 1874—1876. 2. Auflage. M. 0,25

Die Tätigkeit des deutschen Reichstags 1887/89. M. 0,50

Die beiden Broschüren, gleichsam eine kurze kritische Geschichte der deutschen Reichspolitik während der verwichenen anderthalb Jahrzehnte, bieten eine solche Summe historischer Material, daß sie für jeden unentbehrlich sind, der am politischen Leben der Gegenwart Interesse nimmt.

Glossen zu Yves Guyot's und Sigismund Lacroix's „Die wahre Gestalt des Christentums“ (Etude sur les doctrines sociales du christianisme). Nebst einem Anhang: Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau. 3. durchgesehene Auflage. M. 0,30

In knappen, scharfen Urteilen, eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde sozialer Natur sind, insbesondere mit Bezug auf Luther's reaktionäre Reformationsbewegung. — Der Anhang ist die Quintessenz der betreffenden größeren Schrift aus des Verfassers Feder.

Christentum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Halle und Bebel. M. 0,10

In zur Weiterverbreitung namentlich in katholischen Gegenden sehr geeignet. Rede.

Unsere wirtschaftliche und politische Lage. Bebel's gehalten im September 1892 im Kasino Zürich. M. 0,20

Stehendes Heer oder Volkswehr? Militärvorlesung, gehalten im Reichstage am 13. Dezember 1892. M. 0,10

Die Soldatenmishandlungen vor dem deutschen Reichstage. Stenographischer Bericht über die Sitzung vom Freitag den 13. März 1891. Enthält Reden Bebel's und Anderer. M. 0,15

Die Soldatenmishandlungen. Verhandlungen des Reichstags v. 10. u. 21. März 1893. Enthält Reden Bebel's und Anderer. M. 0,25

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Ein- sendung des Betrages. (Porto extra.)



Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen,

größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Anzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Soeben ist erschienen und durch alle Partei-Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen:

Sammlung sozialistischer Jugendschriften.

Hans Rödgers Abenteuer.

Von Theobald Werra.

32 Seiten mit 15 vorzüglichen Illustrationen.

Preis 10 Pfennig.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Diese überaus feiseln und spannende Erzählung ist eine der schönsten Weihnachtsgaben für das Kind des Arbeiters und gehört mit zu den ersten literarischen Erzeugnissen, welche den häufig geäußerten Wünschen der Parteigenossen nach einer sozialistischen Jugend-Literatur Rechnung trägt.

Ernst Wiest, Verlagsbuchhandlung, Leipzig.

5184L

Jamaica-Rum,

echt u. sa. Literatflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger. 44137 Eugen Neumann & Co., 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Zum Prophet

Größtes Konfektionshaus Deutschlands.

1. Et. Am Dönhofsplatz. 1. Et. Ecke Leipziger- u. Kommandantenstr.

Was zu räumen	Preis
Winter-Paletot . . . von 9 M. an	13
Winter-Paletot . . . 20	20
Winter-Paletot hoch . . . 18	18
Sack-Paletot . . . 16	16
Schmalstoff-Paletot . . . 21	21
Cheviot-Anzug . . . 9	9
Cheviot-Anzug . . . 13	13
Diagonal-Anzug . . . 16	16
Belour-Anzug . . . 19	19
Satin-Anzug . . . 23	23
Kammgarn-Anzug . . . 19	19
Kammgarn-Anzug . . . 25	25
Salon-Anzug . . . 27	27
Gebroch-Anzug . . . 30	30
Reise-Mantel . . . 10	10
Koffer-Mantel . . . 9	9
Polsterin-Älter . . . 13	13
Hohensteiner-Mantel . . . 23	23
Bureau-Joppe . . . 3	3
Haus-Joppe . . . 4	4
Loden-Joppe . . . 7	7
Reise-Joppe . . . 8	8
Double-Plastron . . . 8	8
Satin-Schulfrack . . . 9	9
Belour-Schulfrack . . . 12	12
Edle-Jack-Schulfrack . . . 15	15
Reise-Schulfrack . . . 20	20
Sack-Jose . . . 3	3
Winter-Jose . . . 4	4
Schwarze Hose . . . 6	6
Kammgarn-Jose . . . 7	7
Reise-Jose . . . 1	1
Weisse Weste . . . 3	3
Hochlegante Weste . . . 4	4
Knaben-Anzug . . . 2	2
Schul-Anzug . . . 3	3
Roux-Anzug . . . 5	5
Burschen-Anzug . . . 4	4
Jünglings-Anzug . . . 7	7
Knaben-Paletot . . . 8	8
Knaben-Koffer-Mantel . . . 4	4
Knaben-Paletot . . . 5	5
Knaben-Schulfrack . . . 7	7
Jünglings-Paletot . . . 8	8

Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer. Nicht passende Kleidungsstücke werden bereitwillig umgetauscht. Die Kapon-Chefs sind streng angewiesen, darauf zu achten, daß die Verkäufer keinem Kunden Waaren aufzudrängen versuchen — der nicht durch die wahrhaft billigen Preise dazu veranlaßt wird. 5187L Für das Verleihen von Fracks, sowie ganzer schwarzer Anzüge haben wir eine besondere Abtheilung eingerichtet. Sonntags v. 7-10 u. 12-2 geöffnet.

!! Roh-Tabak !!

Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung
Brunnenstr. 185.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Mannstr. 38, u. d. Oranienplatz

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4485L am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Roh-Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Streng feste Verkaufspreise.

Damen-Mäntel-Fabrik

Streng feste Verkaufspreise.

LEOPOLD COHNREICH

Berlin C., Königstr. 30, Ecke Neue Friedrichstrasse

(Garegüßer Bahnhof Alexanderplatz).

Grösste Auswahl von

Winter-Stoff-Jaquets nur Neuheiten 6, 10, 12—40 Mark

Lange Winter-Paletots, durchweg wattirt, mit und auch ohne Pelzbesatz 15, 20, 30—90 M.

Lange Winter-Frauen-Mäntel, Kragen zum Abknöpfen, nur Neuheiten, durchweg wattirt 18, 20, 30—90 M.

Seiden-Plüsch-Jaquets

für jede Figur passend, durchweg auf Seide gefüttert 24, 30, 36, 40—90 M.

Abend-Mäntel in allen Farben, nur Neuheiten, u. d. schwarzen Pelzbesätzen 10, 15, 20—50 M.

Winter-Capes in Stoff, Seidenplüsch und Watelasse 12, 15, 20, 30—90 M.

I. Geschäft: Königstr. 30, Ecke der Neuen Friedrichstrasse.

II. " " Oranienstr. 164, zwischen Moritz- und Oranienplatz.

III. " " Landsbergerstr. 66, Ecke der Kurzestrasse.

IV. " " Neue Schönhauserstrasse, Ecke Weinmeisterstr.

Sonntags von 7—10 und 12—2 Uhr geöffnet. 5174L

Reell! Pelzwaaren Billig!

Einzel-Verkauf zu 5145L Engros-Preisen direkt in der Fabrik von Goebel & Reinecke, Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe, Ecke Alexandrinen-Strasse. Bestellungen und Reparaturen billig

Als anerkannt reelle und thätigst billige Einkaufsquelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alfenidewaaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich

H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelins, Plüsch und bunten Moquets spottbillig! Proben franko! 5150L

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstrasse 158.

Freunden und Bekannten empfehle mein Lager in 5177L

Roh-Tabak

aller in- u. ausländischer Sorten in guter Auswahl zu billigsten Preisen.

H. Herholz Berlin N., Brunnen-Strasse 188.

In der Mäntelfabrik Kurstr. 38, II.

werden jetzt nach beendeter Engros-Saison ca. 1000 Radmäntel, einfache und hochfeine Centes, zu den billigsten Fabrikpreisen im Einzelnen verkauft.

Vereinshimmer z. verg. Louisestr. 60.

Strickgarne, Strumpfwaren, Handschuhe, gestrichte Westen von 2,50 M. an, Unterjacketen, Normalhunden, Unterbeinkleider, Cravatten, Kragen, Manschetten, Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche, Bett-Vorleger, Bettdecken, wolkene Schlafdecken etc.

Gummischuhe.

Carl Braun, Berlin S., Rottbuscher Damm 5. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Central-Fleisch-Halle

Detailverkauf zu Engros- u. Viehhofpreisen: Rindfleisch 50—60 Pf., Kalbfleisch 50—60 Pf., Schweinefleisch 55 bis 60 Pf., Hammelfleisch 45—55 Pf. Holzmarktstrasse 19, Ecke Michaelkirch-Brücke.

Klempner!

Sonnabend, 25. November, Abd. 8 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a: Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Dr. Heymann über „Proletariat und Wohnungswesen“. 187/15 2. Diskussion. 187/15 Nach Beendigung der Tagesordnung findet ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Zur regen Beteiligung ladet ein Wilh. Pfeiffer.

Drechsler und Berufsgenossen Berlins.

Sonnabend, den 25. November 1893, Abends präzis 9 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstraße 16: Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Hrn. Jost über: „Unsere Nahrungsmittel“. 2. Diskussion. 189/3 3. Verschiedenes. 189/3 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Vertrauensmann. NB. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Zentral-Krankenkasse d. Maurer, Gipser (Weissbinder) und Stuckateure Deutschlands

„Grundstein zur Einigkeit“. Vertliche Verwaltungsstelle Berlin

Sonntag, den 26. November, Vormittags 10 Uhr, bei Brodnow, (früher Orsch) Sebastianstr. 39: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über „Erläuterungen des Unfallgesetzes und das Verhalten der Mitglieder bei Unfällen“. Referent Regierungsbaumeister Kehler. 2. Diskussion. 3. Innere Kassen-Angelegenheiten. 255/16.

NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Das Kassenlokal ist an diesem Sonntag geschlossen. Die örtliche Verwaltung.

Große Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Böttcher

am Dienstag, den 5. Dezbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Heise, Nichtenbergerstrasse 21.

Tagesordnung: Wahl von 60 Delegirten.

Da uns die beiden letzten

Versammlungen für nichtig erklärt sind, bittet der Vorstand, doch endlich zu erscheinen. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen, da es uns nicht möglich ist, der Verschrift Genüge zu thun. Die Wahl der Delegirten soll mittels Stimmzettel vollzogen werden und wer noch Interesse hat, der erscheine. Es kostet alles unnütz unser Geld. 112/19

H. Seemann, Otto Schmidt, Vorsitzender. Schriftführer.

Tauben-Liebhaber.

Galte von jetzt einen Taubenmarkt Montag u. Sonnabends Triftstr. 4 ab. Zur Auswahl stehen ca. 60—100 Paar Tauben. Es findet Ein- und Verkauf statt. Eröffnung: Sonnabend, den 25. Nov. 1893. [3366] Meissner.